

EUROPÄISCHE KOMMISSION

EUROBAROMETER

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Bericht Nr. 49

Veröffentlichung: September 1998

Umfragen: April – Mai 1998

Generaldirektion X
Rue de la Loi 200 (T120 4/8)
B – 1049 Brüssel

Telefon: (32.2) 299.91.72
Fax: (32.2) 299.45.77
E-mail: Eurobarometer@dg10.cec.be

Internet : Europa Server <http://europa.eu.int/en/comm/dg10/infcom/epo/eb.html>

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet

Vorbemerkung

Eurobarometer-Meinungsumfragen ("Standard-Eurobarometer") werden im Auftrag der Generaldirektion "Information, Kommunikation, Kultur, Audiovisuelle Medien" der Europäischen Kommission seit dem Herbst 1973 jedes Frühjahr und jeden Herbst durchgeführt. Seit Herbst 1980 schließen sie Griechenland, seit Herbst 1985 Spanien und Portugal, seit Herbst 1990 die ehemalige DDR und seit dem Frühjahr 1995 Österreich, Finnland und Schweden ein.

Einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und darüber wird ein für alle Mitgliedsländer gleichlautender Fragebogen vorgelegt. In der Regel umfaßt die Stichprobe für die Standard-Eurobarometer-Umfrage 1000 Personen je Land; einzige Ausnahmen sind Luxemburg (500) und das Vereinigte Königreich (1000 in Großbritannien und 300 in Nordirland). Um die Integration der fünf neuen Länder in das vereinigte Deutschland und in die Europäische Union zu beobachten, wurden ab Eurobarometer Nr. 34 in Deutschland jeweils 2000 Personen befragt: 1000 in West- und 1000 in Ostdeutschland.

In jedem der 15 Mitgliedsländer werden die Umfragen von nationalen Instituten durchgeführt, die dem "INRA (Europe) - European Coordination Office" angehören. Alle beteiligten Institute wurden über Ausschreibungen ausgewählt und sind Mitglieder der "European Society for Opinion and Marketing Research (ESOMAR)", deren Normen für sie verbindlich sind.

Die für die einzelnen Mitgliedsländer angegebenen Zahlen sind nach Geschlecht, Alter, Region und Ortsgröße gewichtet. Die Zahlen für die gesamte Gemeinschaft sind gemäß der Erwachsenenbevölkerung eines jeden Landes gewichtet. Wegen Auf- oder Abrundung summieren sich die Prozentwerte nicht immer genau auf 100, sondern z.B. auf 99 oder 101. Wenn mehrere Antworten zugelassen sind, können die Prozentwerte auch deutlich über 100% hinausgehen. Die in den Abbildungen ausgewiesenen Prozentwerte können aufgrund der Verwendung bereits zuvor gerundeter Zahlen um 1% von den in den Tabellen aufgeführten Zahlen abweichen.

Dieser Bericht wurde vom Referat "Meinungsumfragen und -analysen" (X.A.2; Referatsleitung: Anna Melich) der Generaldirektion "Information, Kommunikation, Kultur, Audiovisuelle Medien" erstellt und ist für den Dienstgebrauch der Europäischen Kommission bestimmt.

Erhebungen der Eurobarometer-Serie

Die Europäische Kommission (Generaldirektion X) veranstaltet allgemeine Meinungsumfragen sowie Befragungen spezieller Zielgruppen und qualitative Analysen (Gruppendiskussion, Intensiv-Interviews) in allen Mitgliedsländern und gelegentlich auch in Drittländern. Dabei wird auf vier verschiedene Formen der Eurobarometer-Meinungsumfrage zurückgegriffen:

- *das traditionelle Standard Eurobarometer mit seinem zweimal jährlich erscheinenden Bericht*
- *Telefon Flash EB, das auch für Befragungen bestimmter Zielgruppen eingesetzt wird (z.B. führende Entscheidungsträger)*
- *qualitative Analysen ("Brennpunkt-Gruppen", Intensiv-Interviews)*
- *EB Mittel- und Osteuropa, eine jährliche Übersicht über die Meinung der breiten Öffentlichkeit in den 10 mittel- und osteuropäischen Bewerberländern (in Zusammenarbeit mit der GD I und GD IA)*

Die persönlichen Befragungen des Standard Eurobarometer und Telefon Flash EB sowie die qualitativen Analysen dienen im wesentlichen dazu, im Auftrag und auf Rechnung der verschiedenen Generaldirektionen und vergleichbarer Sonderdienste der Kommission Erhebungen durchzuführen.

Schlagzeilen

Die Ergebnisse der 49. Eurobarometer-Umfrage, die den Stand der öffentlichen Meinung über die EU im Frühjahr 1998 beschreibt, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Zustimmung zur Europäischen Union

- Die Zustimmung zur EU hat seit der letzten Umfrage zugenommen. Mehr als die Hälfte der EU-Bevölkerung hält die Zugehörigkeit des eigenen Landes zur EU für eine gute Sache, und beinahe die Hälfte ist der Meinung, daß das eigene Land von der Mitgliedschaft profitiert. Damit ist der Grad der Zustimmung zur Zeit höher als in den letzten Jahren. Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den 15 Mitgliedsländern.

Informationsvermittlung

- Die Europäer möchten vor allem mehr über ihre Rechte als Unionsbürger (49%), die gemeinsame Währung (45%) und die Beschäftigung (42%) erfahren; alle diese Themen zählen zu den Prioritäten der EU. Das Interesse an der gemeinsamen Währung ist in der Regel in den Ländern, die den Euro zum 1. Januar 1999 einführen, höher als in den Ländern, die sich nicht von Anfang an der gemeinsamen Währung beteiligen.
- Die Europäer decken ihren Bedarf an Informationen über die EU vor allem durch das Fernsehen (67%). Auch die Presse spielt eine wichtige Rolle: rund 4 von 10 Europäern bevorzugen Zeitungen und Zeitschriften als Informationsquellen.

Zustimmung zu aktuellen politischen Themen

- Vor allem bei der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, dem Kampf gegen Drogen und in der Außenpolitik wird eine Beschlußfassung auf EU-Ebene befürwortet. Weitere Bereiche, in denen ein gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene bevorzugt wird, sind Forschung, Währungspolitik, Regionalhilfe und Umweltschutz.
- Mit der bevorstehenden Einführung der gemeinsamen Währung zum 1. Januar 1999 erreicht die Zustimmung zum Euro die höchsten Werte seit 1993, als diese Frage zum ersten Mal in der Eurobarometer-Erhebung gestellt wurde. 60% der EU-Bürger befürworten heute den Euro, gegenüber etwas mehr als 50% im Herbst 1997. Diese Zunahme um beinahe 10 Prozentpunkt ist eine deutliche Verbesserung. Der Anteil der Gegner einer gemeinsamen Währung ist unter 30% gesunken. 66% der Bevölkerung in den Ländern, die den Euro am 1. Januar 1999 einführen, stimmen dem Euro zu. Die höchsten Zustimmungsraten wurden in Italien (83%) und Luxemburg (79%) registriert. In Österreich (56%), Finnland (53%) und Deutschland (51%) kletterte die Zustimmung zum ersten Mal über die 50%-Marke.
- Die Unterschiede bei der Zustimmung von Männern und Frauen verringern sich. 65% der Männer gegenüber 56% der Frauen befürworten gegenwärtig den Euro. Im Herbst 1997 sprachen sich nur 57% der Männer und 46% der Frauen für die gemeinsame Währung aus. Personen, die den Bildungsabschluß im Alter von 20 Jahren oder später erwarben, stehen dem Euro deutlich positiver gegenüber (70%) als Personen, die die Schulausbildung früher beendeten. (52% der Personen, die spätestens im Alter von 15 Jahren die Schule verlassen haben, befürworten den Euro).
- Im Durchschnitt hat etwa die Hälfte der Bevölkerung Informationen über die gemeinsame Währung erhalten. In den Ländern, die den Euro zum 1. Januar 1999 einführen, reicht der Anteil der informierten Bürger von 20% in Irland bis zu 89% in Luxemburg. 41% der Befragten, die Informationen über den Euro erhalten haben, nannten als Informationsquelle das Fernsehen, 28% die Tages- und Wochenzeitungen, 16% den Rundfunk und 15% die Kreditinstitute.

- Gegenwärtig erklärt ein Viertel der Bevölkerung, sehr gut oder gut über den Euro informiert zu sein. Es überrascht daher nicht, daß großes Interesse an einer öffentlichen Informationskampagne besteht. Selbst in den Ländern, die den Euro noch nicht einführen ist die Interesse hoch, so daß sich durchschnittlich 9 von 10 Personen für eine derartige Kampagne aussprechen.

Erweiterung der Europäischen Union

- Zahlreiche Europäer stehen der Erweiterung, d. h. der Aufnahme von weiteren europäischen Ländern, positiv gegenüber. 74% der Befragten meinen, daß die EU eine wichtigere Rolle in der Welt spielen würde, wenn ihr mehr Länder angehören, und 66% glauben, daß eine Europäische Union, die mehr Mitgliedsländer aufweist, ein besserer Garant für Frieden und Sicherheit ist. Die Umfrageergebnisse lassen ferner erkennen, daß ein bedeutender Anteil der Befragten über die wirtschaftlichen Folgen der Erweiterung besorgt ist: 45% glauben, daß die Erweiterung zusätzliche Kosten für das eigene Land mit sich bringen wird, und 47% gehen davon aus, daß das eigene Land nach dem Beitritt der neuen Länder geringere finanzielle Zuschüsse erhalten wird.
- Die wirtschaftlichen Faktoren der Erweiterung sind also für die EU-Bürger wichtig, doch spielen andere Faktoren ebenfalls eine Rolle: es herrscht weitgehend Übereinstimmung darüber, daß die neuen Länder nur dann der EU beitreten können, wenn sie die Menschenrechte und die Grundsätze der Demokratie wahren (95%), das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel bekämpfen und die Umwelt schützen (jeweils 92%). Für rund 8 von 10 Europäern sind die Fähigkeit eines Landes zur Übernahme des Kostenanteils am EU-Haushalt und die Kosten des Beitritts für die jetzigen Mitgliedsländer ebenfalls wichtige Kriterien für die Erweiterung.
- Die sechs Bewerberländer, mit denen bereits Beitrittsverhandlungen geführt werden, finden zur Zeit mehr Zustimmung bei den EU-Bürgern als in früheren Umfragen. In den meisten Mitgliedsländern hat sich die Zustimmung zu den sechs Bewerberländern um durchschnittlich 6 Prozentpunkte verbessert.

Europäisches Parlament

- Die EU-Bürger sind in stärkerem Maß davon überzeugt, daß das Europäische Parlament eine wichtige Rolle im Leben der EU spielt. 55% der Befragten teilen diesen Standpunkt gegenüber 47% im Herbst 1997. In einer Reihe von Ländern wird außerdem die Forderung nach einer wichtigeren Rolle des Europäischen Parlaments stärker unterstützt als in der Vergangenheit: 43% gegenüber 38% im Herbst 1997 sprechen sich in diesem Sinne aus.
- Fast 3 von 4 Europäern wollen im Juni 1999 an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen. Die Wahlbereitschaft ist in Dänemark am höchsten (92%) und in Österreich am niedrigsten (56%).
- Über die Hälfte der Europäer (52%) meint, daß sich das Europäische Parlament vor allem der Beschäftigungsthematik widmen sollte. 36% halten den Kampf gegen Drogenhandel und Kriminalität und 27% den Umwelt- und Verbraucherschutz für vorrangige Aufgaben. Beinahe ein Viertel der Europäer meint, daß dem Kampf gegen Krebs und AIDS und der Wirtschaftspolitik besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.

21. Jahrhundert

Für die Mehrheit der Europäer verheißt die Zukunft eher Gutes als Schlechtes. 67% glauben, daß es im 21. Jahrhundert möglich sein wird, schwere Krankheiten wie AIDS oder Krebs zu eliminieren oder zu heilen, und 48% sind davon überzeugt, daß ihre Kinder und Enkelkinder ein besseres Leben haben werden als ihre Eltern und Großeltern. Nur 35% erwarten, daß das 21. Jahrhundert schlechter sein wird als das 20. Jahrhundert, während 46% gegenteiliger Meinung sind. Zufriedene Menschen blicken in der Regel optimistischer in die Zukunft als Menschen, die mit ihrem jetzigen Leben nicht zufrieden sind.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung	1
1. Kenntnisse über die EU: Bedarf an mehr Informationen	2
1.1. Subjektive Beurteilung der Kenntnisse über die EU	2
1.2. Informationsbedarf	4
1.3. Informationsquellen	10
1.4. Bereitschaft zu aktiver Informationsbeschaffung	16
2. Entwicklungstrends der öffentlichen Meinung in der EU	18
2.1. Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU	18
2.2. Vorteile durch die Mitgliedschaft	20
2.3. Zustimmung zu aktuellen politischen Themen	37
2.4. Zustimmung zur Beschlußfassung auf EU-Ebene	39
2.5. Europäische und nationale Identität	41
2.6. Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Präsidentschaft im Rat	42
3. Aktuelle politische Fragen: Der Euro	44
3.1. Unterstützung für die gemeinsame Währung	44
3.2. Beurteilung und Kenntnis der Länder, die den Euro zum 1. Januar 1999 einführen	49
3.3. Kenntnis des Euro	51
3.4. Fühlen sich die Bürger über den Euro informiert?	54
3.5. Informationen über den Euro - wann und durch wen?	56
3.6. Der Euro: Wird eine öffentliche Informationskampagne gewünscht?	59
4. Aktuelle politische Themen: Erweiterung	60
4.1. Meinungen zur Erweiterung	60
4.2. Beitrittskriterien für die Bewerberländer	62
4.3. Zustimmung zur Erweiterung	65
5. Europäisches Parlament	68
5.1. Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments	68
5.2. Empfundene und erwünschte Rolle des Europäischen Parlaments	71
5.3. Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999	74
5.4. Schutz der Interessen der Bürger durch das Europäische Parlament	75
6. Allgemeine Lebenszufriedenheit und Zukunftserwartungen der Europäer	80
6.1. Beurteilung des privaten und öffentlichen Lebens	80
6.2. Besondere Anliegen am Ende des 20. Jahrhunderts	84
6.3. Erwartungen für das 21. Jahrhundert	87

Inhaltsverzeichnis - Anhänge

Seite

A.	Auflistungen	
A.1	Auflistung der Schaubilder.....	A1
A.2	Auflistung der Tabellen (EN/FR).....	A3
A.3	Deutscher Text der in den Tabellen verwendeten Fragen und Antwortkategorien	A7
A.4	Erklärung einiger Tabellenüberschriften.....	A20
B.	Tabellen.....	B1
C.	Technische Spezifikationen	
C.1	Institute und Ansprechpartner.....	C1
C.2	Regionale Verwaltungseinheiten.....	C2
C.3	Stichprobenspezifikationen.....	C3
C.4	Definition und gewichtete Verteilung der soziodemographischen Variablen, die in der Kreuztabellierung verwendet werden.....	C6
D.	Eurobarometer-Umfragen zu Meinungen der Europäer	D1

BERICHT

Einleitung

Der 49. Eurobarometer-Bericht beschreibt die Einstellung der europäischen Bürger zur Europäischen Union im Frühjahr 1998. In Kapitel 1 wird zunächst untersucht, **wie gut die Bevölkerung über die Europäische Union Bescheid weiß** und ob sie **mehr Informationen wünscht**. Außerdem wird untersucht, welche **spezifischen EU-Themen das größte Interesse finden**, welche **Informationsquellen von der Bevölkerung genutzt werden** und **wie die Menschen informiert werden möchten**. Zum Schluß wird die Bereitschaft zur **aktiven Suche nach Informationen über die EU** analysiert.

Kapitel 2 befaßt sich mit **langfristigen Entwicklungstrends der öffentlichen Meinung** im Hinblick auf die Europäische Union. Es wird beschrieben, **wie sich die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft und die Beurteilung der Vorteile der EU-Mitgliedschaft** im Lauf der Zeit entwickelt haben. Das Kapitel untersucht außerdem den **Grad der Zustimmung zu einer Reihe von aktuellen politischen Themen**.

Die Kapitel 3 und 4 enthalten eine detaillierte Beschreibung der öffentlichen Meinung zu zwei wichtigen Bereichen der EU-Politik. **Die gemeinsame Währung, der Euro**, steht im Mittelpunkt von Kapitel 3. Zunächst wird der **Grad der Zustimmung** untersucht und anschließend der Stand der **aktuellen Kenntnisse über den Euro** beschrieben. Ferner wird untersucht, **wie gut die Bevölkerung nach eigener Einschätzung über den Euro Bescheid weiß**, in welchem Umfang sie bereits Informationen über die gemeinsame Währung erhalten hat und **aus welcher Quelle diese Informationen stammen**. Zum Abschluß wird der **Bedarf an öffentlichen Informationskampagnen** analysiert.

In Kapitel 4 werden die positiven und negativen Einstellungen der Bevölkerung zur **Erweiterung der Europäischen Union** untersucht. Ferner wird beschrieben, **welche Kriterien für die EU-Bürger wichtig sind, wenn über den Beitritt der neuen Länder entschieden werden soll**. Abschließend wird die **Zustimmung zu den 11 Bewerberländern** erörtert.

Kapitel 5 befaßt sich mit der Einstellung zum **Europäischen Parlament** und mißt die subjektive und erwünschte Bedeutung des Parlaments. Das Kapitel erörtert außerdem, welchen Themen das Parlament nach Meinung der Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit schenken sollte.

Das letzte Kapitel ist dem **aktuellen Lebensgefühl** der europäischen Bürger und ihren **Erwartungen für das 21. Jahrhundert** gewidmet.

Wir danken allen Bürgern und Bürgerinnen der Europäischen Union, die im Lauf der Jahre an den Eurobarometer-Umfragen teilgenommen haben. Ohne ihre wertvolle Mitwirkung wäre dieser Bericht nicht entstanden.

Internet-Adresse für das Eurobarometer:
<http://europa.eu.int/en/comm/dg10/infcom/epo/eb.html>

1. Kenntnisse über die EU: Bedarf an mehr Informationen

Auf dem Europäischen Rat von Cardiff, der zum Abschluß der britischen Präsidentschaft am 15. und 16. Juni 1998 stattfand, erörterten die europäischen Staats- und Regierungschefs die Frage, wie die Europäische Union den Bürgern näher gebracht werden kann.

Die Forderung nach einer stärkeren Einbeziehung der Bürger in die Tätigkeit der Europäischen Union beruht unter anderem auf der Erkenntnis, daß zahlreiche Menschen nach eigener Einschätzung nicht wissen, womit sich die Europäische Union befaßt. Das Ausmaß dieses Informationsdefizits ist Gegenstand dieses Kapitels. Wir untersuchen, wie gut die Befragten subjektiv über die EU Bescheid wissen, wie sie informiert werden möchten, welche Themen sie am meisten interessieren und inwieweit sie bereit sind, sich aktiv um Informationen über die EU zu bemühen.

1.1. Subjektive Beurteilung der Kenntnisse über die EU

Obwohl die große Mehrheit der Europäer erklärt, immer noch verhältnismäßig wenig über die Europäische Union zu wissen¹, ist eine leichte Verbesserung gegenüber der letzten Umfrage vom Herbst 1997 festzustellen.

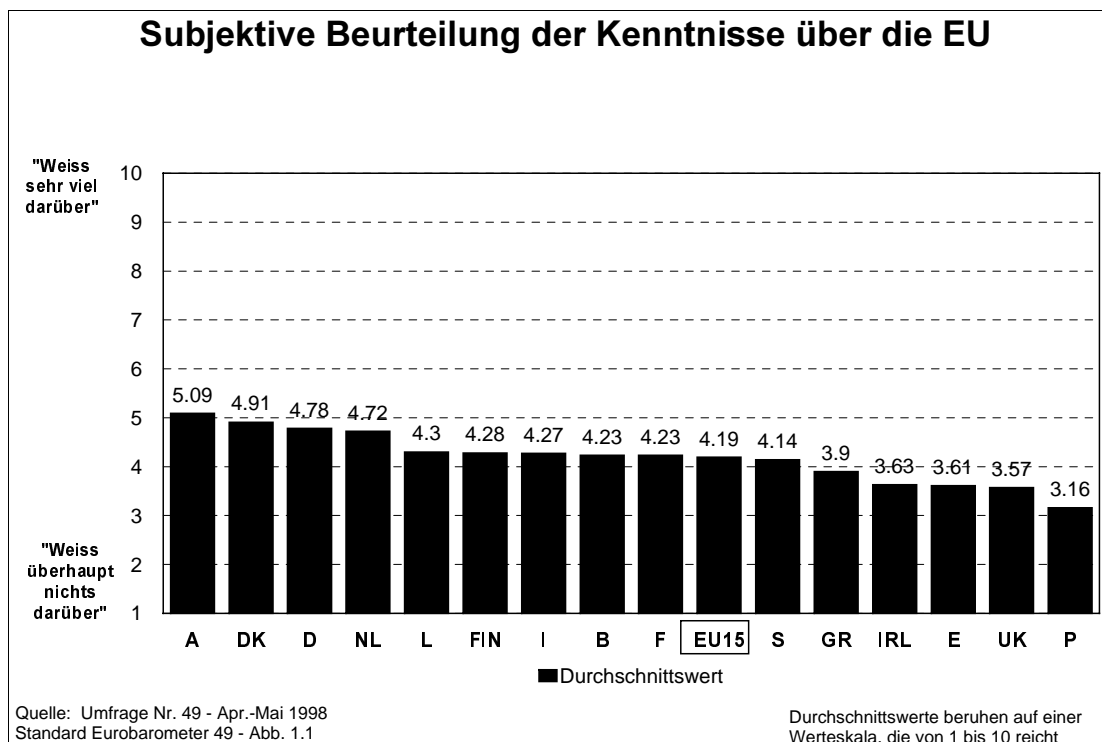
Subjektive Beurteilung der Kenntnisse über die EU im Frühjahr 1998 (EB49) und Vergleich mit Herbst 1997 (EB48) - EU15		
Skala	EB 49	Veränderung EB48
Weiß überhaupt nichts darüber	10%	-3%
2	11%	-1%
3	17%	+1%
4	16%	0%
5	19%	+1%
6	11%	+1%
7	8%	+1%
8	4%	0%
9	1%	0%
Weiß sehr viel darüber	1%	0%
Weiß nicht	2%	-1%
Durchschnittswert	4.19	+ .18

Die in der obigen Tabelle dargestellten Durchschnittswerte für die Europäische Union insgesamt (EU15) zeigen, daß gegenwärtig ein Viertel der EU-Bürger angibt, recht gut über die EU Bescheid zu wissen (d. h. Personen, die die Kennzahlen 6-10 wählten). Im Herbst 1997 belief sich dieser Anteil auf 23%.

Wie den Länderergebnissen zu entnehmen ist, fällt die subjektive Beurteilung der Kenntnisse von Mitgliedsland zu Mitgliedsland sehr unterschiedlich aus. Die folgende Abbildung stellt die Durchschnittswerte² für die 15 Mitgliedsländer dar.

¹ Die Befragten sollten erklären, 'wieviel sie über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen wissen', und anhand einer von 1 bis 10 reichenden Skala angeben, welche Kennzahl ihren Kenntnissen über die EU entspricht. Je höher die gewählte Kennzahl ist, desto besser fühlen sie sich über die EU informiert.

² Die Durchschnittswerte illustrieren die Haupttendenz der Antworten. Sie ergeben sich aus der Summe der Antworten für jede einzelne Kennzahl, multipliziert mit der Kennzahl und dividiert durch die Gesamtzahl der Antworten.



Die Durchschnittswerte reichen von nur 3,2 in Portugal bis zum Höchstwert von 5,1 in Österreich. Die Analyse der Verteilung der Antworten zeigt, daß gegenwärtig 38% der Österreicher - gegenüber nur 31% im vergangenen Herbst - der Ansicht sind, viel bis sehr viel über die Europäische Union zu wissen (d.h. die Kennzahl 6 oder eine höhere Kennzahl wählten), während der entsprechende Anteil in Portugal bei lediglich 9% liegt. Zu den Ländern, in denen rund ein Drittel der Bevölkerung angibt recht gut über die EU Bescheid zu wissen, zählen die Niederlande (37%), Dänemark (35%) und Deutschland (34%). In Spanien (16%), Irland (17%), Griechenland und im Vereinigten Königreich (jeweils 18%) stufen sich weniger als 2 von 10 Befragten im oberen Skalenbereich ein. (Tabelle 1.1³)

Eine Aufschlüsselung der subjektiven Kenntnisse über die EU nach soziodemographischen Gruppen zeigt, daß Meinungsführer, Führungskräfte, Personen, die für den Erwerb des Bildungsabschlusses die meiste Zeit aufgewendet haben, und intensive Mediennutzer nach eigener Einschätzung am besten über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen Bescheid wissen. Dies geht deutlich aus den Durchschnittswerten für die Selbsteinstufung dieser Gruppen hervor, die in der folgenden Tabelle zu finden sind. Im unteren Tabellenbereich sind die Personen mit niedrigem Meinungsführerindex und geringer Mediennutzung angesiedelt. (Siehe Definition des Meinungsführerindex und des Mediennutzerindex in Anhang C.4).

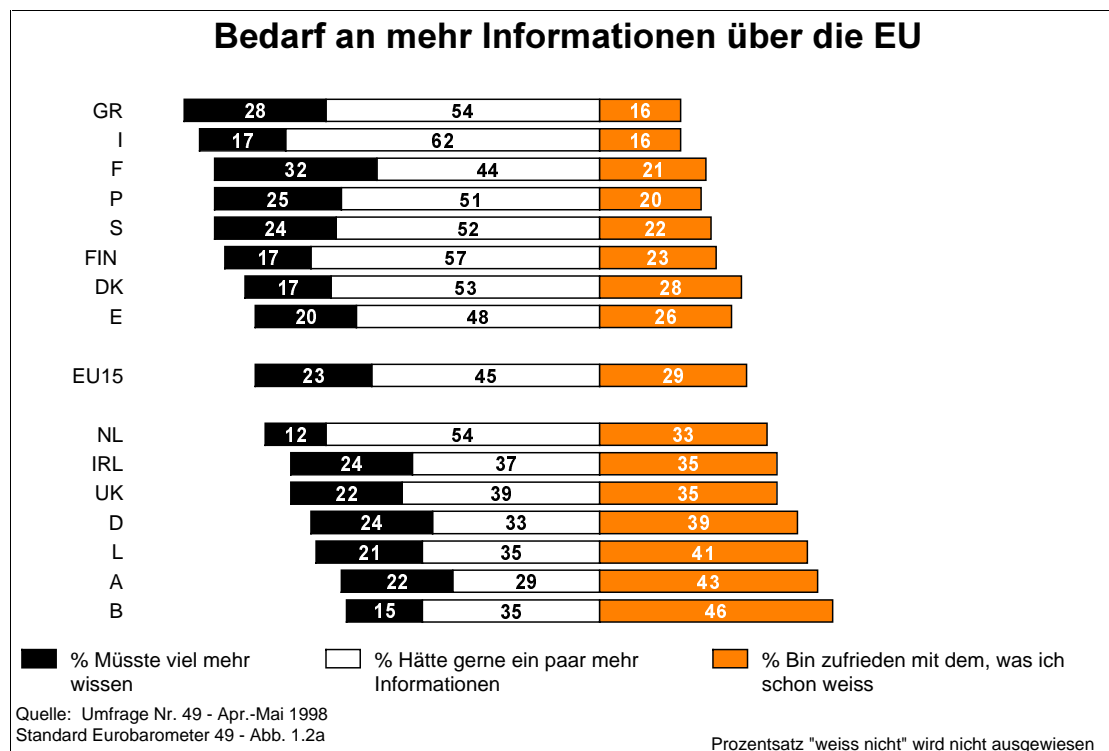
³ Die Tabelle 1.1 im Schlußteil dieses Berichts enthält eine neu kodierte Version der subjektiven Kenntnisse, die vier Kategorien umfaßt: 'weiß (fast) nichts darüber': 1-2 Punkte; 'weiß etwas darüber': 3-5 Punkte; 'weiß recht viel darüber': 6-8 Punkte; 'weiß sehr viel darüber': 9-10 Punkte. Diese Neukodierung wurde zur Vereinfachung der graphischen Darstellung durchgeführt.

Durchschnittswerte der subjektiven Kenntnisse über die EU für verschiedene Gruppen (EU15)	
Gruppe	Wert
Meinungsführerindex: ++	5,81
Führungskräfte	5,17
Bildungsabschluß im Alter von 20 Jahren oder später	4,95
Meinungsführerindex: +	4,73
Mediennutzerindex: +++	4,72
Männer	4,64
Selbständige	4,60
Angestellte	4,59
Altersgruppe 40-54 Jahre	4,46
Schüler/Studenten	4,39
Altersgruppe 25-39 Jahre	4,32
Bildungsabschluß im Alter von 16-19 Jahren	4,26
Durchschnitt für EU15	4,19
Mediennutzerindex: ++	4,09
Altersgruppe 15-24 Jahre	3,99
Altersgruppe 55 Jahre und älter	3,99
Arbeiter	3,95
Meinungsführerindex: -	3,95
Arbeitslose	3,94
Rentner	3,93
Frauen	3,77
Hausmänner/Hausfrauen	3,55
Bildungsabschluß im Alter von 15 Jahren oder früher	3,53
Mediennutzerindex: --	3,43
Mediennutzerindex: ---	3,24
Meinungsführerindex: --	3,01

1.2. Informationsbedarf

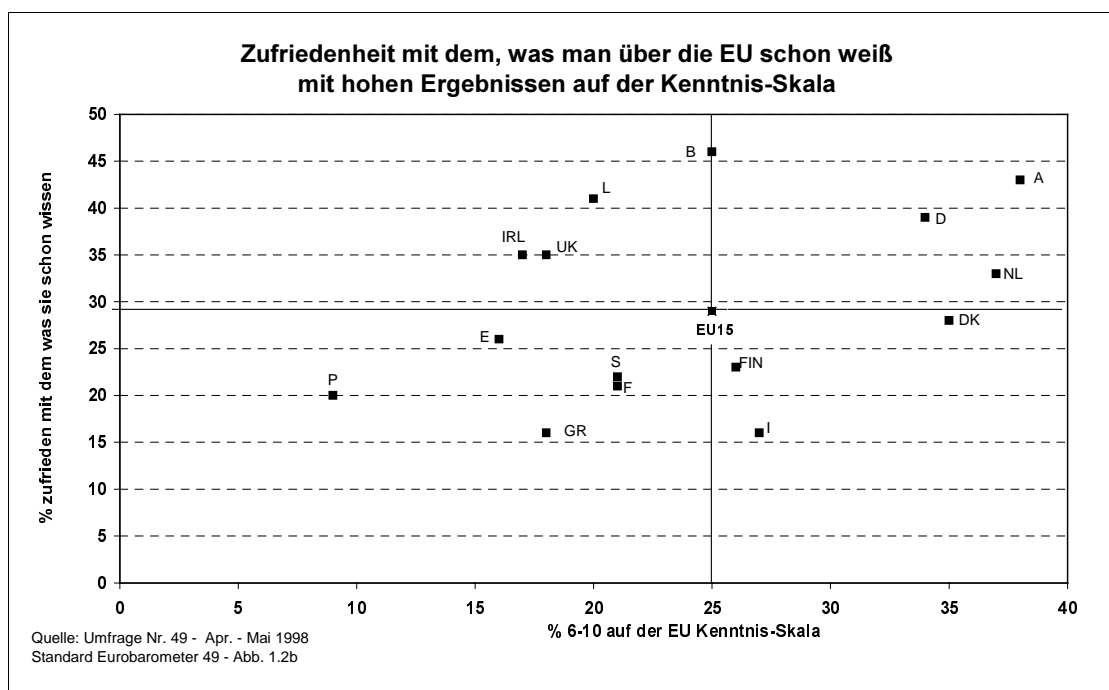
Da der subjektive Kenntnisstand recht niedrig ist, wäre zu erwarten, daß die Bevölkerung mehr Informationen über die Europäische Union wünscht. Dies ist auch tatsächlich der Fall: 23% der Europäer geben an, sie müßten wirklich viel mehr darüber wissen, und weitere 45% meinen, daß sie gerne ein paar mehr Informationen hätten. Nicht einmal jeder Dritte ist mit den vorhandenen Kenntnissen zufrieden.

Den größten Informationsbedarf meldet Griechenland an (82%), gefolgt von Italien (79%), Frankreich, Portugal, Schweden (jeweils 76%) und Finnland (74%). Belgien (50%), Österreich (51%), Luxemburg (56%) und Deutschland (57%) sind die einzigen Länder, in den weniger als 6 von 10 Befragten mehr Informationen über die EU wünschen.



In einer Reihe von Ländern ist der Informationsbedarf seit dem Frühjahr 1997, als die Frage zum letzten Mal gestellt wurde, deutlich angestiegen: Belgien, Irland, Finnland (jeweils +9), Dänemark (+7), Griechenland, Portugal (jeweils +6) und Spanien (+5). Hingegen wurde in Luxemburg (-11) und Österreich (-6) sowie im Vereinigten Königreich (-5) ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr registriert. (Tabelle 1.2a)

Zu vermuten wäre, daß der Informationsbedarf bei geringen Kenntnissen groß und bei guten Kenntnissen gering ist. In Wirklichkeit ist die Lage jedoch komplizierter. Im folgenden Schaubild ist für jedes Mitgliedsland der Anteil derjenigen, die angeben recht gut über die EU Bescheid zu wissen (d.h. 6-10 Punkte auf der Kenntnisskala erzielen), in Abhängigkeit vom Anteil derjenigen dargestellt, die mit den derzeitigen Kenntnissen über die EU zufrieden sind.



- ◆ In acht Ländern gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen der Einstufung der eigenen Kenntnisse über die EU und dem nicht vorhandenen Informationsbedarf⁴. Dieser Zusammenhang wird durch den oberen rechten und unteren linken Bereich des Schaubilds dargestellt. In Österreich, Deutschland und den Niederlanden, die sich im oberen rechten Bereich befinden, liegt der Anteil der Befragten mit hohen Werten auf der Kenntnisskala und der Anteil der Befragten, die mit dem vorhandenen Wissen zufrieden sind, deutlich über dem EU-Durchschnitt. In Portugal und in geringerem Umfang in Spanien, Griechenland, Frankreich und Schweden, die sich im unteren linken Bereich befinden, liegt der Anteil der Befragten mit hohen Werten auf der Kenntnisskala und der Anteil der Befragten, die mit dem vorhandenen Wissen zufrieden sind, deutlich unter dem EU-Durchschnitt.
- ◆ In fünf Ländern gibt es einen negativen Zusammenhang zwischen den beiden Variablen. Dieser Zusammenhang wird durch den oberen linken und unteren rechten Bereich des Schaubilds dargestellt. In Irland, im Vereinigten Königreich und in Luxemburg, die sich im oberen linken Bereich befinden, liegt der Anteil der Befragten mit hohen Werten auf der Kenntnisskala unter dem EU-Durchschnitt, während der Anteil derjenigen, die mit dem vorhandenen Wissen zufrieden sind, überdurchschnittlich hoch ist. Genau umgekehrt ist die Lage in Italien und in geringerem Umfang in Finnland. In diesen Ländern, die sich im unteren rechten Bereich befinden, liegt der Anteil der Befragten mit hohen Werten auf der Kenntnisskala über dem EU-Durchschnitt, während der Anteil derjenigen, die mit dem vorhandenen Wissen zufrieden sind, niedriger als der EU-Durchschnitt ist.
- ◆ In Belgien entspricht der Anteil der Befragten mit hohen Werten auf der Kenntnisskala dem EU-Durchschnitt, während der Anteil derjenigen, die mit dem vorhandenen Wissen zufrieden sind, deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt.
- ◆ In Dänemark hingegen liegt der Anteil der Befragten mit hohen Werten auf der Kenntnisskala deutlich über dem EU-Durchschnitt, während der Anteil derjenigen, die mit dem vorhandenen Wissen zufrieden sind, dem EU-Durchschnitt entspricht.

Aus der Analyse der demographischen Variablen lassen sich hinsichtlich des Wunsches nach mehr Informationen über die EU keine nennenswerten Unterschiede zwischen Frauen und Männern herleiten. Studenten und Personen, die den Bildungsabschluß im Alter von 20 Jahren oder später erworben haben, sowie Führungskräfte wünschen am ehesten weitere Informationen, während Personen, die den Bildungsabschluß im Alter von 15 Jahren oder früher erworben haben, sowie Personen im Alter von 55 Jahren oder älter und Arbeitslose am ehesten mit dem zufrieden sind, was sie bereits über die EU wissen.

Die Ergebnisse lassen ferner erkennen, daß der Wunsch nach mehr Informationen auch von der persönlichen Einstellung zur EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes abhängt: 78% derjenigen, die die Mitgliedschaft für eine gute Sache halten, wünschen mehr Informationen, gegenüber 61% derjenigen, die die Mitgliedschaft weder für eine gute noch für eine schlechte Sache halten, und nur 56% derjenigen, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten. (Tabelle 1.2b)

Zu welchen spezifischen EU-Themen werden mehr Informationen gewünscht?

Im Rahmen der Umfrage wurde ermittelt, bei welchen EU-Themen der Wunsch nach mehr Informationen besonders groß ist. Von den 18 zur Wahl gestellten Themen finden die Rechte der Unionsbürger (49%), die gemeinsame Währung (45%) und die Beschäftigung (42%) das meiste Interesse. Diese Themen zählen zu den Prioritäten der EU. Ein Hauptziel des Vertrags von Amsterdam besteht in der stärkeren Betonung der Bürgerrechte und der Beschäftigung im Rahmen der EU-Politik⁵. Das ausgeprägte Interesse an der gemeinsamen Währung überrascht nicht, da elf Länder den Euro zum 1. Januar 1999 einführen werden, wie es der Europäische Rat auf seiner Tagung am 2./3. Mai 1998 beschlossen hat⁶.

⁴ Diese Analyse betrifft nur die Ergebnisse auf Länderebene und berücksichtigt nicht die Beziehungen zwischen den beiden Variablen auf der Einzelfallebene.

⁵ Der Text des Vertrags von Amsterdam kann im Internet unter der folgenden Adresse abgerufen werden: <http://ue.eu.int/Amsterdam/de/treaty/treaty.htm>. Ein Leitfaden für Bürger zum Vertrag von Amsterdam ist in allen Amtssprachen der Gemeinschaft beim Amt für amtliche Veröffentlichungen erhältlich. Die Europäische Kommission unterhält außerdem ein Internet-Angebot über die Rechte der Unionsbürger: <http://citizens.eu.int/>

⁶ Die öffentliche Meinung zum Euro wird in Kapitel 3 ausführlich erörtert.

Wie aus dem folgenden Schaubild hervorgeht, sind Themen, die die Menschen unmittelbar angehen, gefragter als Themen, die in größerer Distanz zum Leben der Bürger stehen, z.B. Fernseh- und Filmpolitik (7%), Agrar- und Fischereipolitik (10%), Außenpolitik oder Kulturpolitik (je 12%). Ferner sind nur 14% der Befragten an mehr Informationen über die Erweiterung interessiert, obwohl dieses Thema zu den vorrangigen Anliegen der EU zählt.

EU-Themen, über die mehr Informationen gewünscht werden (EU15)



Quelle: Umfrage Nr. 49 - Apr.-Mai 1998
Standard Eurobarometer 49 - Abb. 1.3a

Wie die folgende Tabelle zeigt, führen die **Rechte als ein Bürger Europas** die Prioritätenliste in acht Mitgliedsländern an. Das Interesse an mehr Informationen zu diesem Thema ist in Schweden am deutlichsten ausgeprägt (62%), gefolgt von Griechenland (59%) und Finnland (58%). Am geringsten ist das Interesse an den Rechten als ein Bürger Europas in Irland (36%) und Luxemburg (35%), und nur in Luxemburg gelangt dieses Thema auf keinen der ersten drei Plätze.

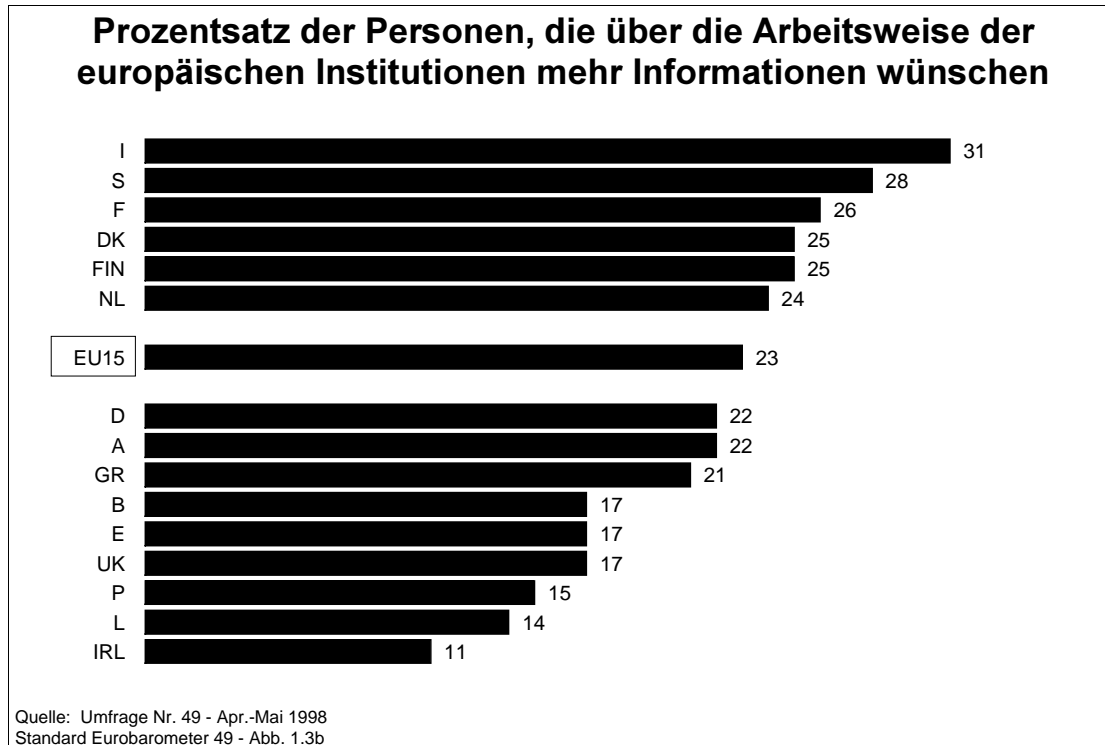
Die **gemeinsame Währung** ist in sechs Mitgliedsländern Spitzenreiter und liegt in zwölf Mitgliedsländern auf einem der drei vorderen Plätze. In den Ländern, die beim Start des Euro dabei sind - den "Euro-11-Ländern" - ist die Bevölkerung in der Regel stärker an weiteren Informationen über dieses Thema interessiert als in den vier nicht teilnehmenden Mitgliedsländern (Dänemark, Griechenland, Schweden und Vereinigtes Königreich), die den Euro im Januar 1999 nicht einführen werden. Was die "Euro-11-Länder" betrifft, so ist der Wunsch nach weiteren Informationen in Portugal (60%), Luxemburg (57%), den Niederlanden (55%), Belgien und Deutschland (je 51%) am stärksten und in Österreich (33%) und Italien (41%) am geringsten ausgeprägt. In den vier nicht teilnehmenden Mitgliedsländern wünschen rund 4 von 10 Befragten mehr Informationen, mit Ausnahme von Dänemark, wo nur 26% mehr Informationen über die gemeinsame Währung erhalten möchten.

Die **Beschäftigung** liegt in zehn Mitgliedsländern auf einem der ersten drei Plätze der Prioritätenliste. Der Wunsch nach mehr Informationen zu diesem Thema ist in Frankreich (52%) am größten, gefolgt von Finnland (46%) und Spanien (45%). Obwohl diese drei Länder zu den europäischen Ländern mit den höchsten Arbeitslosenquoten zählen (21% in Spanien, 14% in Finnland und 13% in Frankreich), scheint es in den anderen Ländern keinen Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und dem Wunsch nach mehr Informationen zur Beschäftigung zu geben. So wünschen 42% der Befragten in Luxemburg mehr Informationen, obwohl dieses Land 1997 die niedrigste Arbeitslosenquote in Europa aufweisen konnte (4%). In Irland wünschen andererseits nur 29% der Befragten mehr Informationen, obwohl die Arbeitslosenquote 1997 bei 10% lag.

Die **Gesundheits- und Sozialpolitik** liegt in acht Mitgliedsländern auf einem der ersten drei Plätze der Prioritätenliste. In den Niederlanden (54%) sowie in Finnland (52%) und Griechenland (46%) ist das Interesse an mehr Informationen zu diesem Thema am größten. Dänemark ist das einzige Land, in dem die Gesundheits- und Sozialpolitik Spitzenreiter ist (42%) und **Umweltschutzpolitik und atomare Sicherheit** (38%) einen der ersten drei Plätze erreicht.

WUNSCH NACH MEHR INFORMATIONEN IN PRIORITÄREN BEREICHEN (IN % NACH MITGLIEDSLÄNDERN)			
Belgien		Luxemburg	
Gemeinsame Währung	51	Gemeinsame Währung	57
Rechte als Bürger Europas	45	Beschäftigung	42
Beschäftigung	38	Gesundheits- und Sozialpolitik	39
Dänemark		Niederlande	
Gesundheits- und Sozialpolitik	42	Gemeinsame Währung	55
Rechte als Bürger Europas	41	Rechte als Bürger Europas	54
Umweltschutz	38	Gesundheits- und Sozialpolitik	54
Deutschland		Österreich	
Gemeinsame Währung	51	Rechte als Bürger Europas	41
Rechte als Bürger Europas	44	Beschäftigung	38
Beschäftigung	40	Gesundheits- und Sozialpolitik	35
Griechenland		Portugal	
Rechte als Bürger Europas	59	Gemeinsame Währung	60
Gesundheits- und Sozialpolitik	46	Beschäftigung	42
Gemeinsame Währung	43	Rechte als Bürger Europas	39
Spanien		Finnland	
Rechte als Bürger Europas	53	Rechte als Bürger Europas	58
Beschäftigung	45	Gesundheits- und Sozialpolitik	52
Gemeinsame Währung	45	Beschäftigung	46
Frankreich		Schweden	
Rechte als Bürger Europas	52	Rechte als Bürger Europas	62
Beschäftigung	52	Gesundheits- und Sozialpolitik	42
Gemeinsame Währung	47	Gemeinsame Währung	40
Irland		Vereinigtes Königreich	
Gemeinsame Währung	46	Rechte als Bürger Europas	46
Rechte als Bürger Europas	36	Gesundheits- und Sozialpolitik	39
Beschäftigung	29	Gemeinsame Währung	39
Italien			
Rechte als Bürger Europas	51		
Beschäftigung	42		
Gemeinsame Währung	41		

Beinahe ein Viertel aller Europäer würde gerne mehr Informationen über die Arbeitsweise der Institutionen der Europäischen Union erhalten. Dem folgenden Schaubild ist zu entnehmen, wie unterschiedlich das Interesse an diesem Thema in den 15 Mitgliedsländern ausgeprägt ist.



Mit 31% sind die Italiener am stärksten an Informationen über die Arbeitsweise der europäischen Institutionen interessiert. Überdurchschnittlich hoch ist das Interesse auch in Schweden (28%), Frankreich (26%), Dänemark, Finnland (je 25%) und in den Niederlanden (24%). Die Iren sind am wenigsten an Informationen über dieses Thema interessiert (11%), gefolgt von der Bevölkerung in Luxemburg (14%), Portugal (15%), im Vereinigten Königreich sowie in Spanien und Belgien (je 17%). (Tabelle 1.3)

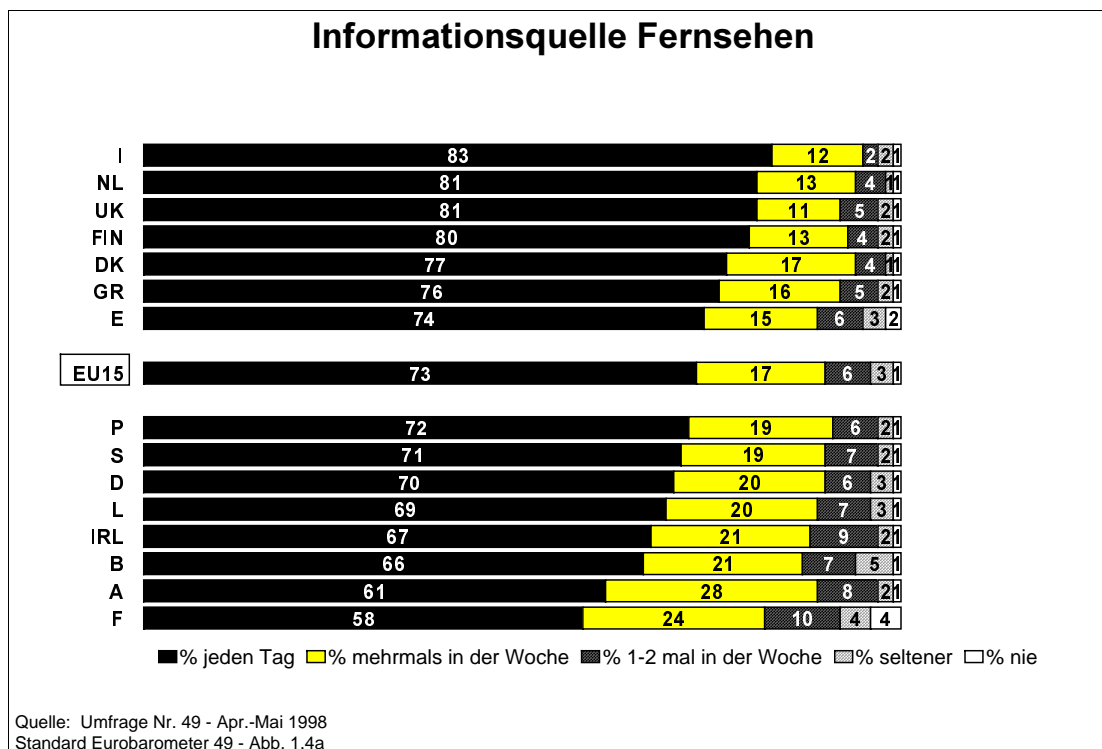
1.3. Informationsquellen

Ein weiteres Indiz für das weit verbreitete Interesse der Bevölkerung an mehr Informationen über die Europäische Union läßt sich aus der Tatsache ablesen, daß auf die Frage nach der bevorzugten Quelle für derartige Informationen insgesamt nur 9% der Befragten erklären, sie würden niemals nach solchen Informationen suchen. In Griechenland (15%), im Vereinigten Königreich (14%) sowie in Portugal (13%) und Spanien (12%) ist jedoch der Anteil derjenigen, die niemals nach derartigen Informationen suchen, etwas höher.

Ehe wir uns der Analyse der Informationsquellen zuwenden, die bei der Suche nach Informationen über die EU genutzt werden, erörtern wir die Nutzung der drei wichtigsten Nachrichtenmedien - Fernsehen, Tageszeitung und Rundfunk - und den Zugang zu modernen Informationswerkzeugen.

Fernsehnachrichten

Wie aus dem folgenden Schaubild hervorgeht, sind die Nachrichtensendungen des Fernsehens ein fester Bestandteil des Alltags in der gesamten Europäischen Union. 73% der Europäer verfolgen die Fernsehnachrichten täglich und 17% mehrmals wöchentlich⁷.



Die Länderanalyse läßt verhältnismäßig wenig Unterschiede zwischen den 15 Mitgliedsländern erkennen. Vor allem in Italien (83%), in den Niederlanden, im Vereinigten Königreich (je 81%) und in Finnland (80%) werden die Fernsehnachrichten täglich gesehen, während dies in Frankreich (58%) und Österreich (61%) am seltensten der Fall ist. Addiert man jedoch den Anteil derjenigen, die mehrmals pro Woche die Fernsehnachrichten verfolgen, und den Anteil derjenigen, die die Fernsehnachrichten täglich sehen, so verschwinden die länderspezifischen Unterschiede praktisch völlig. Frankreich ist das einzige Land, in dem beinahe 2 von 10 Befragten die Fernsehnachrichten ein- oder zweimal pro Woche oder seltener sehen. (Tabelle 1.4a)

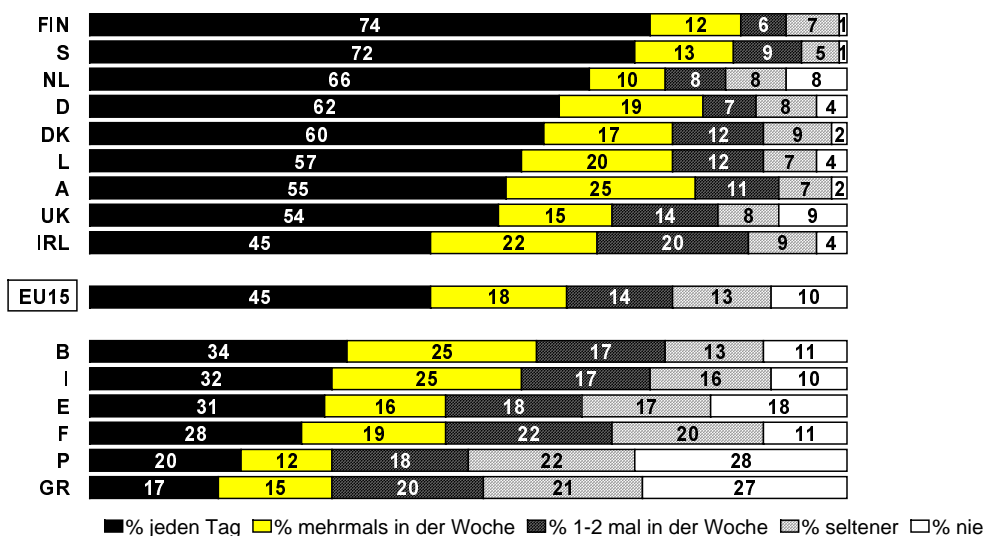
Zeitungsnachrichten

Mehr als 6 von 10 EU-Bürgern lesen die Nachrichten in der Tageszeitung täglich (45%) oder mehrmals pro Woche (18%).

Die Länderanalyse läßt erkennen, daß in Finnland (86%), Schweden (85%), Deutschland (81%), Österreich (80%), Dänemark (77%) und in den Niederlanden (76%) mehr als drei von vier Personen die Zeitungsnachrichten mehrmals pro Woche oder täglich lesen. Griechenland und Portugal (je 32%) sind die einzigen Länder, in denen weniger als 4 von 10 Befragten den Nachrichtenteil der Tageszeitung mehrmals pro Woche oder täglich lesen. (Tabelle 1.4b)

⁷ Die Angaben über die Mediennutzung im Text und in den Abbildungen basieren auf einer Neuberechnung der Prozentsätze unter Ausklammerung der unentschiedenen Antworten ('weiß nicht'). In den Tabellen (1.4a-1.4c) im Schlußteil des Berichts sind die unentschiedenen Antworten berücksichtigt.

Informationsquelle Tageszeitungen

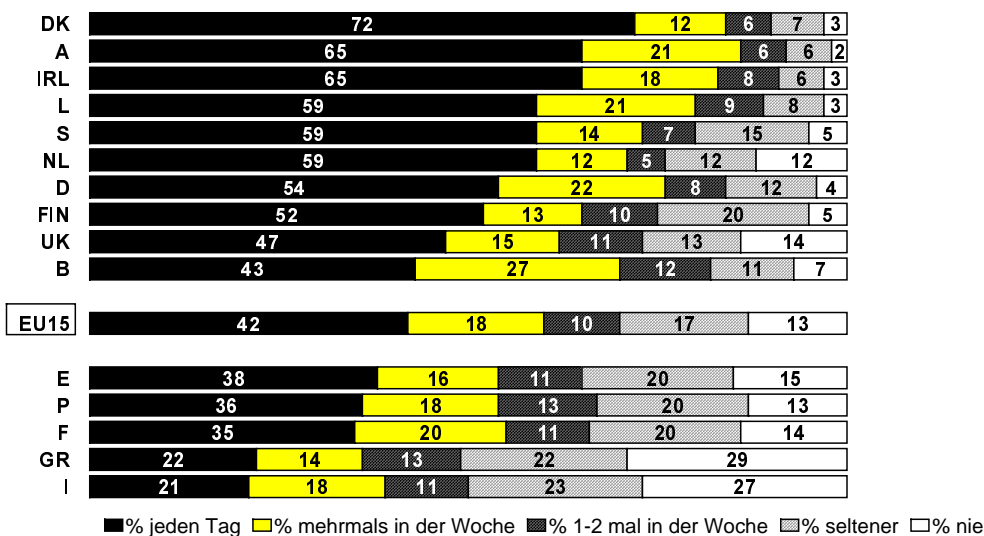


Quelle: Umfrage Nr. 49 - Apr.-Mai 1998
Standard Eurobarometer 49 - Abb. 1.4b

Rundfunknachrichten

Auch der Rundfunk wird als Nachrichtenquelle auf breiter Basis genutzt: 6 von 10 EU-Bürgern hören täglich (42%) oder mehrmals pro Woche die Nachrichten im Radio (18%).

Informationsquelle Hörfunk



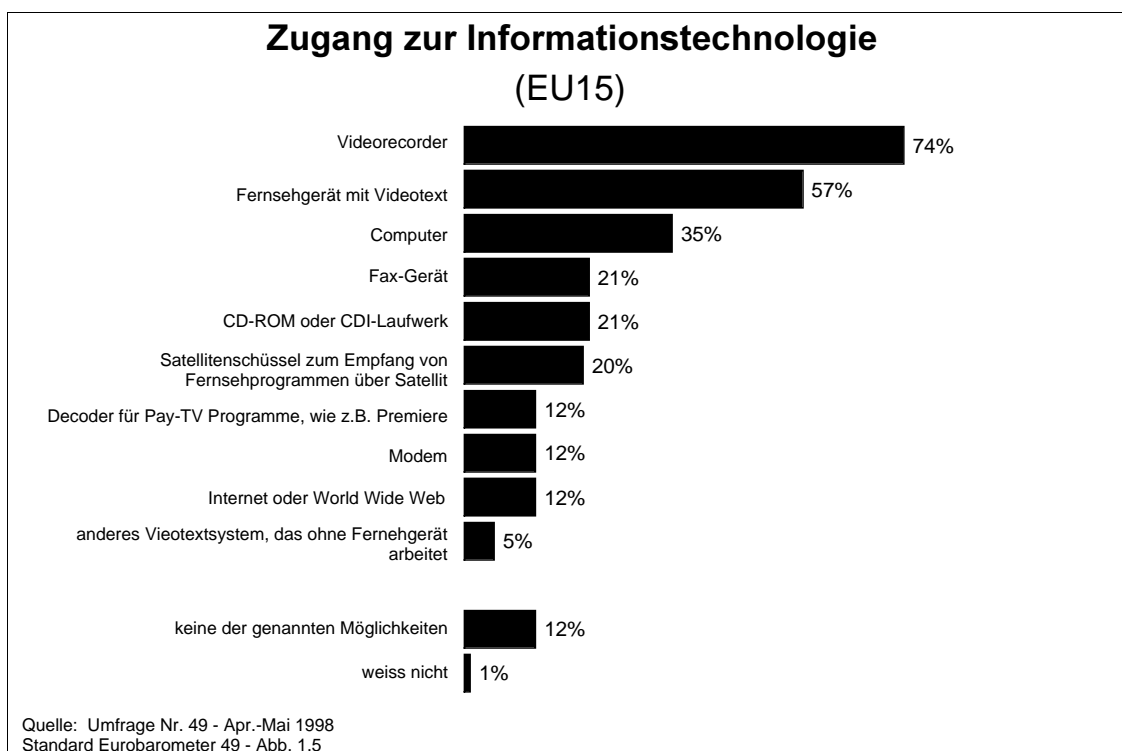
Quelle: Umfrage Nr. 49 - Apr.-Mai 1998
Standard Eurobarometer 49 - Abb. 1.4c

Die Länderanalyse zeigt, daß mindestens 8 von 10 Befragten in Österreich (86%), Dänemark (84%), Irland (83%) und Luxemburg (80%) mehrmals wöchentlich oder täglich die Rundfunknachrichten hören. Griechenland (36%) und Italien (39%) sind die einzigen beiden Länder, in denen weniger als die Hälfte der Bevölkerung das Radio so häufig als Informationsquelle nutzt. (Tabelle 1.4c)

Zugang zur Informationstechnologie

Die moderne Technik bietet eine breite Palette von Informationswerkzeugen an. In der EB-Umfrage wird ermittelt, inwieweit die Bevölkerung Zugang zu einer Reihe dieser modernen Hilfsmittel hat.

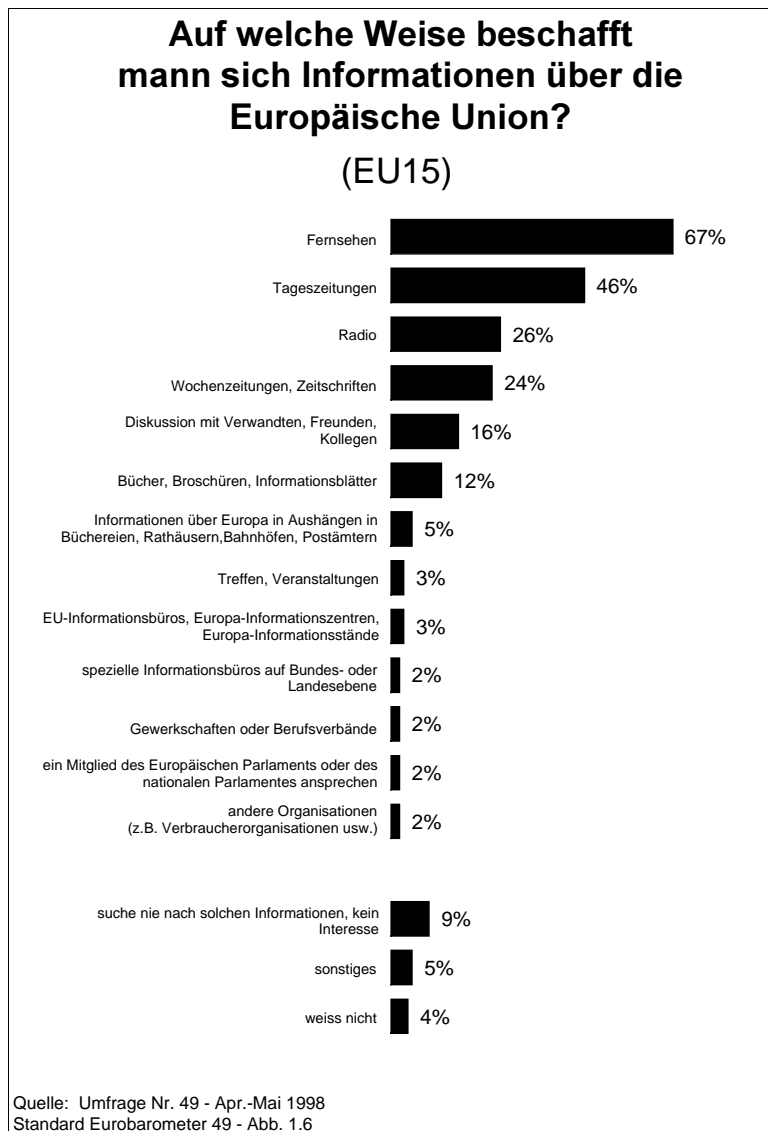
Am häufigsten wird der Zugang zu einem Videorekorder genannt (74%). Dieses Ergebnis überrascht nicht, da der Videorekorder das älteste der neuen Informationswerkzeuge ist und eigentlich gar keine Neuigkeit mehr ist. 57% der Befragten haben Zugang zu einem Fernsehgerät, das mit Teletext ausgestattet ist, 35% haben Zugang zu einem Computer, 21% zu einem Faxgerät bzw. einem CDROM-Gerät, und 20% haben Zugang zu einem Satellitenempfänger für den Empfang von Fernsehsendungen. Wie aus dem folgenden Schaubild hervorgeht, sind die übrigen Informationswerkzeuge weniger verbreitet. (Tabelle 1.5)



Beschaffung von Informationen über die EU

Es dürfte nicht überraschen, daß das Fernsehen die mit Abstand am häufigsten genutzte Quelle für Informationen über die EU ist und von 67% der Befragten genannt wird⁸. 46% der Befragten nutzen zu diesem Zweck die Tagespresse, 26% den Rundfunk und 24% andere Zeitungen oder Zeitschriften. Die Diskussion mit Verwandten, Freunden und Kollegen sowie Bücher, Broschüren und Informationsblätter sind die einzigen beiden anderen Möglichkeiten, die von mehr als 10% der Befragten genutzt werden, wenn sie sich Informationen über die EU beschaffen wollen.

⁸ Es wurde folgende Frage gestellt: "Wenn Sie Informationen über die Europäische Union, ihre Politik oder ihre Institutionen erhalten wollen, wie beschaffen Sie sich dann diese Informationen?". Dazu wurde eine Liste vorgelegt, auf der 13 spezifische Informationsquellen sowie die Antworten "sonstiges", "weiß nicht" und "suche nie nach solchen Informationen, kein Interesse" zur Wahl standen. Diese zuletzt genannte Option wurde zu Beginn des Abschnitts 1.3 bereits erörtert.



Die Länderanalyse zeigt, daß das Fernsehen in Luxemburg (84%) am häufigsten für die Beschaffung von Informationen über die EU genutzt wird. Mit einigem Abstand folgen Deutschland (77%), Italien und Portugal (je 76%). Am seltensten wird das Fernsehen zu diesem Zweck im Vereinigten Königreich (47%), in Irland (52%) und in den Niederlanden (55%) genutzt.

Tageszeitungen werden in Deutschland (61%) am häufigsten für die Beschaffung von Informationen über die EU genutzt. Es folgen Luxemburg (53%), Schweden (51%) und die Niederlande (50%). In Portugal (23%) und Griechenland (28%) nutzen weniger als 3 von 10 Befragten die Tagespresse zu diesem Zweck.

62% der Bevölkerung Luxemburgs bezieht Informationen über die EU über den Rundfunk. Damit liegt Luxemburg an der Spitze aller Mitgliedsländer. An zweiter Stelle folgen Belgien und Frankreich mit einem Anteil von 36%. Am seltensten wird das Radio zu diesem Zweck im Vereinigten Königreich (13%), in den Niederlanden (14%) und in Italien (17%) genutzt.

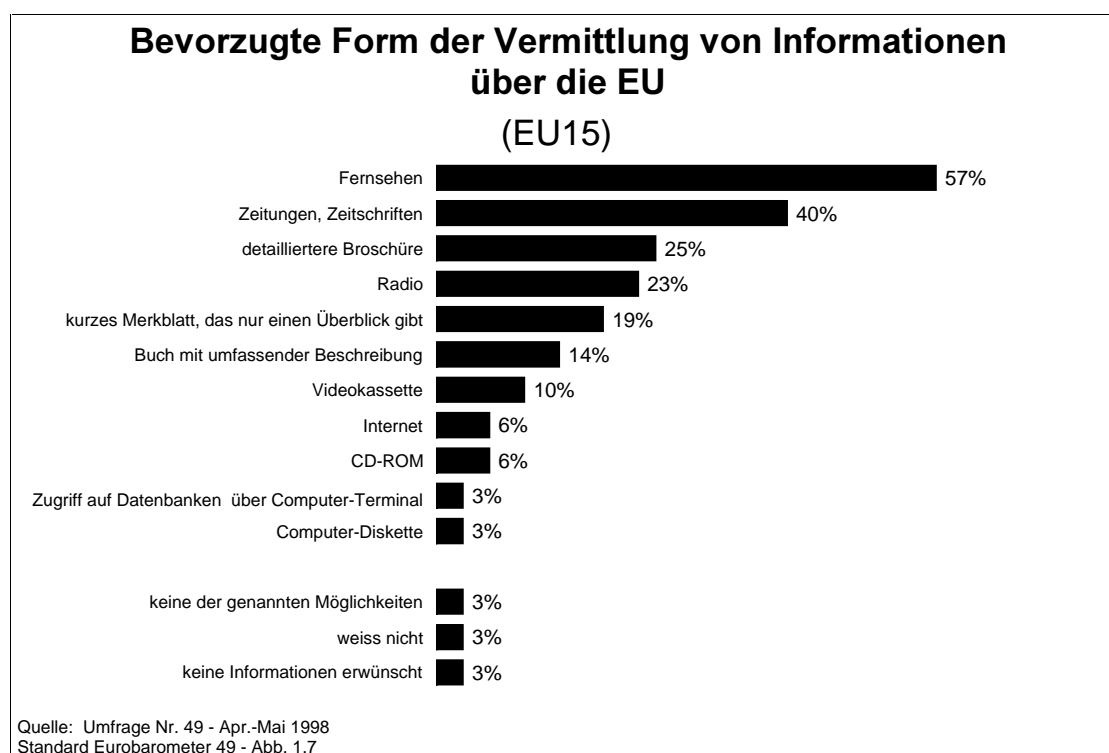
Wochenzeitungen und Zeitschriften werden in Finnland (42%) am häufigsten genannt, gefolgt von Dänemark (32%), Italien (31%) und Luxemburg (30%). Ihr Anteil liegt in den folgenden Ländern unter 20%: Vereinigtes Königreich (15%), Schweden (16%), Irland, Niederlande (je 17%), Portugal (18%) und Spanien (19%).

In Griechenland (24%), Frankreich (23%) und Deutschland (22%) ist man eher als in den Niederlanden, im Vereinigten Königreich (je 6%) oder in Irland und Schweden (je 8%) bereit, sich im Rahmen von Diskussionen zu informieren. Bücher, Broschüren oder Informationsblätter werden vor allem in Dänemark

(23%) für die Beschaffung von Informationen über die EU genutzt, gefolgt von Österreich (19%); hingegen informiert sich in Portugal (7%), Italien, im Vereinigten Königreich (je 8%) und in Spanien (9%) nicht einmal jeder Zehnte auf diese Weise. Außerdem holen 11% der Dänen, 7% der Österreicher und Finnen und 6% der Schweden Informationen bei den EU-Informationsbüros und ähnlichen Stellen ein. (Tabelle 1.6)

Bevorzugte Quellen für die Beschaffung von Informationen über die EU

Die Befragten sollten angeben, wie sie sich am liebsten über die EU informieren würden. Dazu wurde eine Liste mit zwölf Informationsquellen zur Auswahl vorgelegt. Die Ergebnisse zeigen, daß das Fernsehen nicht nur die am intensivsten genutzte, sondern auch die populärste Informationsquelle ist (57%). Da nur verhältnismäßig wenig Menschen Zugang zu modernen Informationswerkzeugen haben, genießen Druckerzeugnisse wie *„Zeitungen und Zeitschriften“* (40%), *„eine detailliertere Broschüre“* (25%), *„ein kurzes Merkblatt, das nur einen Überblick gibt“* (19%) und *„ein Buch mit umfassender Beschreibung“* (14%) weiterhin den Vorzug vor neueren Informationsquellen wie *„das Internet“*, *„CDROM“* (je 6%), *„Computer-Terminal“* oder *„Computer-Diskette“* (je 3%). Der Rundfunk darf als Vermittler von Informationen über die EU nicht vernachlässigt werden, denn er wird von 23% der Befragten als bevorzugte Informationsquelle genannt. Ferner erklärten nur 3% der Befragten spontan, daß sie keine Informationen über die EU wünschen.



Die Länderanalyse zeigt, daß vor allem die Griechen (71%) das Fernsehen als Quelle für Informationen über die EU bevorzugen, gefolgt von der Bevölkerung in Dänemark (67%), Finnland (65%), Portugal (63%), Italien (62%), Deutschland und Luxemburg (je 61%). Irland (36%), Österreich (45%) und das Vereinigte Königreich (47%) sind die einzigen Länder, in denen weniger als die Hälfte der Befragten das Fernsehen für die Beschaffung von Informationen über die EU bevorzugt.

Zeitungen und Zeitschriften erhalten vor allem in den Niederlanden (54%) sowie in Finnland (53%) und Dänemark (52%) den Vorzug, während sie in Irland (21%), Portugal (22%) und Spanien (27%) am seltensten genannt werden.

Eine detailliertere Broschüre findet in Frankreich (34%) die meisten Befürworter, dicht gefolgt von Österreich (32%), Belgien, Dänemark, Deutschland (je 31%) und in den Niederlanden (30%). Mit einem Anteil von 12% sind die Italiener am wenigsten an dieser Informationsquelle interessiert.

Die Länderanalyse zeigt außerdem, daß in zahlreichen nordeuropäischen Ländern weiterhin mehr Interesse an der Informationsquelle Internet besteht als in anderen Ländern. (Tabelle 1.7) In Nordeuropa, insbesondere in Skandinavien, verfügt ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Bevölkerung über einen Zugang zum Internet, und die Zahl der Benutzer wächst in rasantem Tempo.

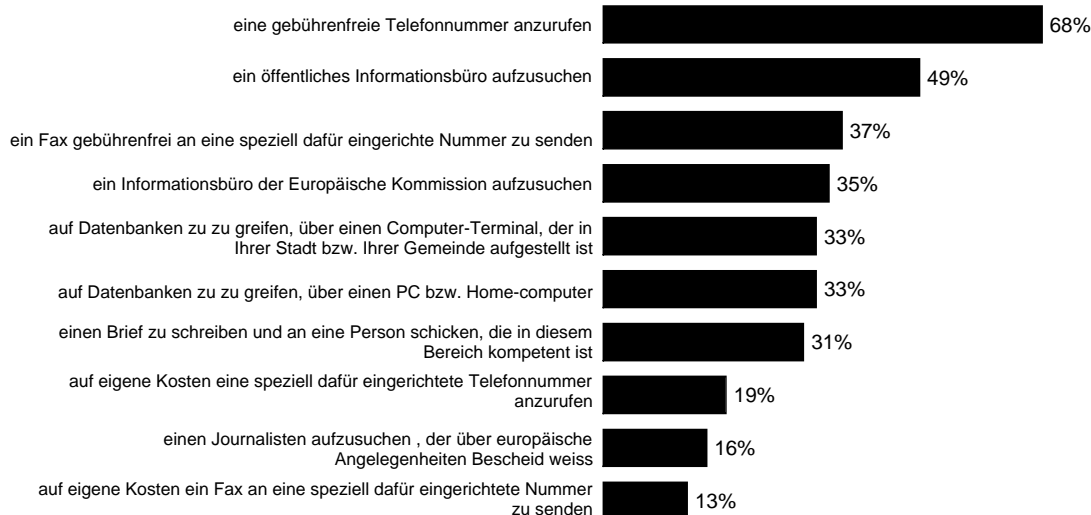
Internetzugang und bevorzugte Nutzung des Internets für die Beschaffung von Informationen über die EU (nach Ländern und EU15)				
Land	Personen mit Internetzugang Frühjahr 1998	Veränderung gegenüber Frühjahr 1997 (in %)	Personen, die das Internet als Informationsquelle bevorzugen Frühjahr 1998	Veränderung gegenüber Herbst 1997 (in %)
Schweden	39%	+13	22%	+7
Dänemark	35%	+12	16%	+1
Finnland	31%	+6	17%	+2
Niederlande	23%	+9	12%	+4
Ver. Königreich	20%	+9	9%	0
EU15	12%	+4	6%	0
Luxemburg	11%	0	6%	-5
Italien	9%	+2	7%	0
Belgien	9%	+5	5%	+1
Spanien	8%	+3	5%	+1
Irland	8%	+1	4%	0
Deutschland	8%	+2	4%	0
Frankreich	7%	+2	5%	-1
Österreich	7%	+2	4%	-1
Portugal	6%	+3	6%	+1
Griechenland	3%	+1	4%	-1

1.4. Bereitschaft zu aktiver Informationsbeschaffung

Im vorigen Abschnitt wurde gezeigt, daß sich die Bürger vor allem durch das Fernsehen über die EU informieren und das Fernsehen die bei weitem populärste Informationsquelle ist. Das Fernsehen ist ein passives einleisiges Informationsmedium, und daher stellt sich die Frage, ob die Bürger zur aktiven Informationssuche bereit sind, wenn sie sich über die EU informieren wollen. Im Rahmen der EB-Umfrage wurden daher zehn Möglichkeiten für die Beschaffung von Informationen über die EU zur Auswahl vorgelegt, die ein mehr oder weniger aktives Vorgehen erfordern.

Das folgende Schaubild zeigt, daß 49% der EU-Bürger ein öffentliches Informationsbüro aufsuchen würden und sich 35% an ein Informationsbüro der Europäischen Kommission wenden würden. Dies läßt erkennen, daß zahlreiche Menschen zur aktiven Beschaffung von Informationen über die EU bereit sind. Allerdings machen die Ergebnisse auch deutlich, daß Methoden bevorzugt werden, die wenig Aufwand erfordern, z.B. Anrufen einer gebührenfreien Telefonnummer (68%). Aufwendigere Methoden wie das Ansprechen eines Journalisten, der über europäische Angelegenheiten Bescheid weiß, sind weniger beliebt (16%). Ein gebührenfreies Fax (37%), das an eine entsprechende Telefonnummer geschickt werden muß, findet weniger Anklang als der Anruf unter einer gebührenfreien Telefonnummer. Dies dürfte zweifellos damit zusammenhängen, daß zahlreiche Menschen eher Zugang zu einem Telefon als zu einem Faxgerät haben. Allerdings läßt sich die größere Popularität des Telefons gegenüber dem Faxgerät auch damit erklären, daß ein Telefonanruf bedeutend einfacher ist als das Versenden einer Anfrage per Fax, die erst handschriftlich oder maschinenschriftlich verfaßt werden muß.

Bereitschaft zur aktiven Informationssuche Prozentsatz der Personen die sagen bereit zu sein ... (EU15)

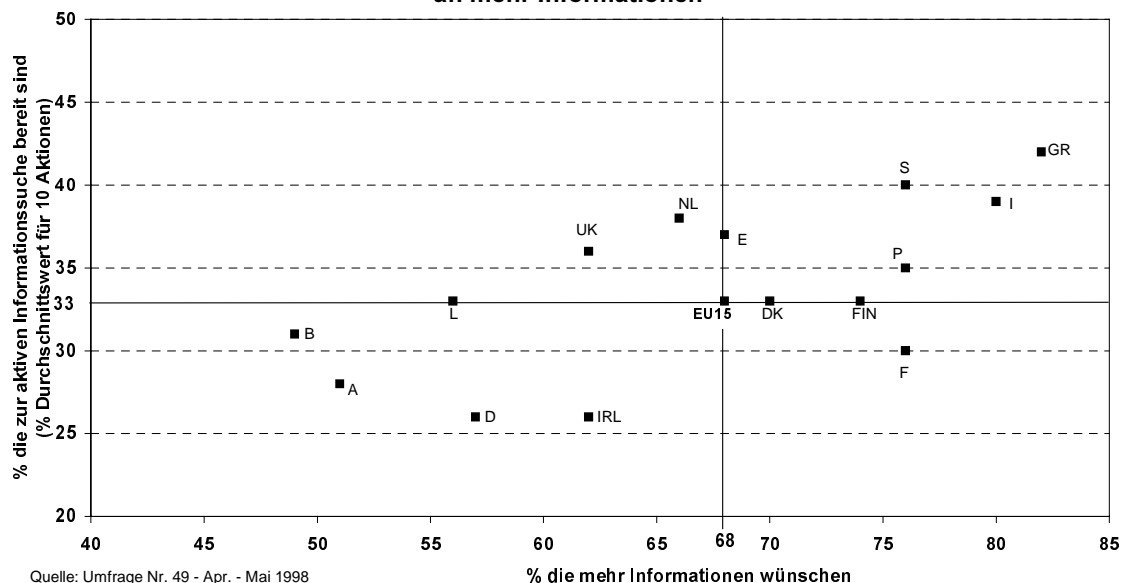


Quelle: Umfrage Nr. 49 - Apr.-Mai 1998
Standard Eurobarometer 49 - Abb. 1.8a

Wie die Ergebnisse ferner deutlich zeigen, sind nur sehr wenige Bürger bereit, die Informationsbeschaffung aus eigener Tasche zu bezahlen. Das obige Schaubild macht deutlich, daß weniger als 2 von 10 Europäern eine speziell eingerichtete Telefonnummer auf eigene Kosten anrufen oder ein Fax auf eigene Kosten an eine derartige Nummer schicken würden, um sich Informationen über die EU zu beschaffen.

Darüber hinaus läßt die Länderanalyse erkennen, daß in einigen Ländern ein Zusammenhang zwischen dem Wunsch nach mehr Informationen über die EU und der Bereitschaft zur aktiven Informationsbeschaffung besteht.

Bereitschaft zur aktiven Informationssuche mit Bedarf an mehr Informationen



Quelle: Umfrage Nr. 49 - Apr. - Mai 1998
Standard Eurobarometer 49 - Abb. 1.8b

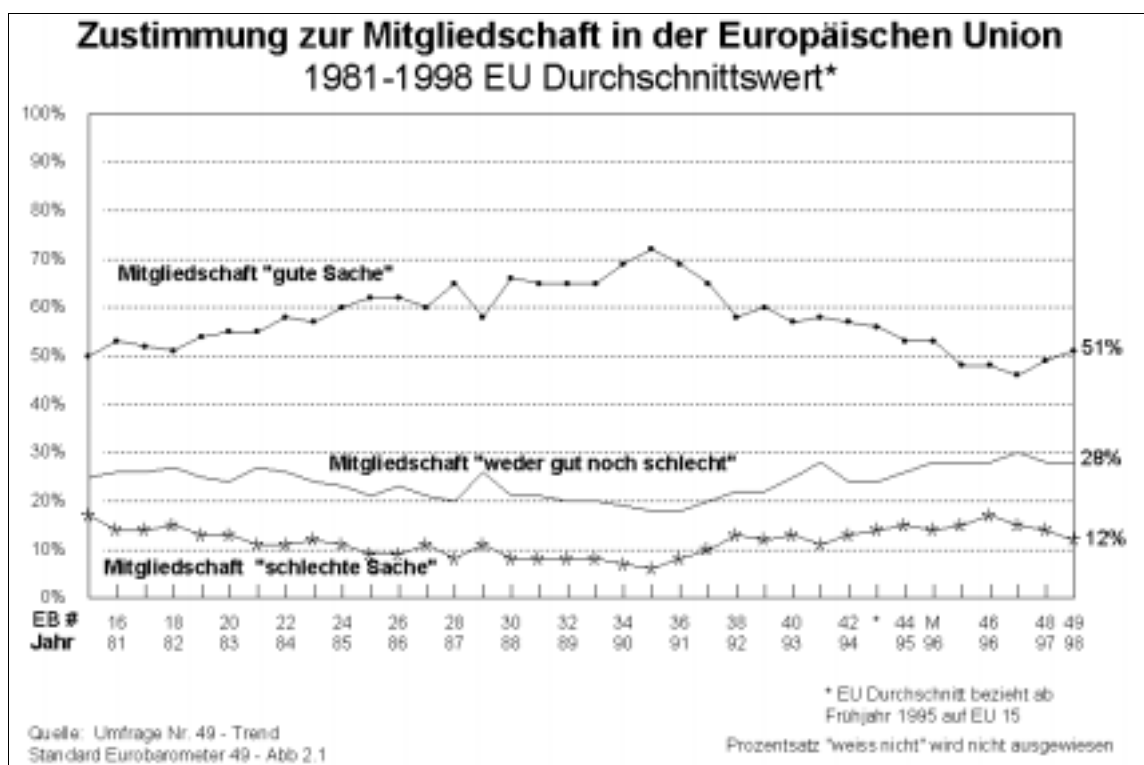
Wie das Schaubild auf der vorigen Seite zeigt, liegt der Anteil derjenigen, die mehr Informationen über die EU wünschen, und der Anteil derjenigen, die zur aktiven Informationssuche bereit sind, in Griechenland, Italien, Schweden und Portugal über dem EU-Durchschnitt. In Belgien, Österreich, Deutschland und Irland ist die Lage umgekehrt: dort liegt der Anteil derjenigen, die mehr Informationen wünschen und sich aktiv um diese Informationen bemühen würden, unter dem EU-Durchschnitt. (Tabelle 1.8)

2. Entwicklungstrends der öffentlichen Meinung in der EU

In diesem Kapitel befassen wir uns mit einigen Standardfragen der EB-Umfrage, die seit vielen Jahren gestellt werden und somit eine Analyse der langfristigen Entwicklung der öffentlichen Meinung in der Europäischen Union ermöglichen. Wir erörtern außerdem den Grad der Zustimmung zu aktuellen politischen Themen und untersuchen die Frage, inwieweit die EU-Bürger eine gemeinsame Identität empfinden.

2.1. Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU

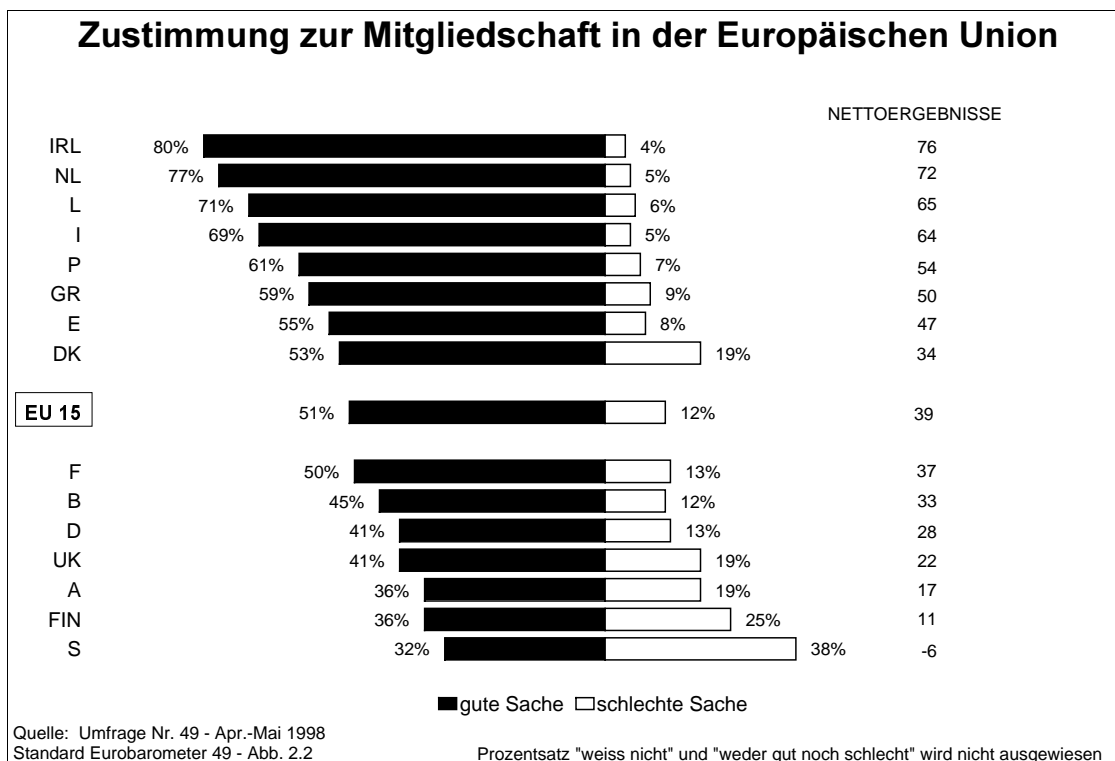
Seit 1973, als mit der Messung der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft begonnen wurde, hat die Popularität der Europäischen Union im wahrsten Sinne des Wortes Höhen und Tiefen durchlebt.



51% der Europäer halten gegenwärtig die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache. Das obige Schaubild läßt erkennen, daß die EU langsam an Popularität gewinnt und der durchschnittliche Grad der Zustimmung seit 1995 zum ersten Mal wieder über die 50%-Marke geklettert ist. Am größten war die Zustimmung im Jahr 1990, als 72% der Bevölkerung der Europäischen Gemeinschaft, der damals 12 Länder angehörten, die Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache hielten. Die nachfolgenden 6 Jahre waren durch einen kontinuierlichen Rückgang der Zustimmung gekennzeichnet, der im Frühjahr 1997 mit 46% einen Tiefstand erreichte. Die Wirtschaftskrise, die Diskussionen um den Maastrichter Vertrag, der Beitritt von drei neuen Ländern, deren Bevölkerung der EU verhältnismäßig skeptisch gegenüber steht, und nicht zuletzt die BSE-Krise zählen zu den zahlreichen Gründen für diesen Rückgang.

Die Länderanalyse zeigt, daß sich die Zustimmung im Frühjahr 1998 in neun der 15 Mitgliedsländer verbessert hat, wobei die höchsten Zunahmen in Österreich, Portugal und im Vereinigten Königreich verzeichnet wurden (je +5). (Tabelle 2.1a)

Trotz eines leichten Rückgangs ist die Zustimmung zur Europäischen Union wie in früheren Jahren in Irland mit 80% am größten. Es folgen - wie schon im Herbst - die Niederlande (77%) sowie Luxemburg (71%) und Italien (69%). Portugal (61%) liegt gegenwärtig an 5. Stelle, nachdem sich die Zustimmung in diesem Land verbessert hat. Am niedrigsten ist die Zustimmung zur EU in Schweden (32%), Finnland und Österreich (je 36%).



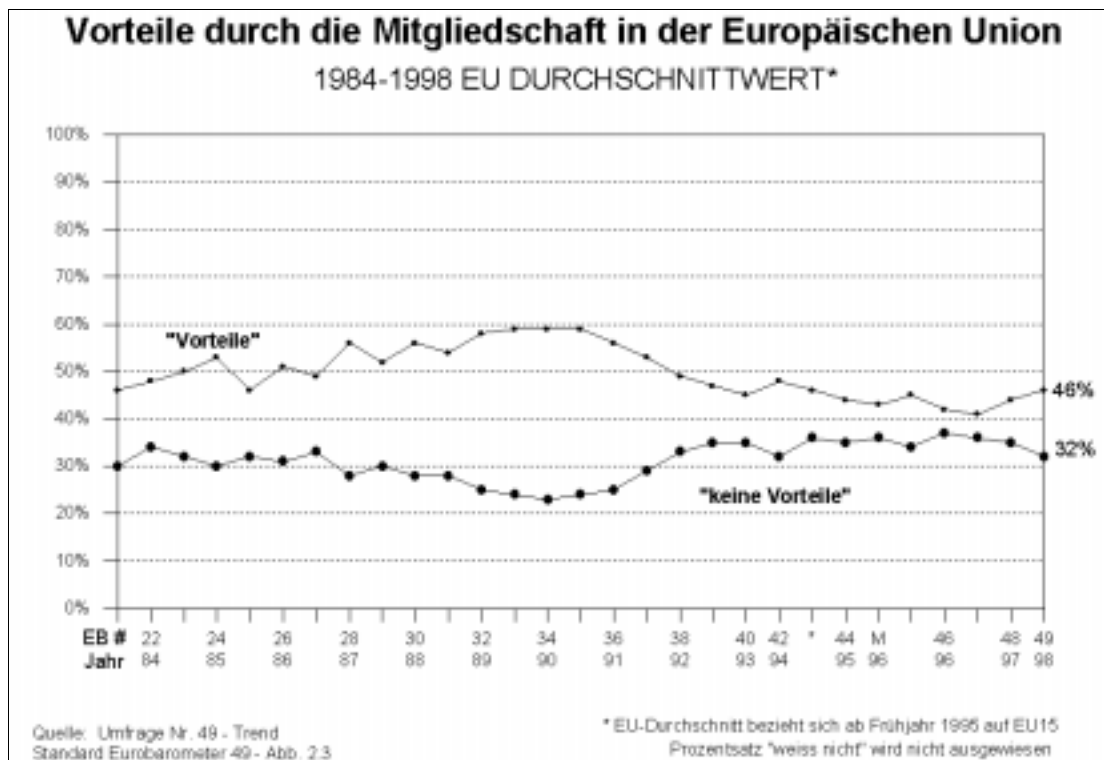
Die demographische Analyse bestätigt ein bekanntes Bild: verhältnismäßig mehr Männer (56%) als Frauen (47%) halten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache. Frauen haben eher keine Meinung oder halten die Mitgliedschaft weder für gut noch für schlecht, so daß die Ablehnungsraten bei beiden Geschlechtern gleich sind. Je höher das Bildungsniveau ist, desto positiver ist die Einstellung zur EU (die Zustimmungsraten beläuft sich bei Personen, die den Bildungsabschluß im Alter von 20 Jahren oder später erworben haben, auf 66% und bei Personen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder früher verlassen haben, auf 41%). Eine Aufschlüsselung nach Berufsgruppen ergibt eine Differenz in Höhe von 20% für die Zustimmungsraten von Führungskräften (63%) und Arbeitslosen (43%).

Bei den Altersgruppen hat sich das Bild verändert: die jüngsten Umfragen weisen keinen Unterschied zwischen den Zustimmungsraten in den Altersgruppen 15-54 Jahre auf (54%). Nur die ältesten EU-Bürger bilden eine Ausnahme: in der Altersgruppe der über 54jährigen ist die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft mit 46% deutlich niedriger als die Zustimmung bei den Jüngeren.

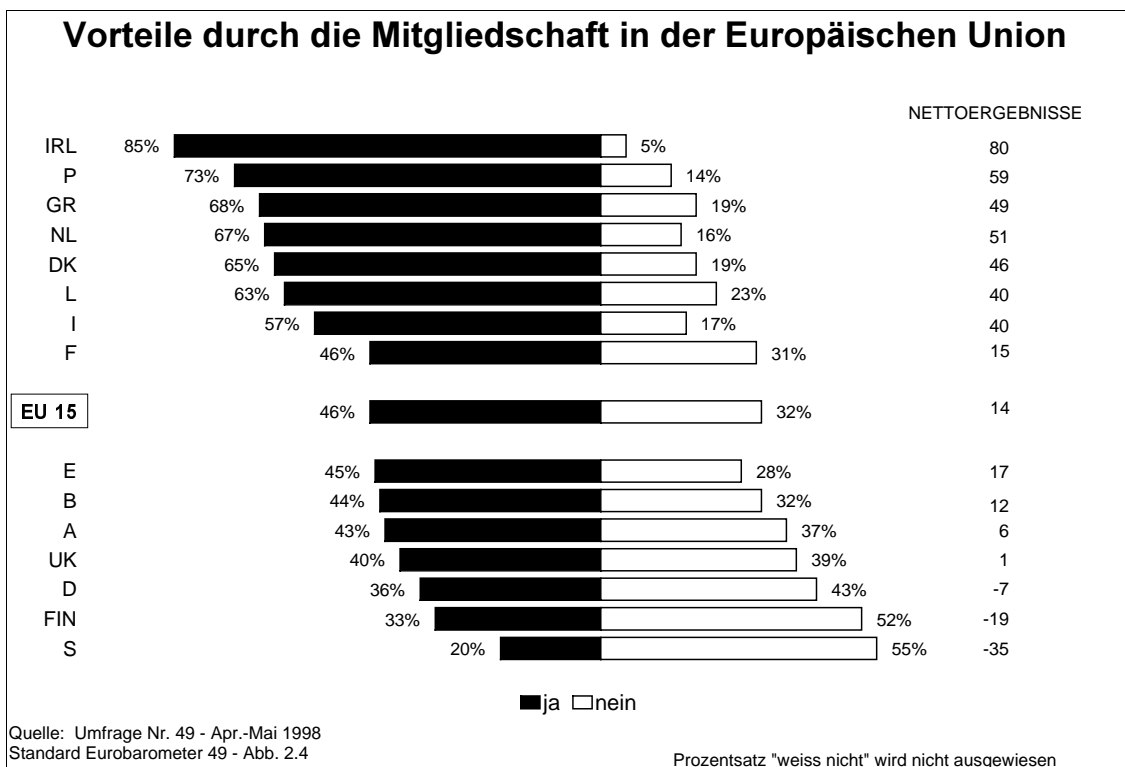
Die Daten zeigen außerdem deutlich, daß diejenigen, die die höchsten Werte auf der Kenntnisskala erzielen, die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eher für eine gute Sache halten als Personen mit niedrigen Werten auf der Kenntnisskala (65% bzw. 41%). Wie bereits in Kapitel 1 gezeigt wurde, ist bei Personen mit hohem Bildungsniveau und Männern der Anteil derjenigen, die nach eigener Einschätzung über die EU informiert sind, höher als bei Personen mit niedrigerem Bildungsniveau oder Frauen. (Tabelle 2.1b)

2.2. Vorteile durch die Mitgliedschaft

Die Zahlen lassen wie im Vorjahr eine Verbesserung erkennen : 46% der Europäer meinen im Frühjahr 1998, daß ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert, gegenüber 44% im vergangenen Herbst. Genau wie bei der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft zeigt die Trendanalyse, daß die positiven Antworten Ende der achtziger Jahre und Anfang der neunziger Jahre einen Höchstwert erreichten (59%) und anschließend kontinuierlich zurückgingen, bis sie im Frühjahr 1997 mit 41% einen Tiefststand erreichten.



Die Länderanalyse weist in 8 Mitgliedsländern eine positive Entwicklung auf. Die deutlichste Verbesserung wurde in Belgien und Österreich registriert (je +8), gefolgt von Portugal (+6). Mit -3 wurde die größte negative Veränderung in Spanien, Irland und Finnland ermittelt. (Tabelle 2.2a)

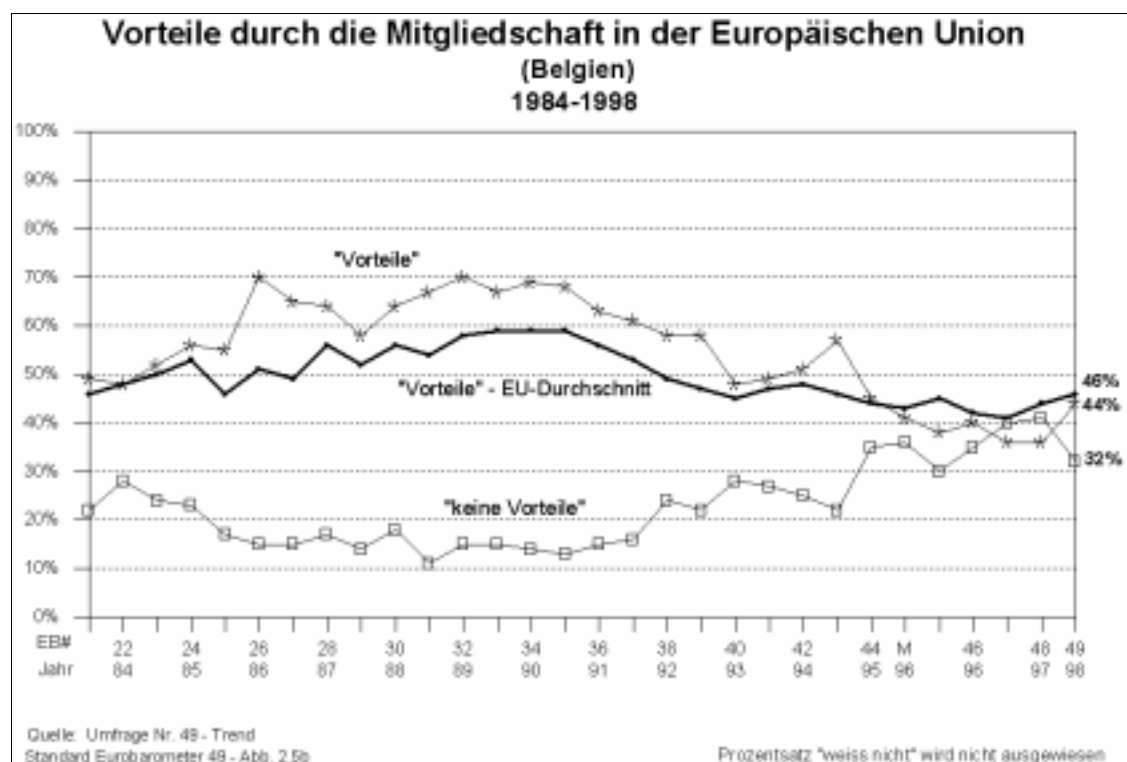
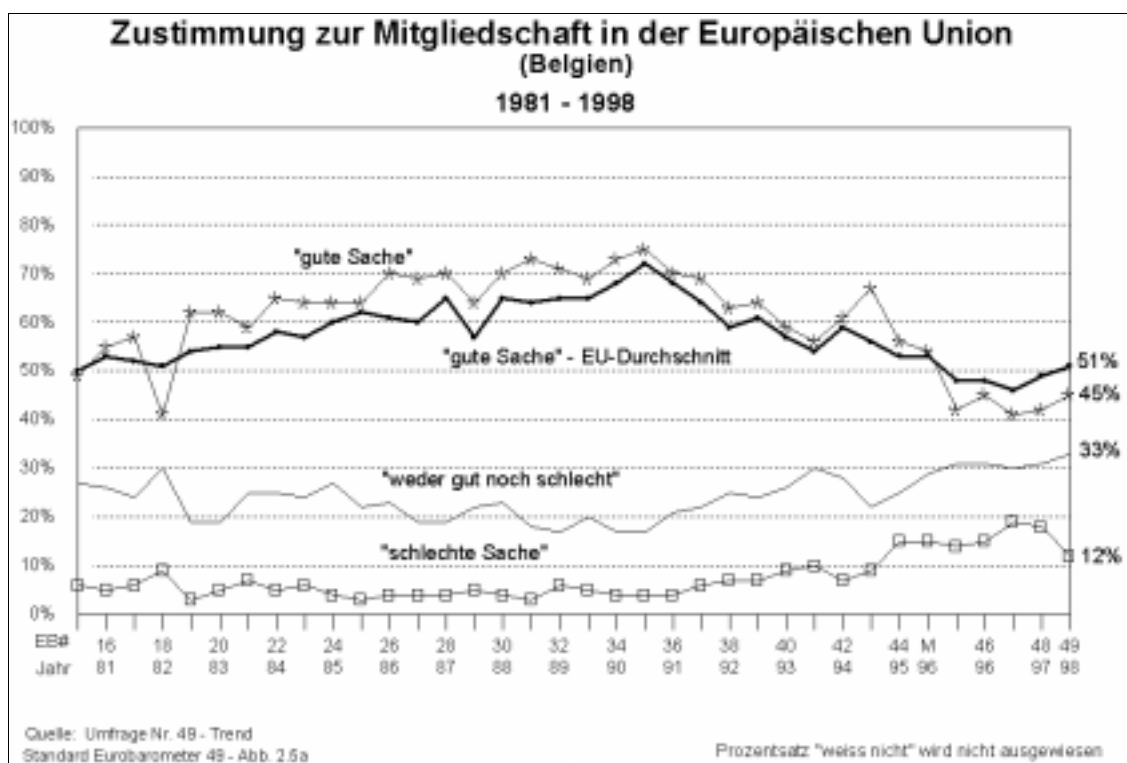


Die Bevölkerung Irlands ist weiterhin am positivsten eingestellt: 85% der Befragten erklären, daß ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert. Portugal (73%) nimmt gegenwärtig den zweiten Platz in der Rangordnung ein und hat Griechenland überflügelt (68%). Mehr als 6 von 10 Befragten in den Niederlanden (67%), Dänemark (65%) und Luxemburg (63%) sind ebenfalls der Meinung, daß ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert, während die Zustimmungsraten in Schweden (20%) weiterhin deutlich am niedrigsten sind.

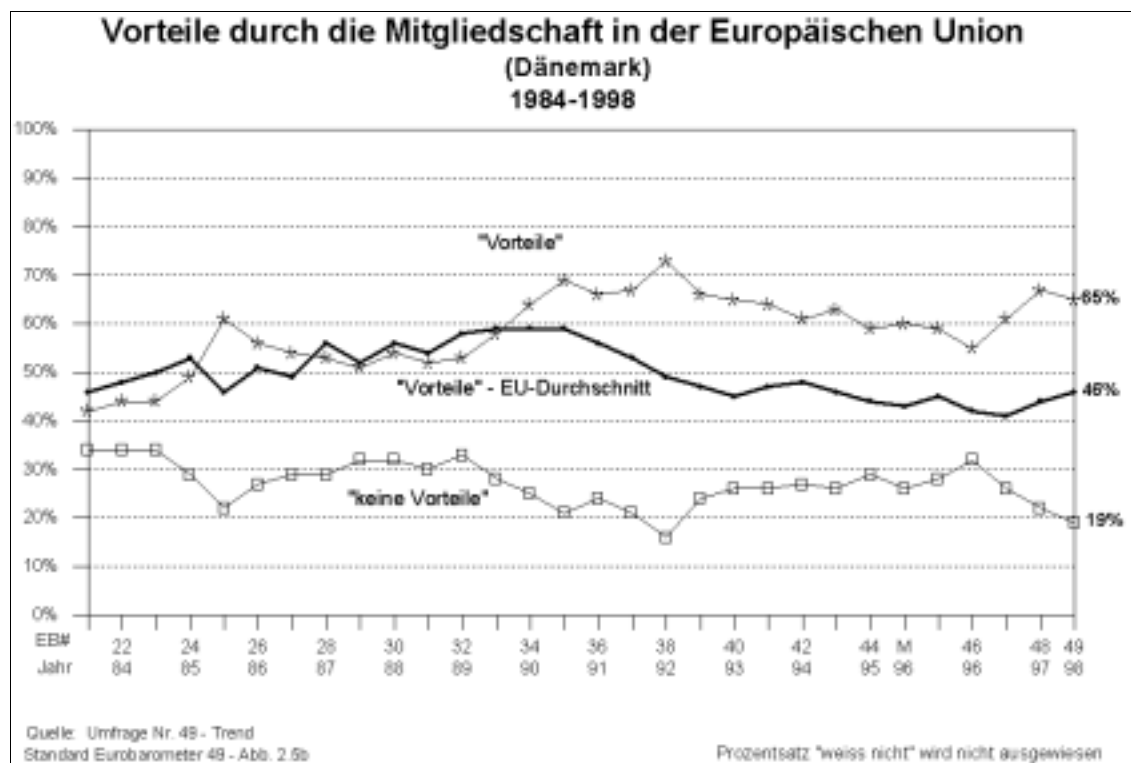
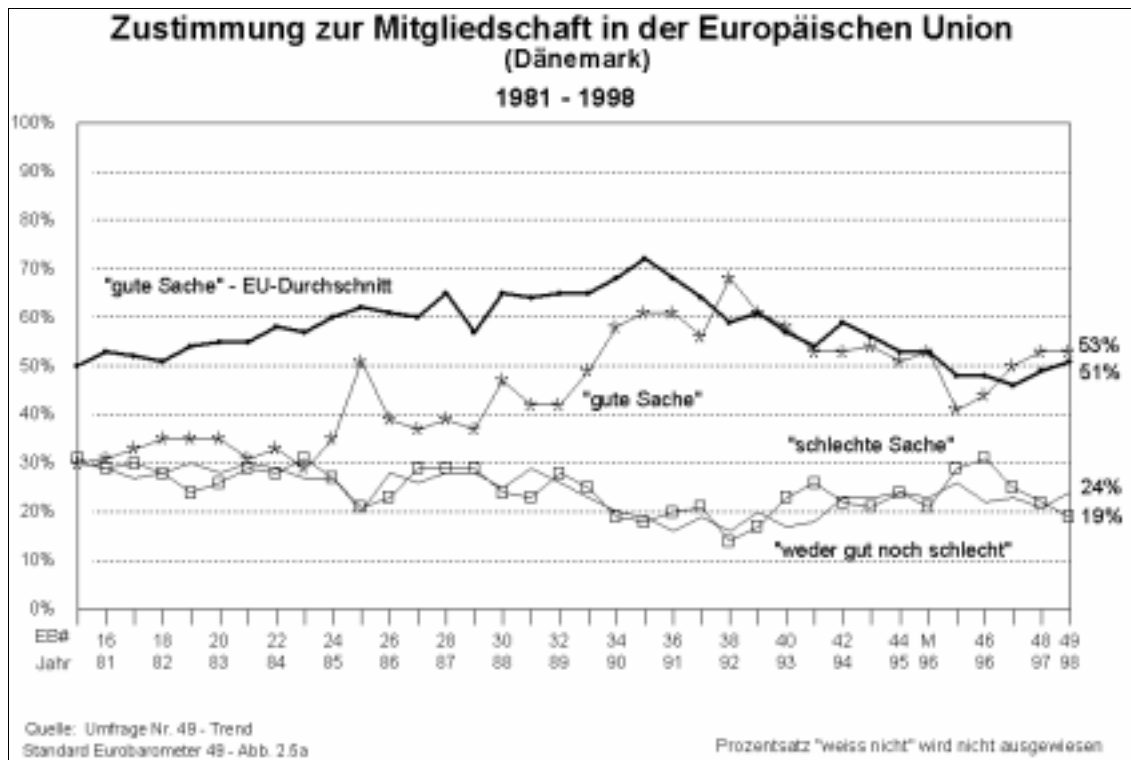
Die demographische Analyse zeigt, daß Personen, die am längsten in der schulischen Ausbildung verblieben (59%), sowie Führungskräfte (58%), Studierende (55%), Selbständige (53%), Männer und junge Leute (je 51%) deutlich positiver eingestellt sind als Personen mit den kürzesten Ausbildungszeiten (37%), Arbeiter, ältere Menschen (je 41%) und Frauen (42%).

Die Daten lassen außerdem einen hohen Grad der Polarisierung bei Befürwortern und Gegnern der Europäischen Union erkennen: 73% derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache halten, sind auch davon überzeugt, daß ihr Land von der Mitgliedschaft profitiert, gegenüber nur 9% derjenigen, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten. (Tabelle 2.2b)

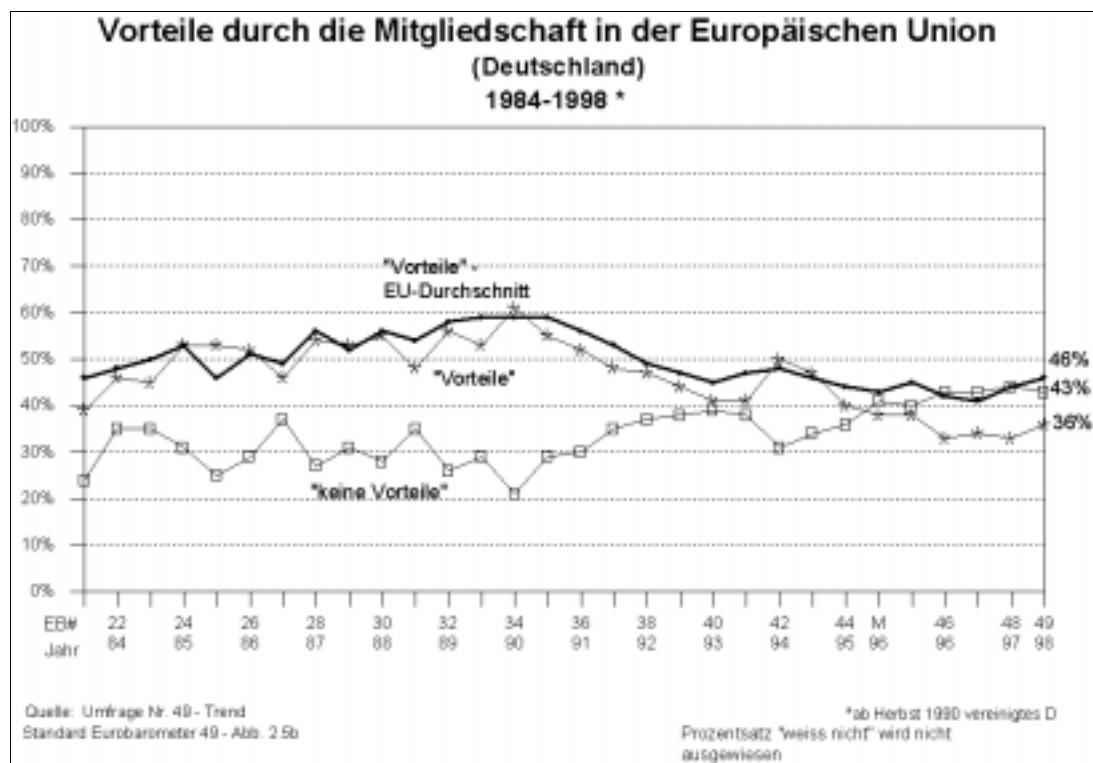
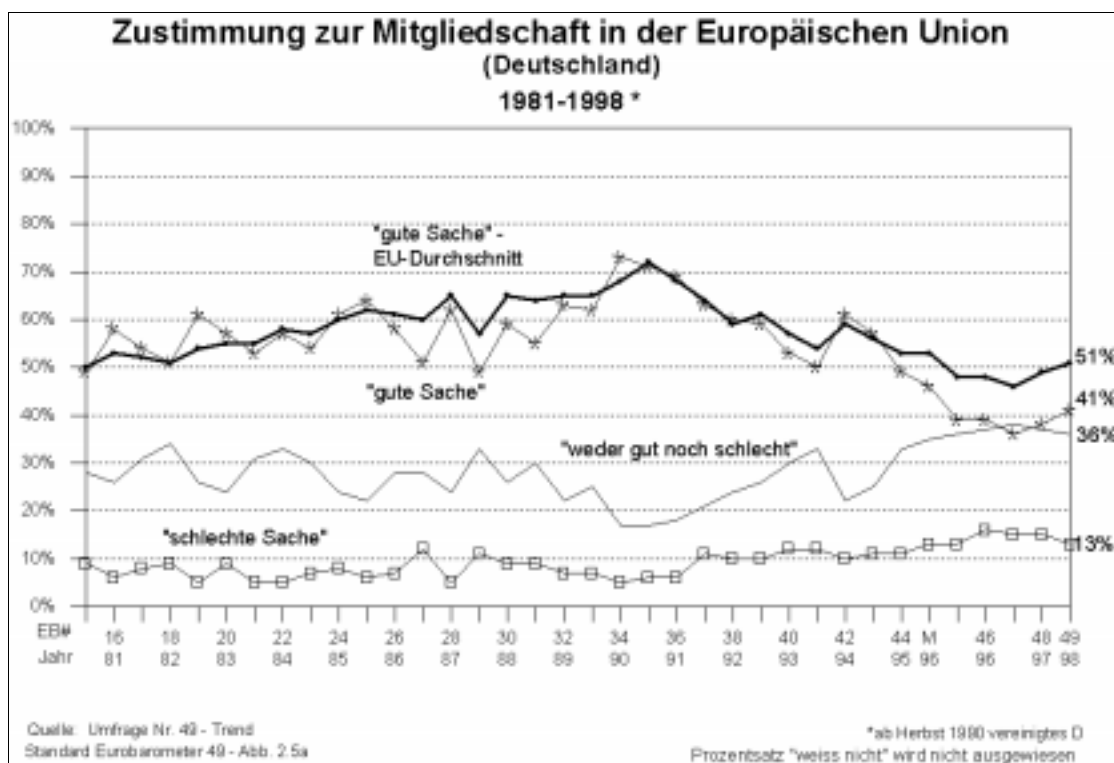
BELGIEN



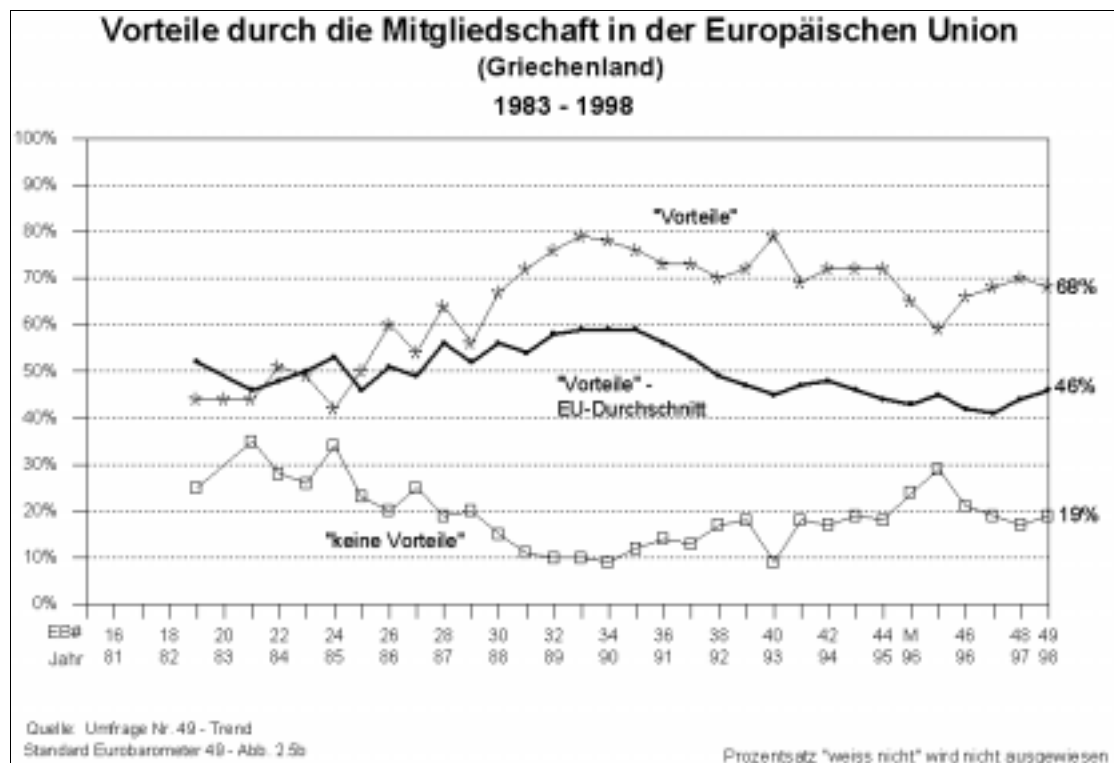
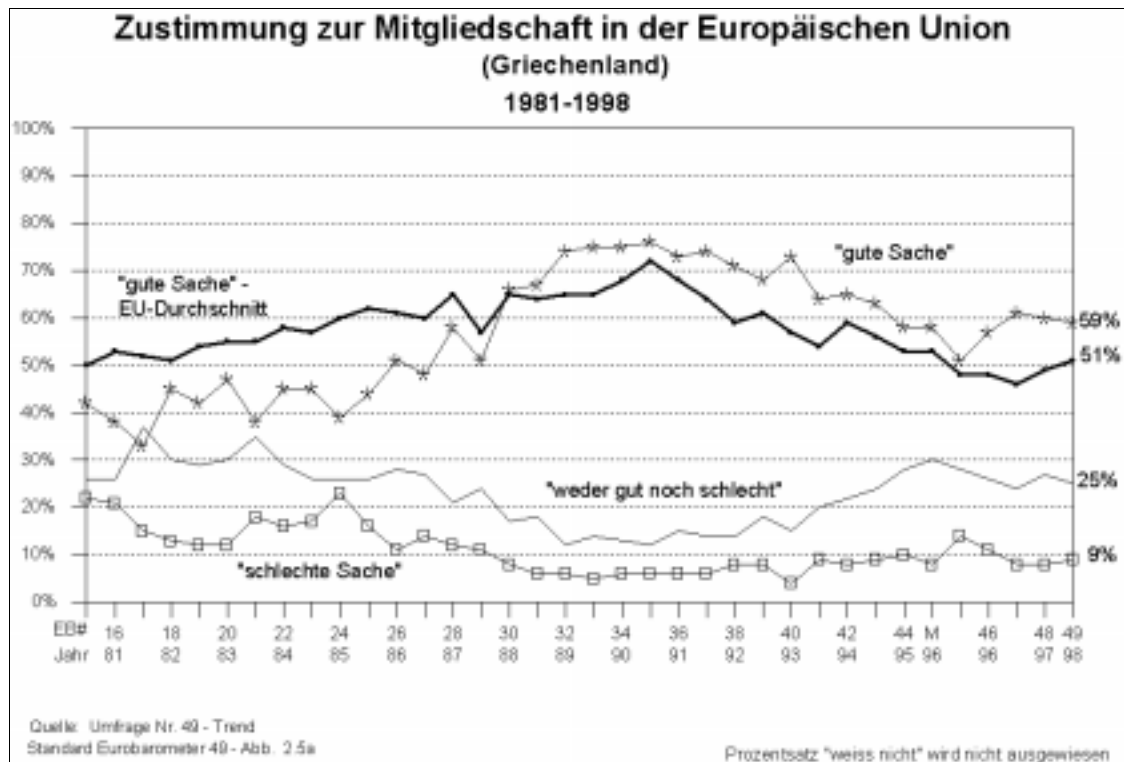
DÄNEMARK



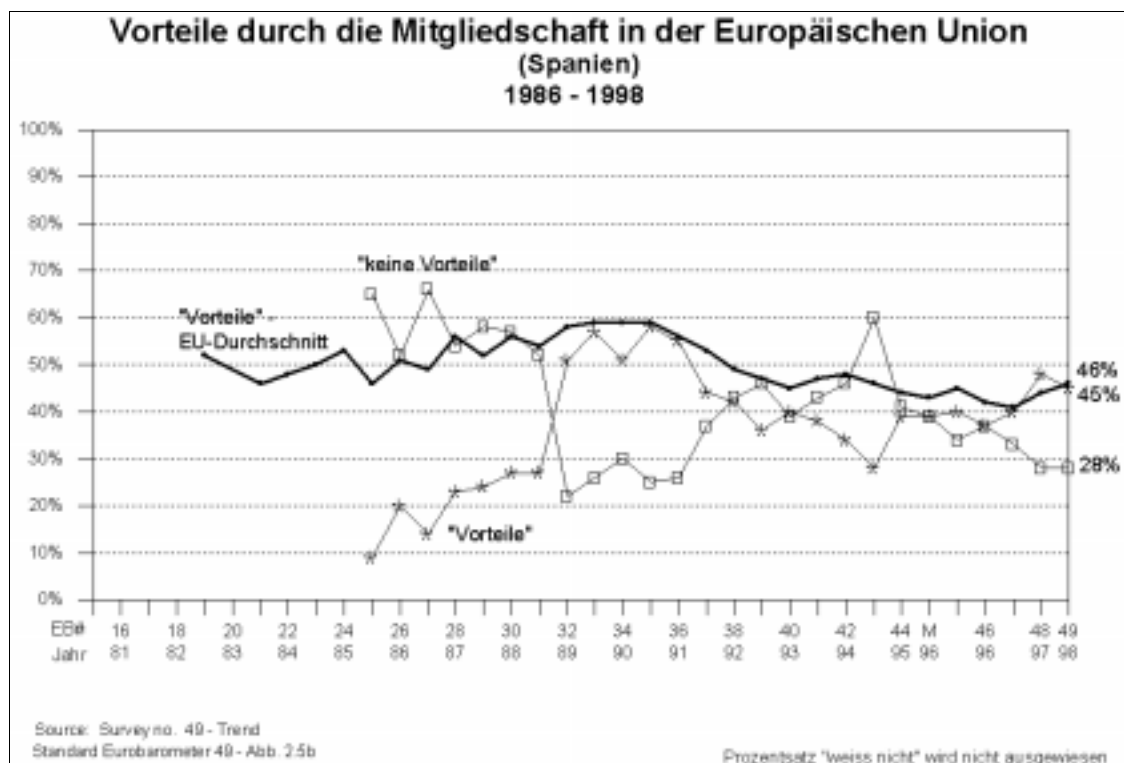
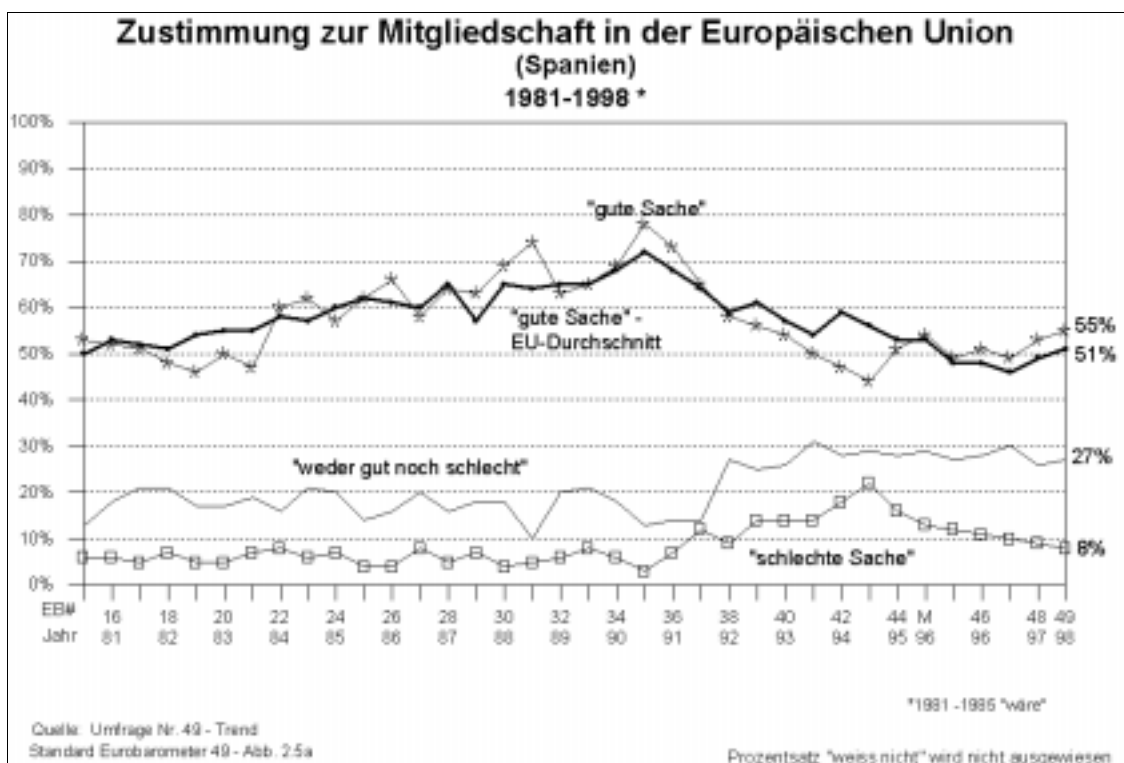
DEUTSCHLAND



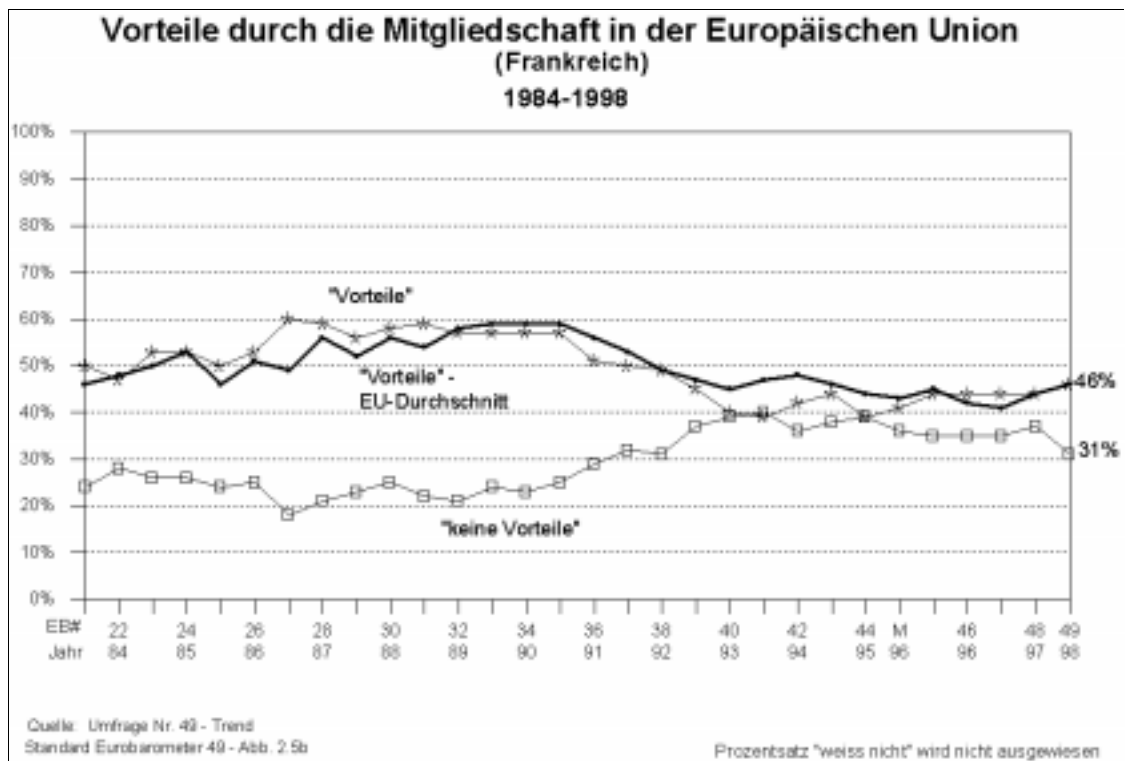
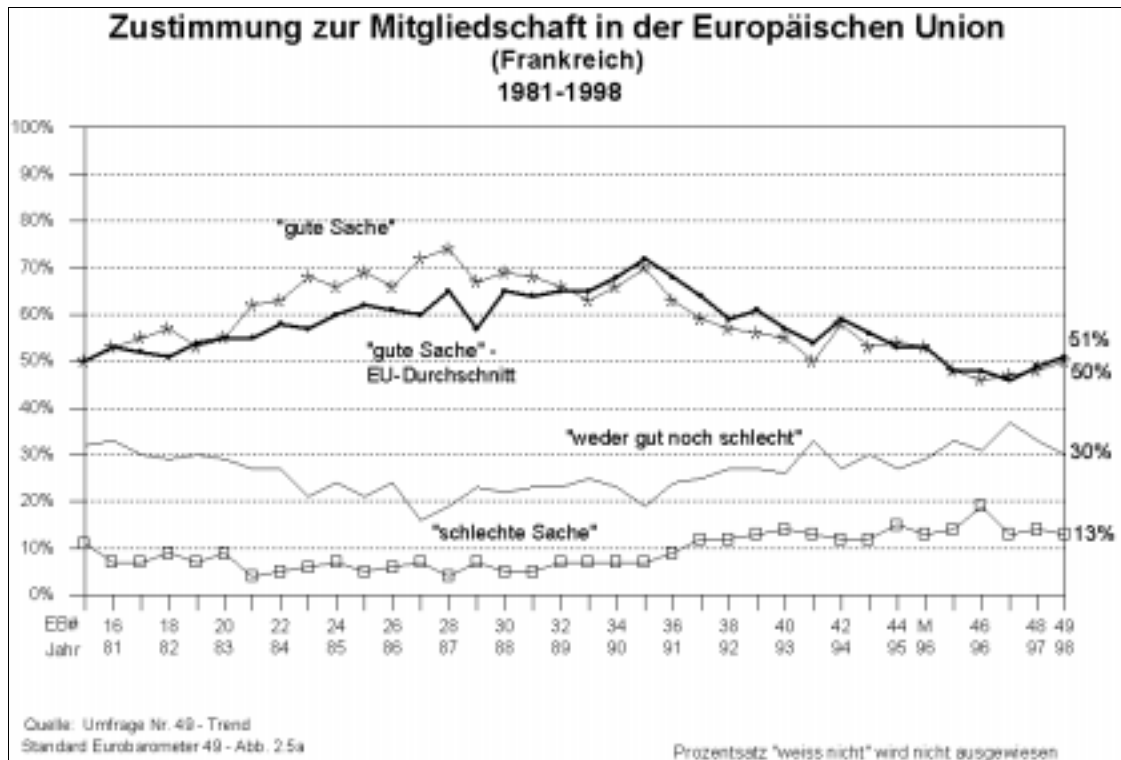
GRIECHENLAND



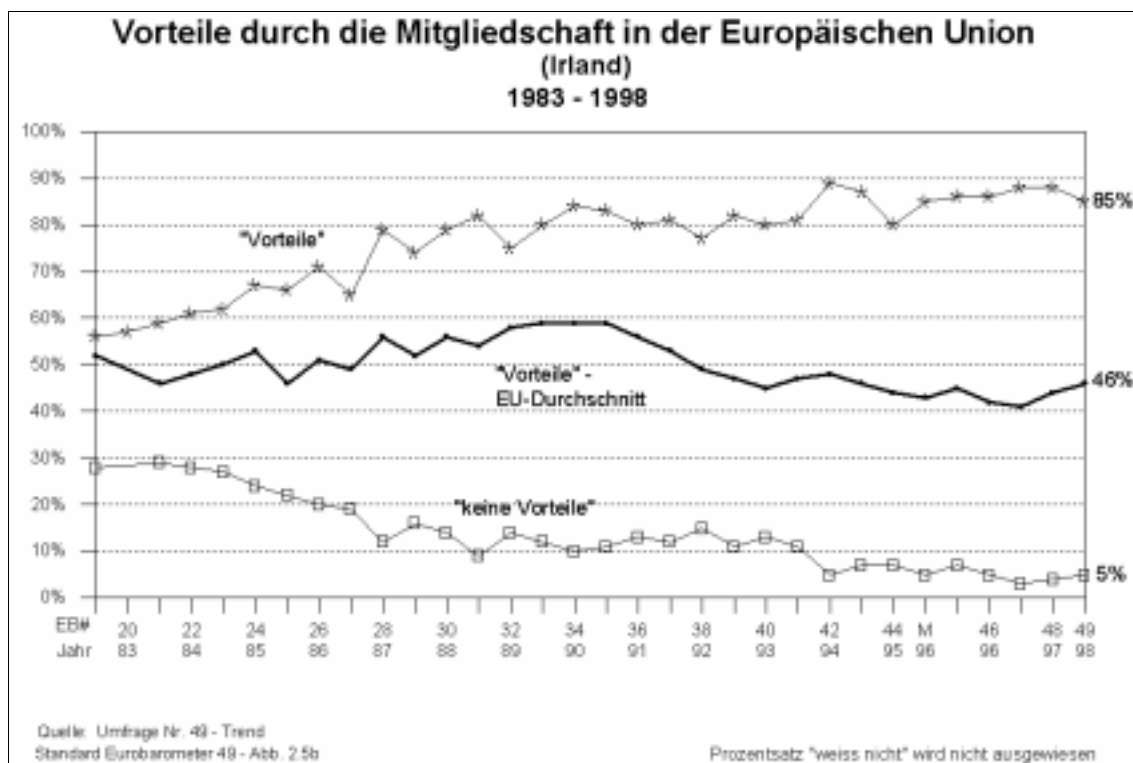
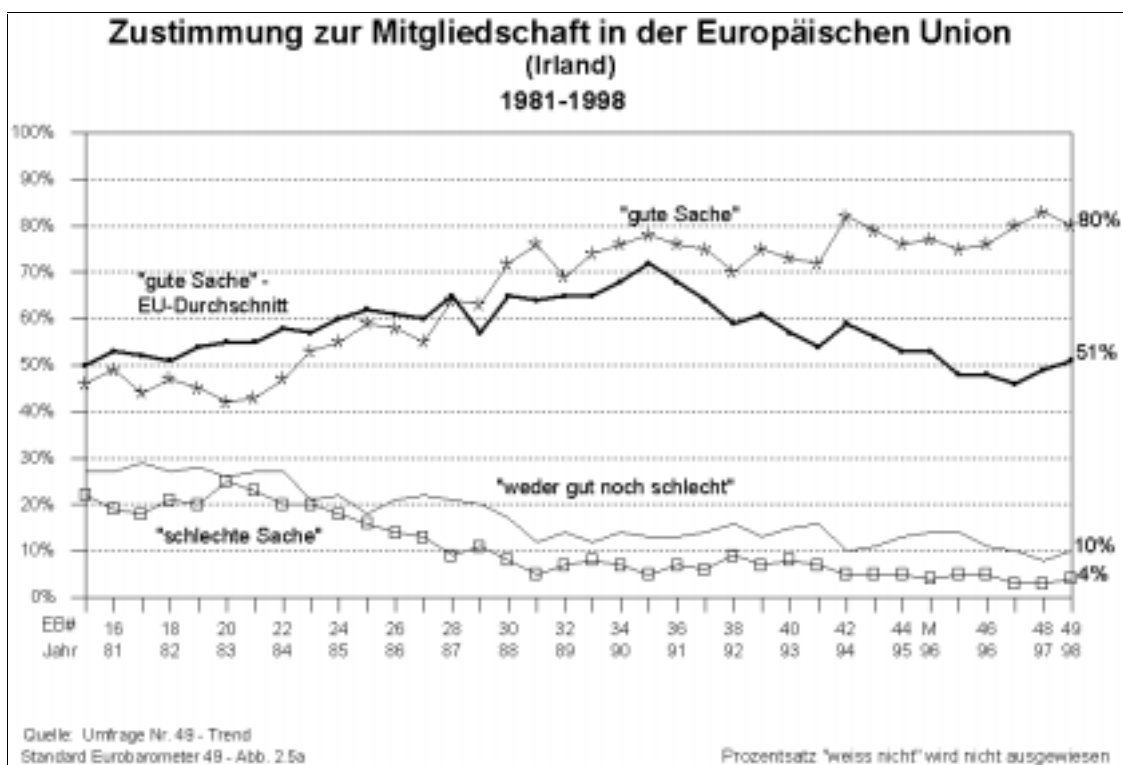
SPANIEN



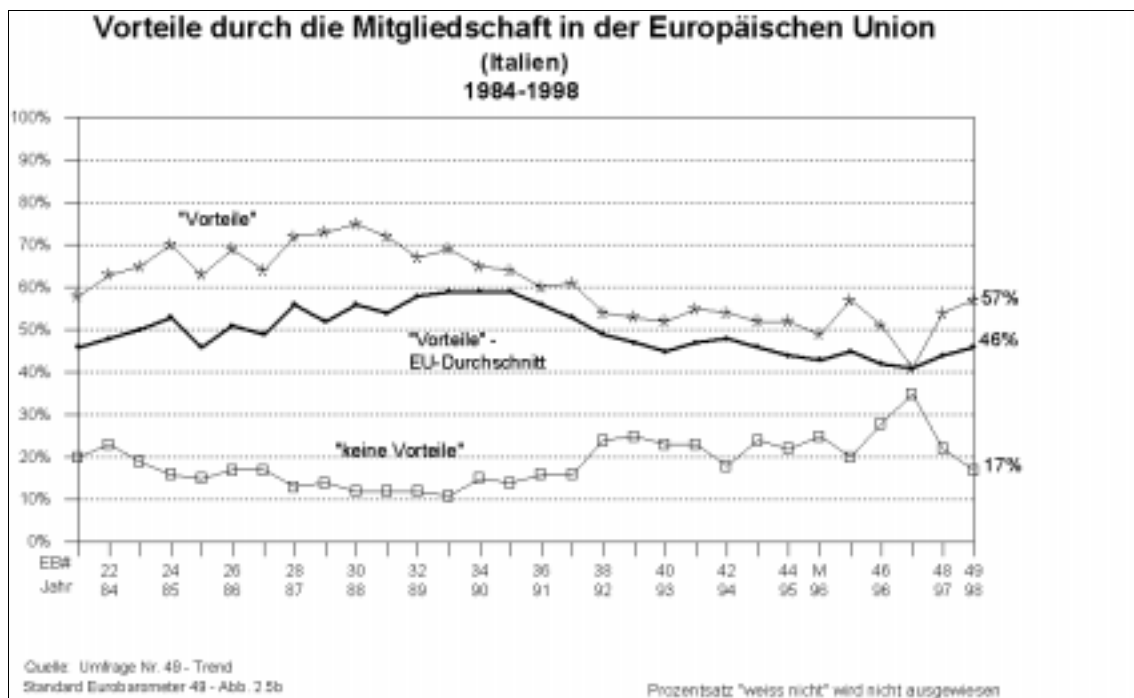
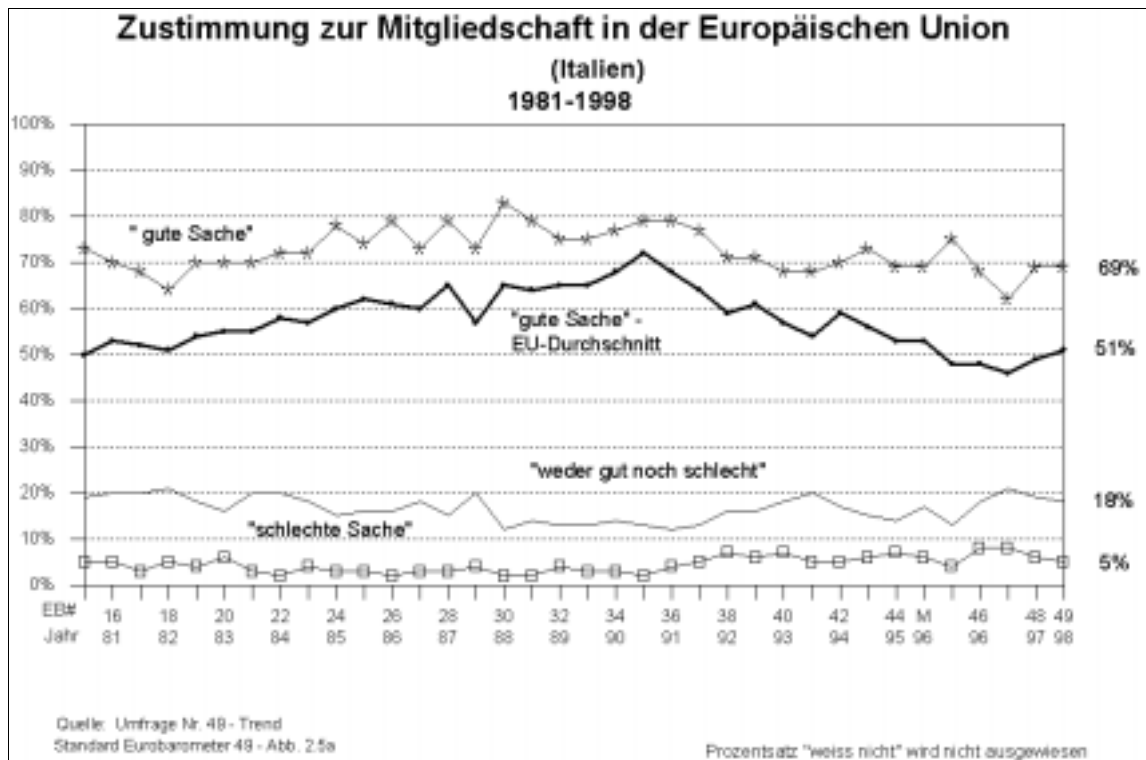
FRANKREICH



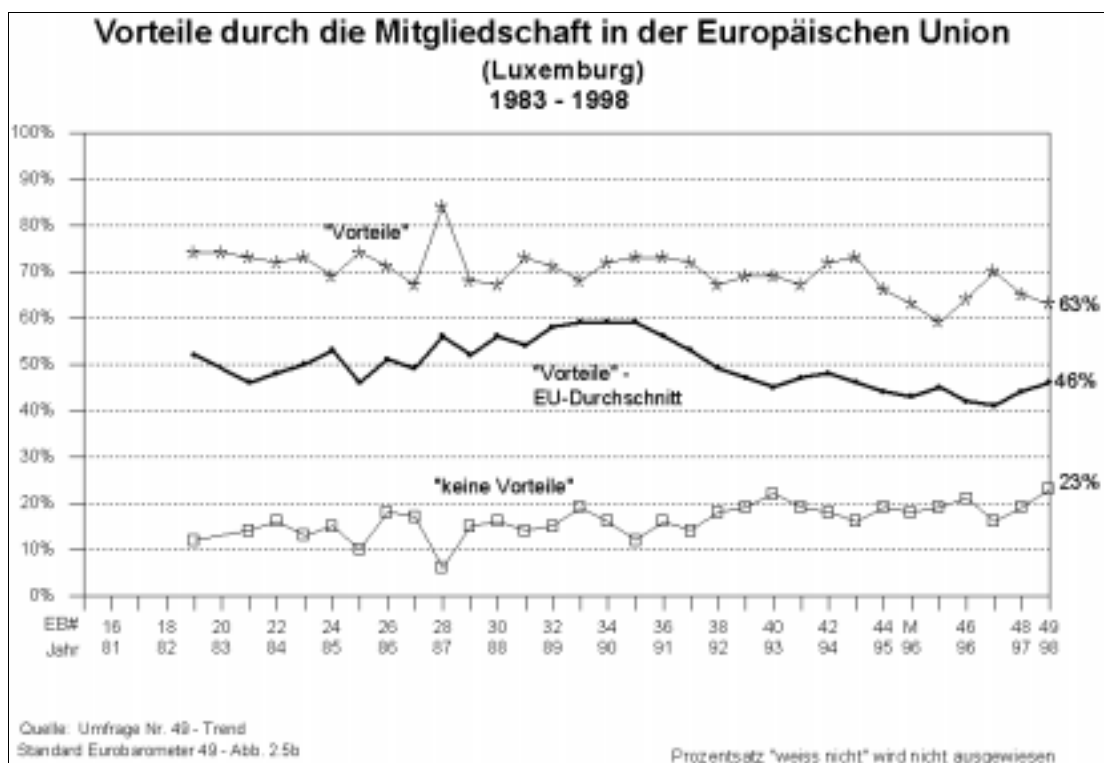
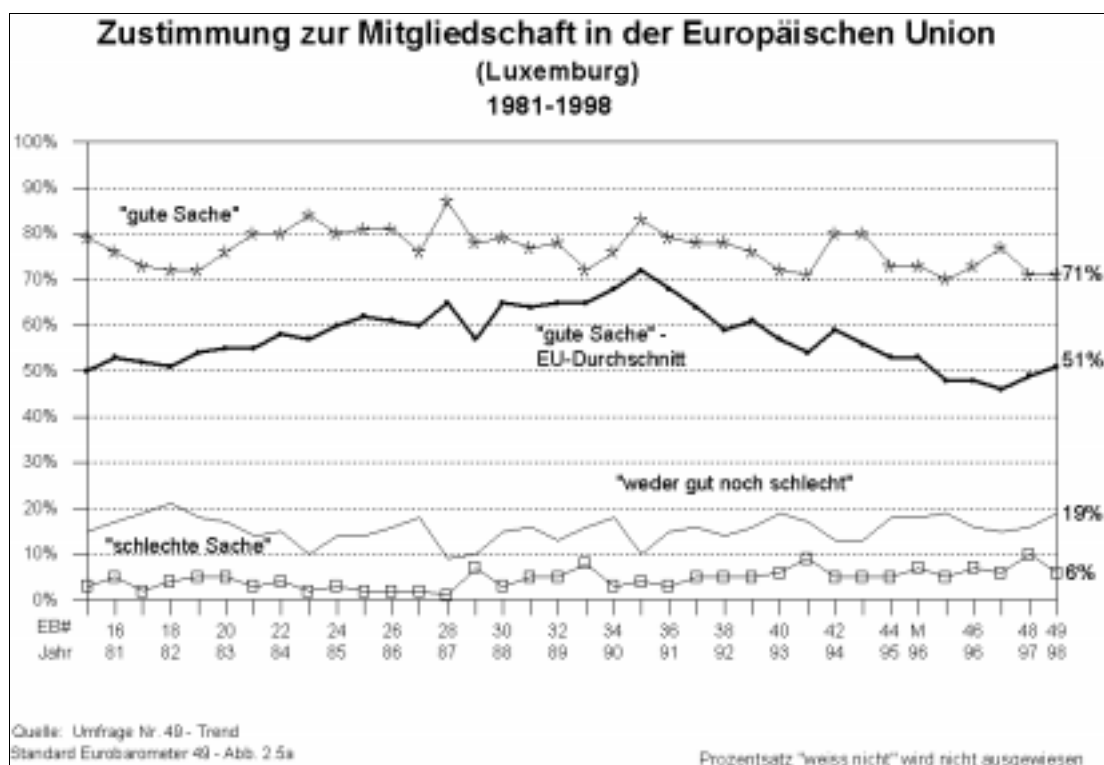
IRLAND



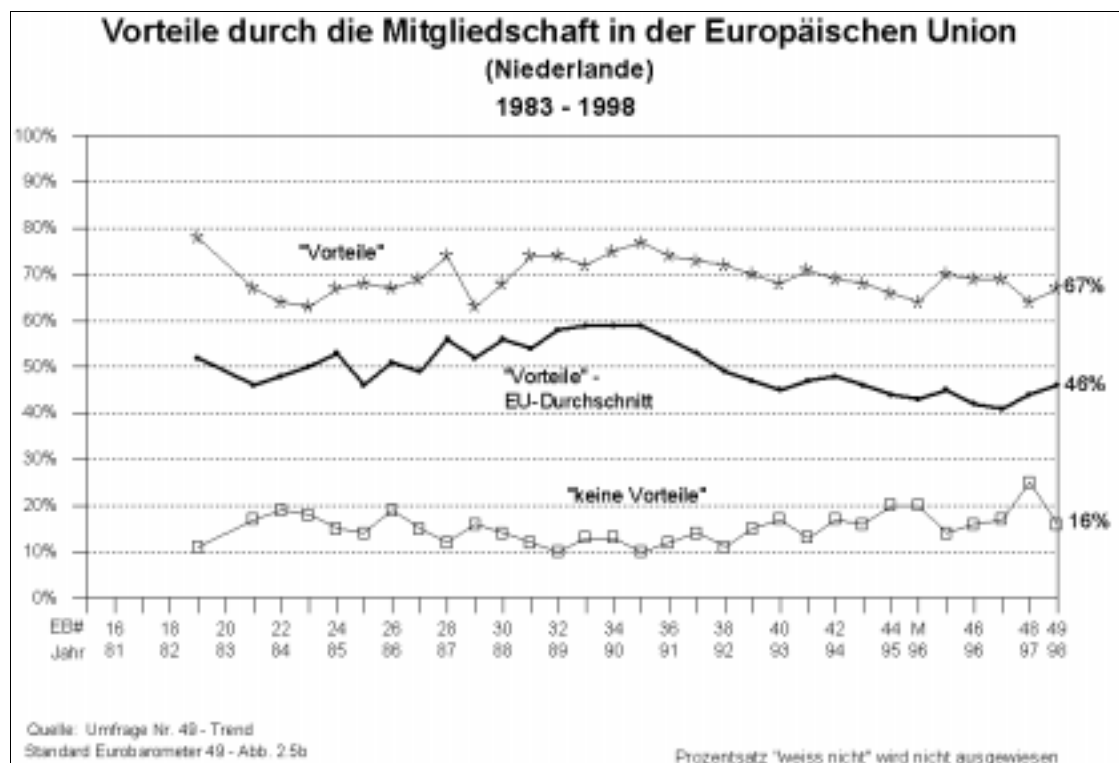
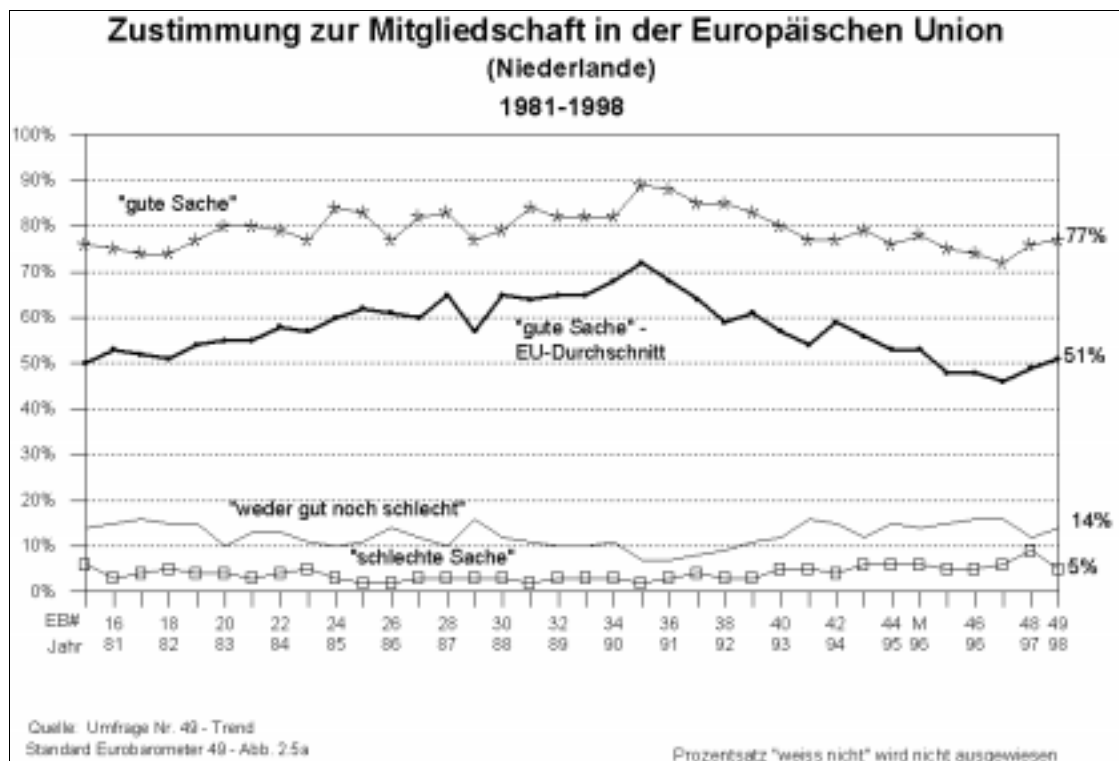
ITALIEN



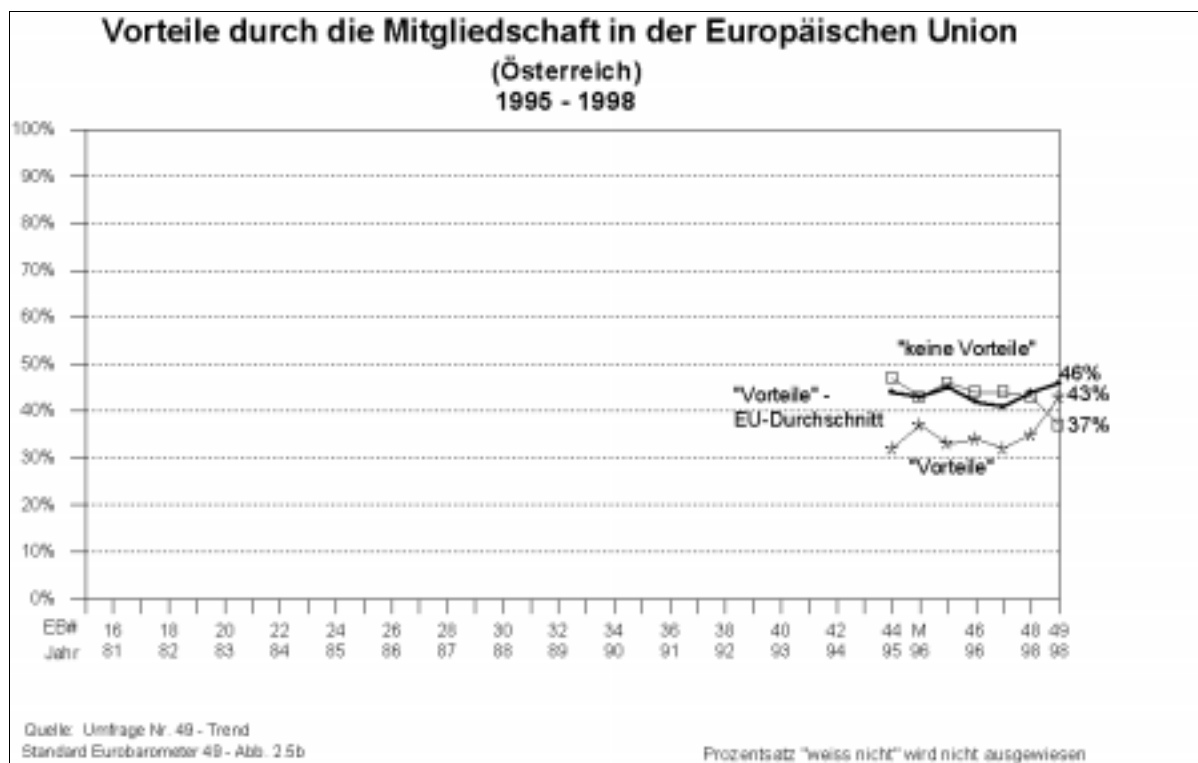
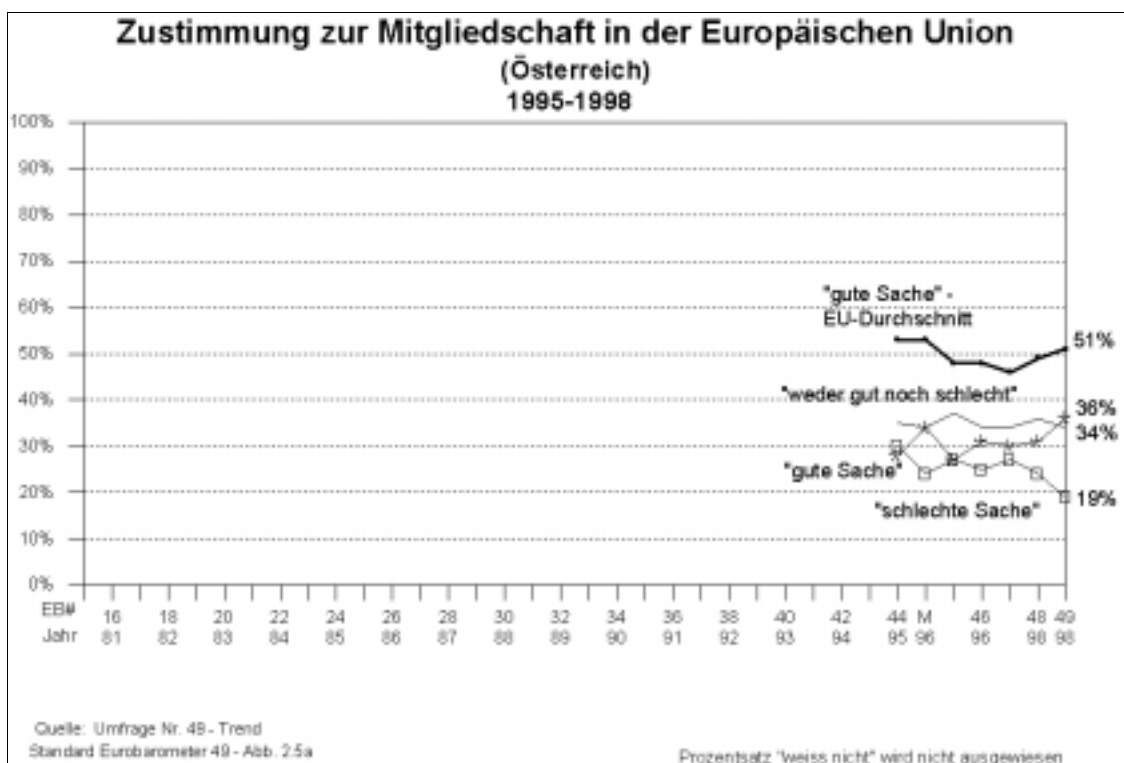
LUXEMBURG



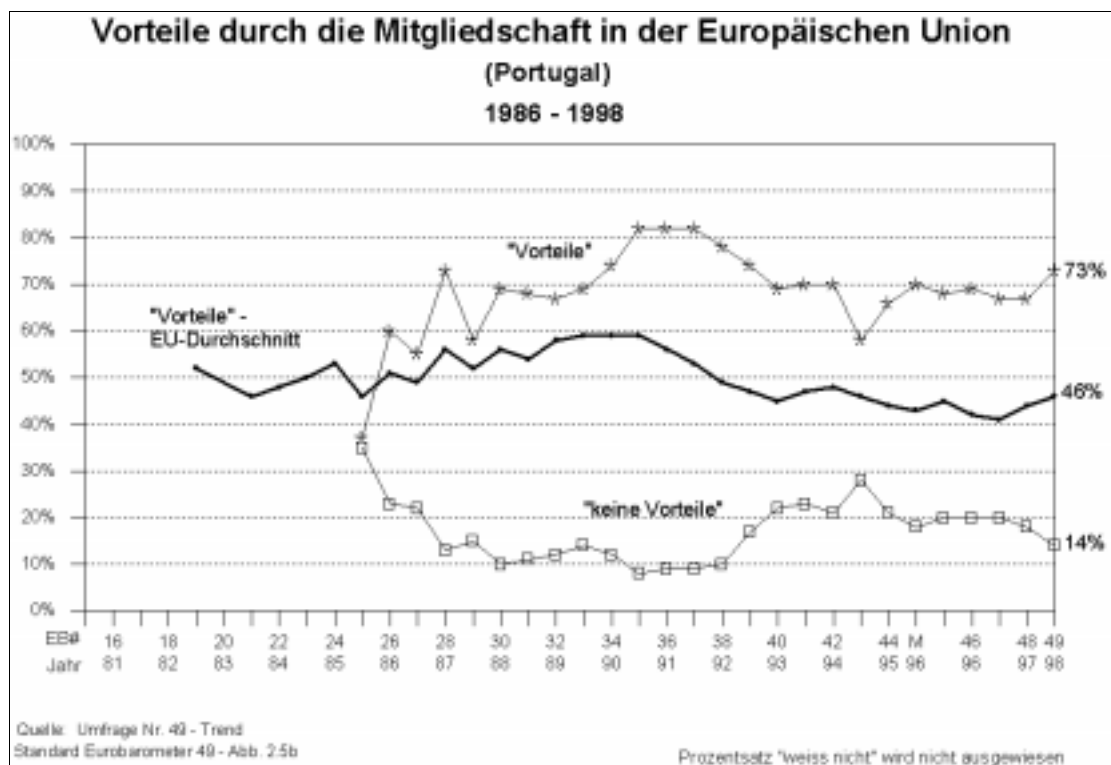
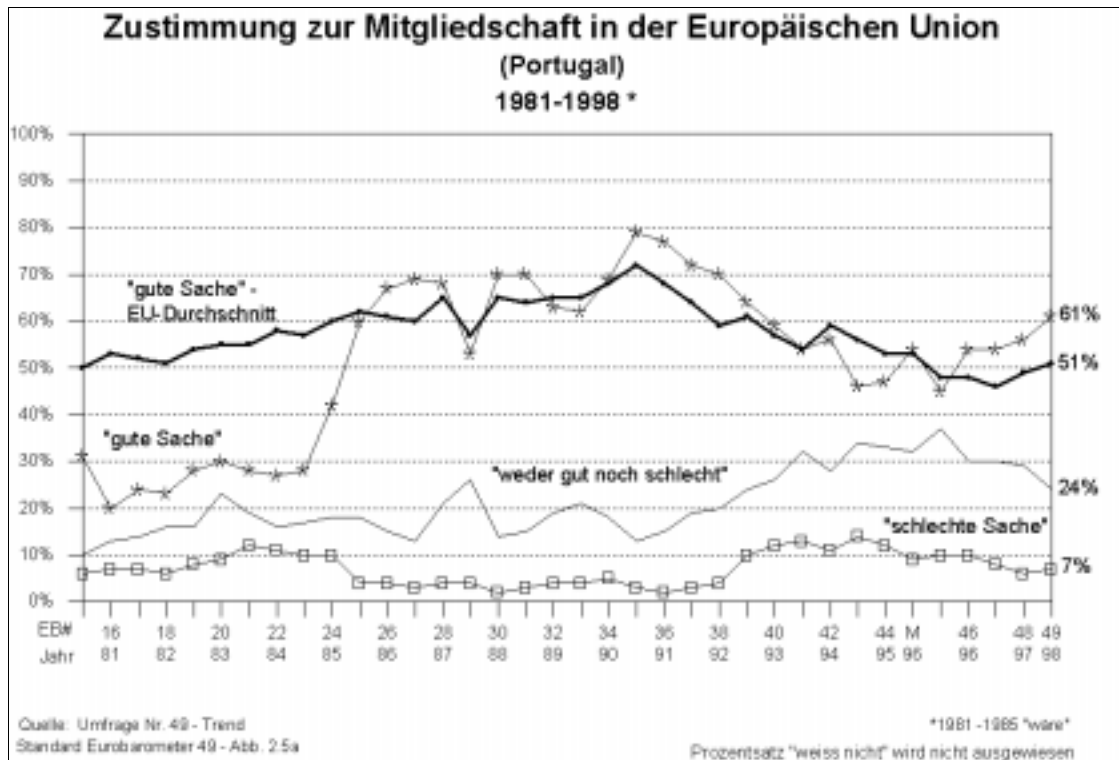
NIEDERLANDE



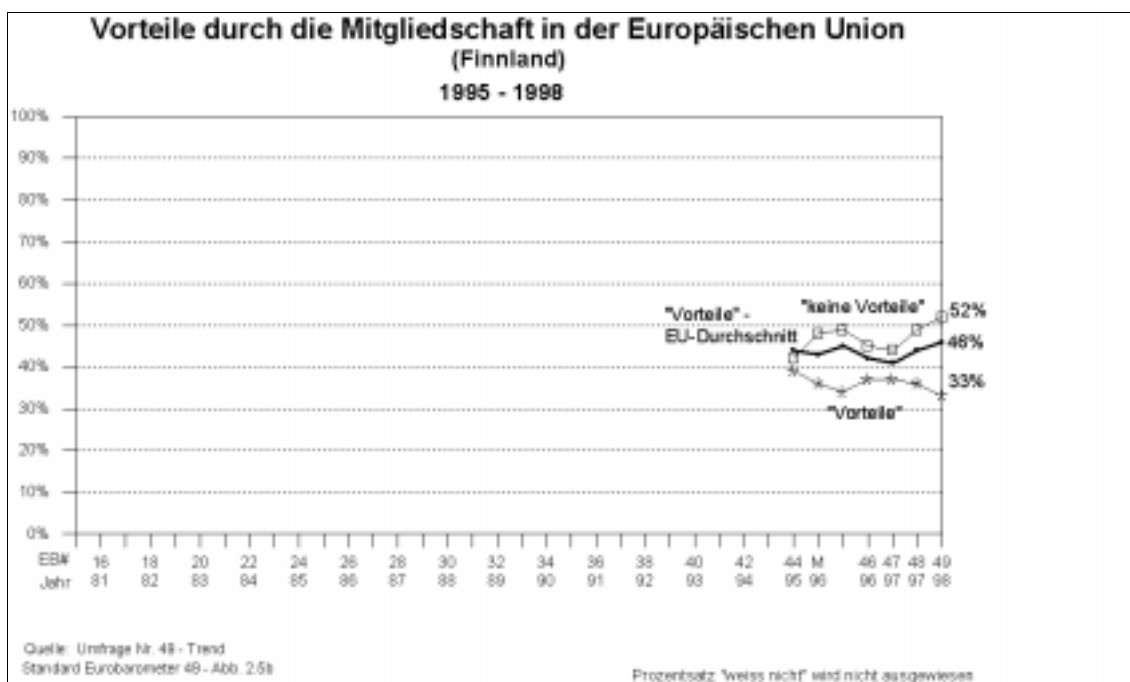
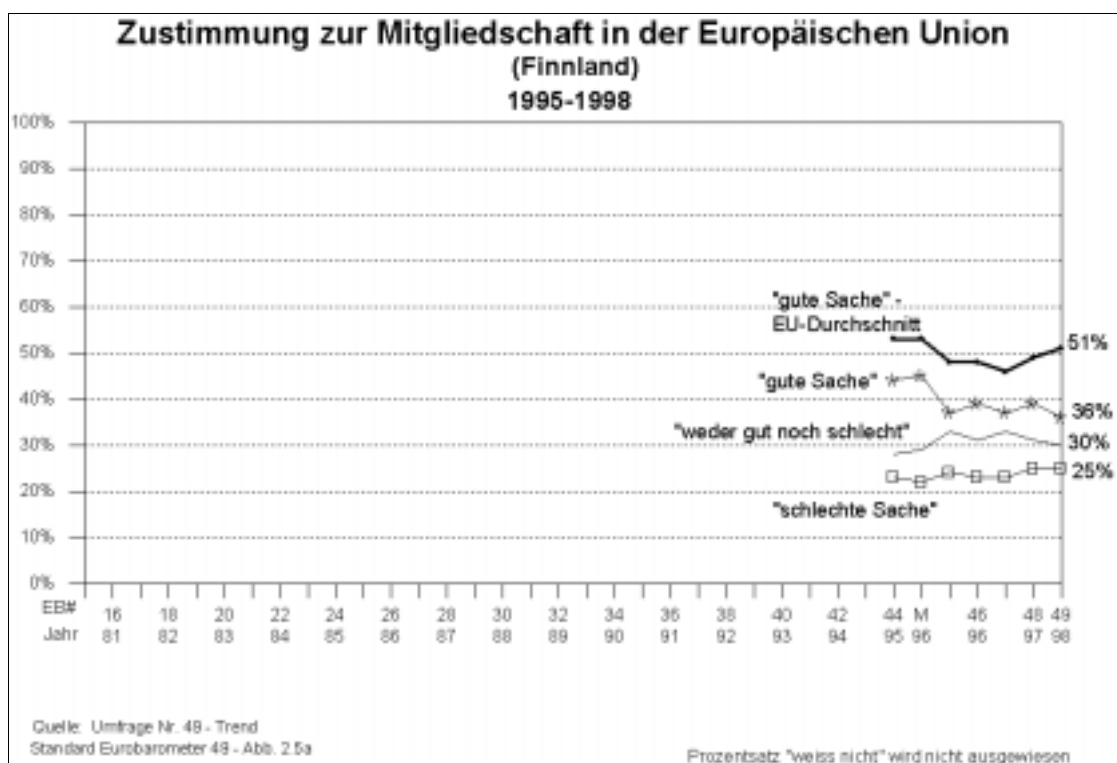
ÖSTERREICH



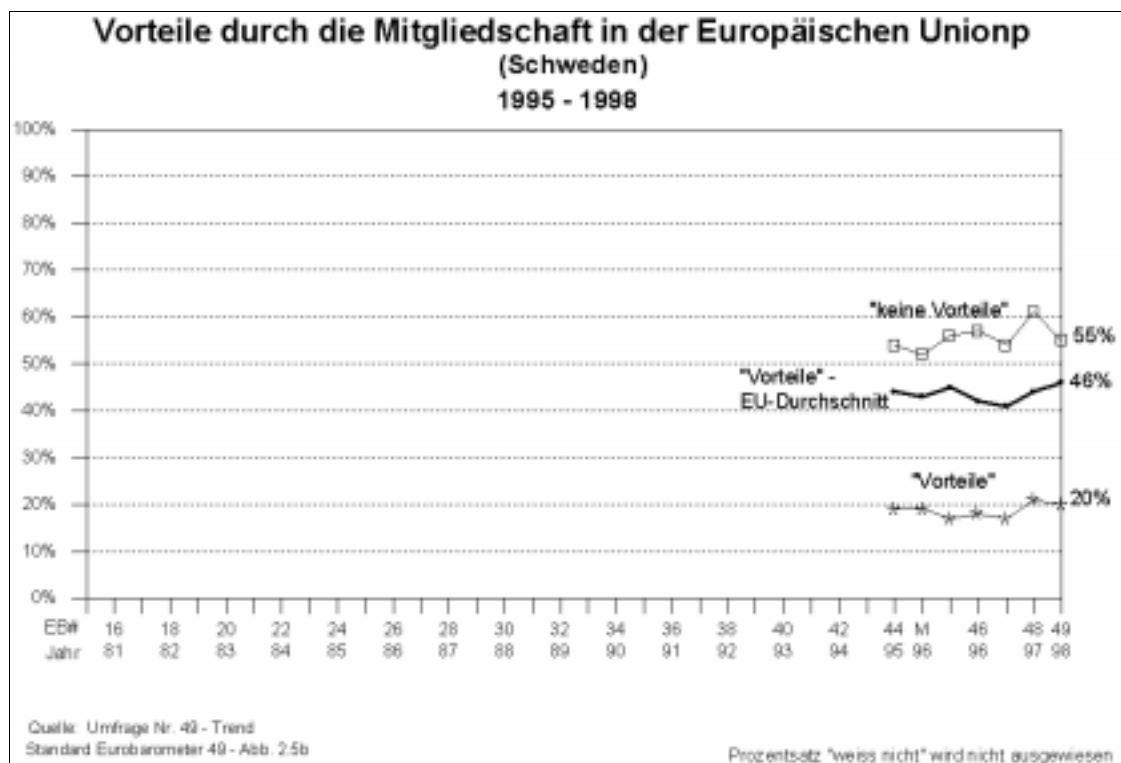
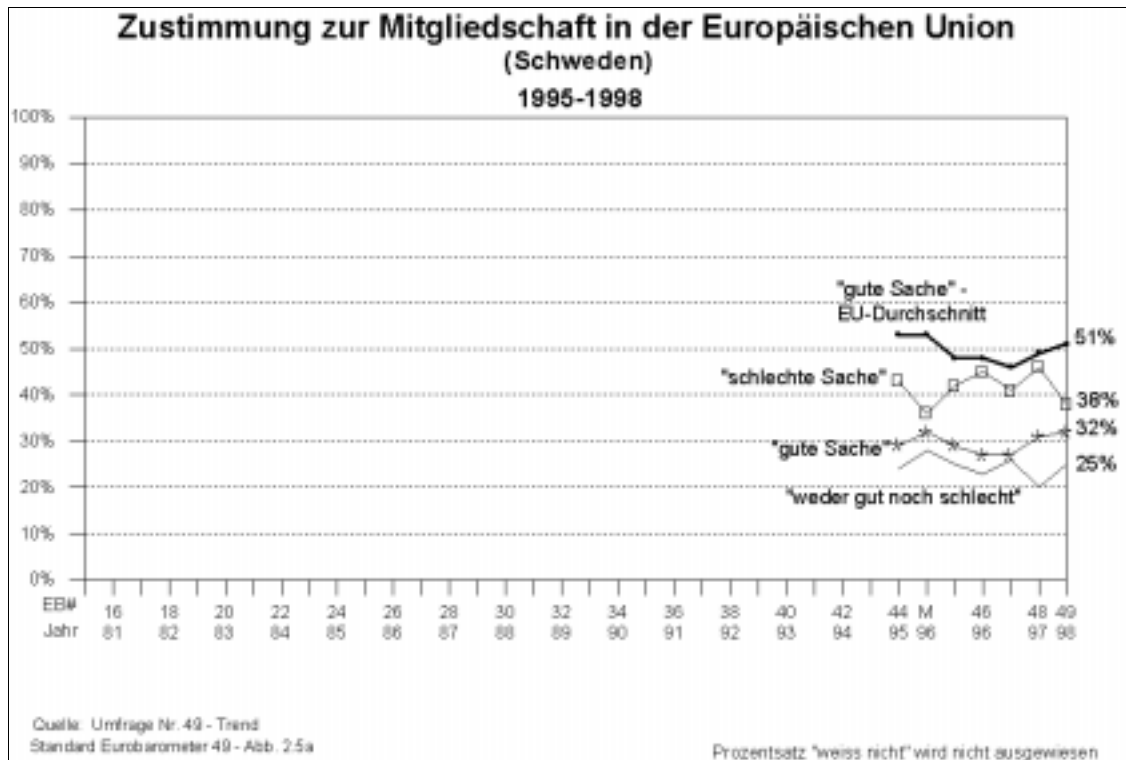
PORTUGAL



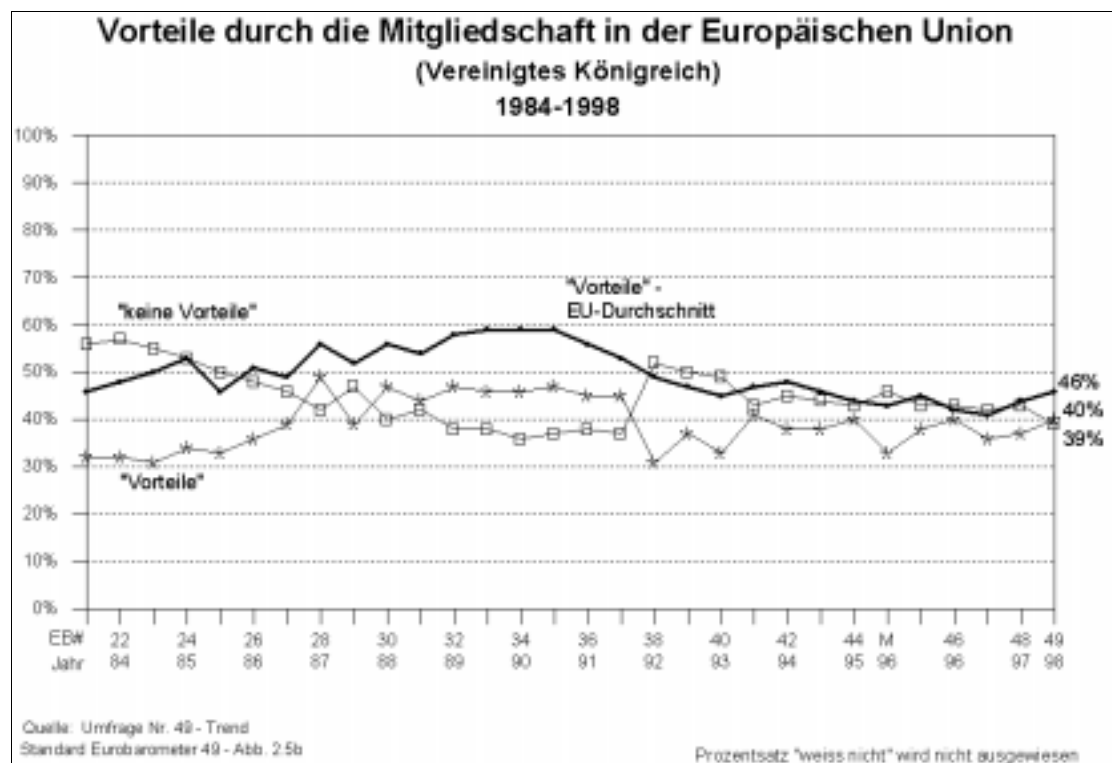
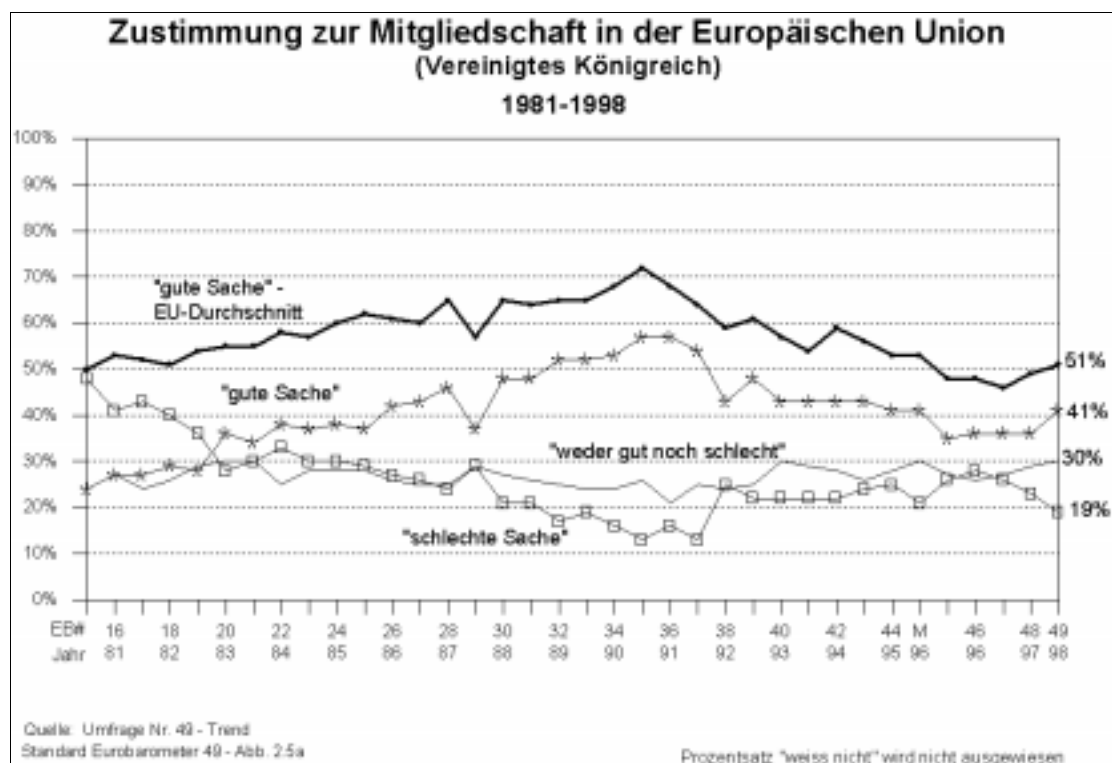
FINNLAND



SCHWEDEN

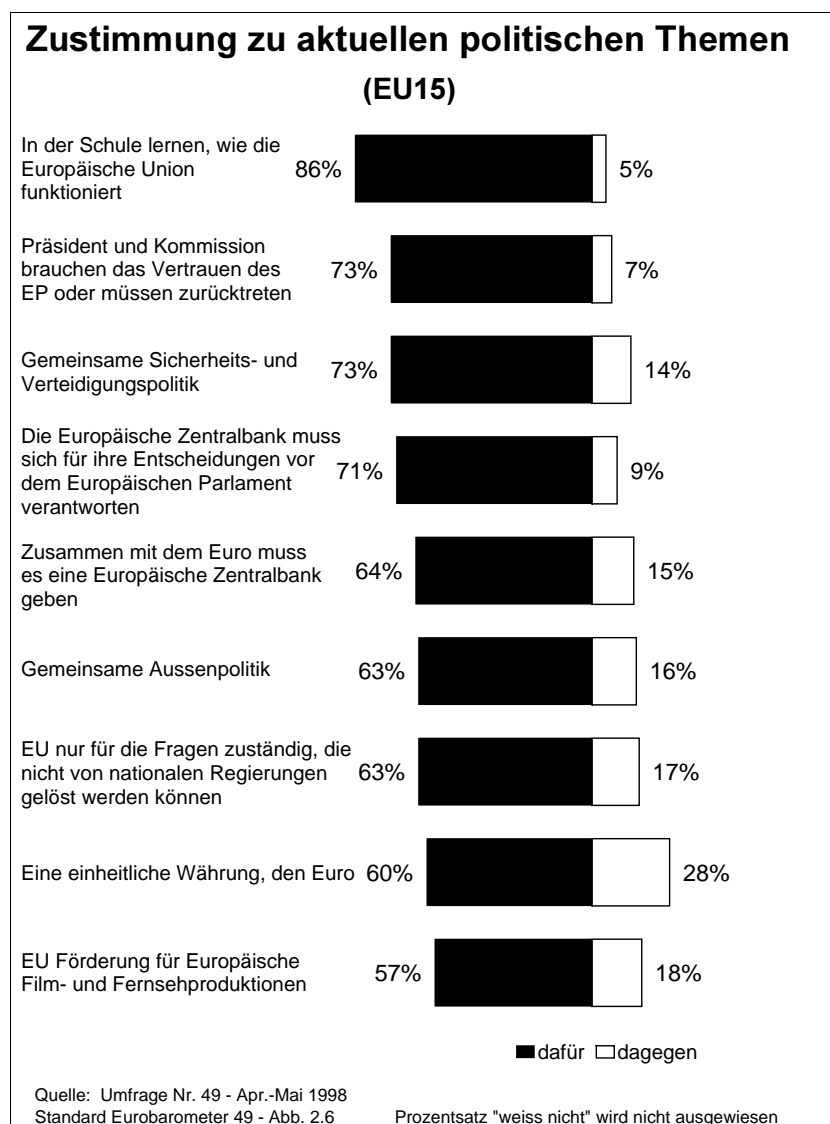


VEREINIGTES KÖNIGREICH



2.3. Zustimmung zu aktuellen politischen Themen

Seit 1993 ermittelt das Eurobarometer die öffentliche Meinung zu einer Reihe von aktuellen politischen Themen der Europäischen Union.



Alle in der Umfrage vorgelegten Themen werden von der Mehrheit der EU-Bürger unterstützt. 86% stimmen dem Vorschlag zu, die Kinder in der Schule lernen zu lassen, wie die Institutionen der Europäischen Union arbeiten. Die Europäer messen auch den demokratischen Prozessen großen Wert bei, denn 73% sprechen sich für einen Rücktritt der Europäischen Kommission aus, wenn diese nicht das Vertrauen einer Mehrheit im Parlament besitzt, und 71% stimmen dem Vorschlag zu, daß die Europäische Zentralbank dem Europäischen Parlament gegenüber Rechenschaft ablegen muß. 63% befürworten den Subsidiaritätsgrundsatz, wonach die EU für jene Fragen und Probleme zuständig sein sollte, die nicht effektiv durch die nationalen, regionalen und lokalen Regierungen gelöst werden können. Eine Europäische Union, die sich gegen eine externe Bedrohung verteidigen kann und auf der weltpolitischen Bühne über eine eigene Stimme verfügt, wird von zahlreichen Bürgern für wichtig gehalten: 73% unterstützen eine gemeinsame Verteidigungspolitik, und 63% befürworten eine gemeinsame Außenpolitik. 60% der Bevölkerung begrüßt die gemeinsame Währung, und 64% sind davon überzeugt, daß die Errichtung einer Europäischen Zentralbank im Rahmen der Einführung des Euro erforderlich ist.

Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, stehen die Europäer der gemeinsamen Währung zur Zeit viel positiver gegenüber als in der Vergangenheit. Eine gemeinsame Verteidigungspolitik und demokratischere Prozesse finden ebenfalls mehr Unterstützung, obwohl die Verbesserung der Zustimmungsraten in dieser Hinsicht langsamer verläuft. In den jüngsten Jahren hat die Unterstützung der Europäer für den Schutz der europäischen Film- und Fernsehindustrie etwas nachgelassen.

ZUSTIMMUNG ZU AKTUELLEN THEMEN - TRENDS 1993-1998 - EG12/EU15 ⁹								
Thema	Frühjahr 1993 EB 39	Frühjahr 1995 EB 43	Herbst 1995 EB 44	Frühjahr 1996 EB 45	Herbst 1996 EB 46	Frühjahr 1997 EB 47	Herbst 1997 EB 48	Frühjahr 1998 EB 49
Währungsunion								
Gemeinsame Währung	52	52	53	51	51	47	51	60
Europäische Zentralbank	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	64
Außenpolitik & Verteidigung								
Verteidigungspolitik	77	75	73	60	68	68	69	73
Außenpolitik	66	67	69	66	64	63	63	63
Demokratische Prozesse								
EP muß Kommission unterstützen	66	70	72	71	70	69	69	73
Subsidiarität	57	55	63	64	61	60	60	63
EZB rechenschaftspflichtig gegenüber EP	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	71
Bildung und Kultur								
Unterricht über EU in Schulen	k.A.	84	86	84	84	87	85	86
Unterstützung für europ. Fernseh- und Filmproduktion	k.A.	64	66	59	64	62	60	57

k.A. – keine Antworten, da Frage nicht gestellt wurde.

Wie die Länderanalyse zeigt, ist die Zustimmung zur gemeinsamen Währung in Italien (83%) und Luxemburg (79%) am größten und in Dänemark, im Vereinigten Königreich (je 34%) und in Schweden (39%) am geringsten¹⁰. Der Vorschlag, daß mit dem Euro eine europäische Zentralbank eingeführt werden muß, findet in den Niederlanden (84%) und in Luxemburg (78%) die meiste Zustimmung.

Die meisten Befürworter einer gemeinsamen Außenpolitik sind in den Niederlanden sowie in Griechenland, Luxemburg und Frankreich anzutreffen. Eine gemeinsame Verteidigungspolitik findet vor allem bei den Niederländern, Italienern und Franzosen Anklang. Schweden ist das einzige Land, in dem die Zustimmung in diesen beiden Bereichen unter der 50%-Marke liegt.

Der Vorschlag, daß die Europäische Kommission auf die Unterstützung der Abgeordneten des Europäischen Parlaments angewiesen ist, findet in der gesamten Europäischen Union Zustimmung: am deutlichsten ist diese Zustimmung in den Niederlanden (90%) und in Finnland (84%). In diesen beiden Ländern gibt es auch die meisten Befürworter (87% bzw. 81%) für den Vorschlag, der Europäischen Zentralbank eine Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament aufzuerlegen. Die Ablehnung dieser Vorschläge liegt in der gesamten Europäischen Union nicht über 20%. Die Subsidiarität findet in Italien, Finnland und Luxemburg (je 69%) die meisten Fürsprecher. In Schweden und Dänemark stößt dieses Prinzip hingegen auf die geringste Zustimmung, denn es wird von 35% bzw. 28% der Befragten abgelehnt.

⁹ Die Angaben für die EB-Umfrage Nr. 39 beziehen sich auf EU12. Die übrigen Angaben gelten für EU15.

¹⁰ In Kapitel 3 wird die Zustimmung zum Euro ausführlicher erörtert.

Der Vorschlag, die Kinder in der Schule über die Arbeitsweise der Institutionen der Europäischen Union zu unterrichten, findet in jedem Mitgliedsland breite Unterstützung. Die Notwendigkeit eines Schutzes der europäischen Film- und Fernsehproduktionen wird hingegen unterschiedlicher beurteilt: dieser Vorschlag wird in Frankreich von 70% der Befragten befürwortet, in Dänemark hingegen von 46% der Befragten abgelehnt. (Tabelle 2.3)

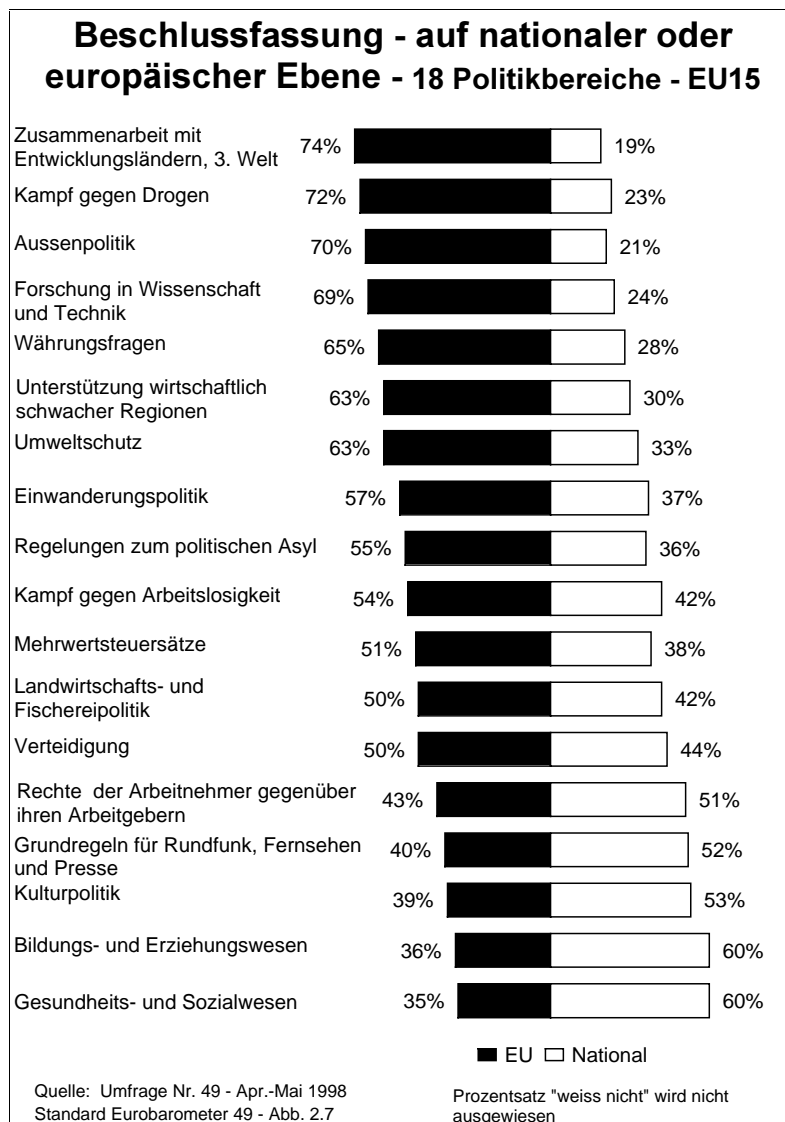
2.4. Zustimmung zur Beschlußfassung auf EU-Ebene

Im vorhergehenden Abschnitt wurde bereits erwähnt, daß 63% der Europäer dem Subsidiaritätsprinzip zustimmen. Dies bedeutet, daß sich die Europäische Union nur mit den Fragen befassen sollte, die nicht auf einer niedrigeren Ebene effektiv gelöst werden können. In der Praxis gibt es jedoch zahlreiche Politikbereiche, in denen die Bevölkerung eine Beschlußfassung auf EU-Ebene der Beschlußfassung auf nationaler Ebene vorzieht.

Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, stimmen durchschnittlich 55% der Befragten einer Beschlußfassung auf EU-Ebene in den 18 Politikbereichen des Fragebogens zu. In 13 Bereichen wird eine Beschlußfassung auf EU-Ebene der Beschlußfassung auf nationaler Ebene vorgezogen.

ZUSTIMMUNG ZUR BESCHLUSSFASSUNG AUF EU-EBENE NACH LÄNDERN		
Land	Durchschnittliche Zustimmung zur Beschlußfassung auf EU-Ebene	Zahl der Bereiche, in denen die Beschlußfassung auf EU-Ebene der nationalen Beschlußfassung vorgezogen wird (max. 18 Bereiche)
Italien	65%	18
Niederlande	62%	13
Belgien	60%	14
Frankreich	59%	13
Luxemburg	57%	13
Deutschland	56%	13
EU15	55%	13
Spanien	54%	12
Irland	53%	14
Österreich	51%	9
Griechenland	49%	10
Portugal	44%	7
Ver. Königreich	43%	6
Schweden	41%	6
Dänemark	39%	6
Finnland	37%	7

Eine Untersuchung der länderspezifischen Unterschiede zeigt, daß die Zustimmung zur Beschlußfassung auf EU-Ebene in Italien am größten ist: dort wird die europäische Ebene der nationalen Ebene in allen Bereichen vorgezogen, die in der Umfrage erfaßt wurden. Es gibt eine Reihe von weiteren Ländern, in denen die Mehrheit der Bevölkerung Entscheidungen auf EU-Ebene bevorzugt. In diesen Ländern wird eine Beschlußfassung auf europäischer Ebene in rund 13 der 18 vorgegebenen Bereiche befürwortet. In Finnland, Dänemark, Schweden und im Vereinigten Königreich hat hingegen die Beschlußfassung auf nationaler Ebene den Vorzug. Die relativ niedrige Zustimmung zur Beschlußfassung auf EU-Ebene in Portugal und Griechenland läßt sich teilweise aus der Tatsache erklären, daß der Anteil der unentschiedenen Antworten ('weiß nicht') in diesen Ländern überdurchschnittlich hoch ist.



Ein Blick auf die in der Umfrage zur Wahl gestellten thematischen Bereiche zeigt, daß die Befragten das Subsidiaritätsprinzip anwenden, denn sie unterscheiden zwischen den Bereichen, die sie voraussichtlich direkt angehen, und den Bereichen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem täglichen Leben stehen. Wie in der Vergangenheit fällt die Zustimmung in den Bereichen am deutlichsten aus, die die Befragten nicht unmittelbar betreffen oder die Landesgrenzen überschreiten, z.B. dritte Welt (74%), Kampf gegen Drogen (72%), Außenpolitik (70%) und Forschung (69%). Hingegen spricht sich die Mehrheit der Europäer dafür aus, daß die nationalen Regierungen in den Bereichen die Entscheidungsgewalt haben, die sie in unmittelbarer Weise angehen, z.B. Gesundheits- und Sozialwesen sowie Bildungs- und Erziehungswesen (je 60%), Kulturpolitik (53%), Grundregeln für die Medien (52%) und Rechte der Arbeitnehmer (51%). (Tabelle 2.4)

2.5. Europäische und nationale Identität

Seit 1992 verfolgt das Eurobarometer die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Identität der EU-Bevölkerung. Zu diesem Zweck wird regelmäßig die folgende Frage gestellt:

“In naher Zukunft, sehen Sie sich da ...

*nur als [nationale/r Staatsangehörige/r]?
als [nationaler Staatsangehörige/r] und Europäer/in?
als Europäer/in und [nationale/r Staatsangehörige/r]?
nur als Europäer/in?”*

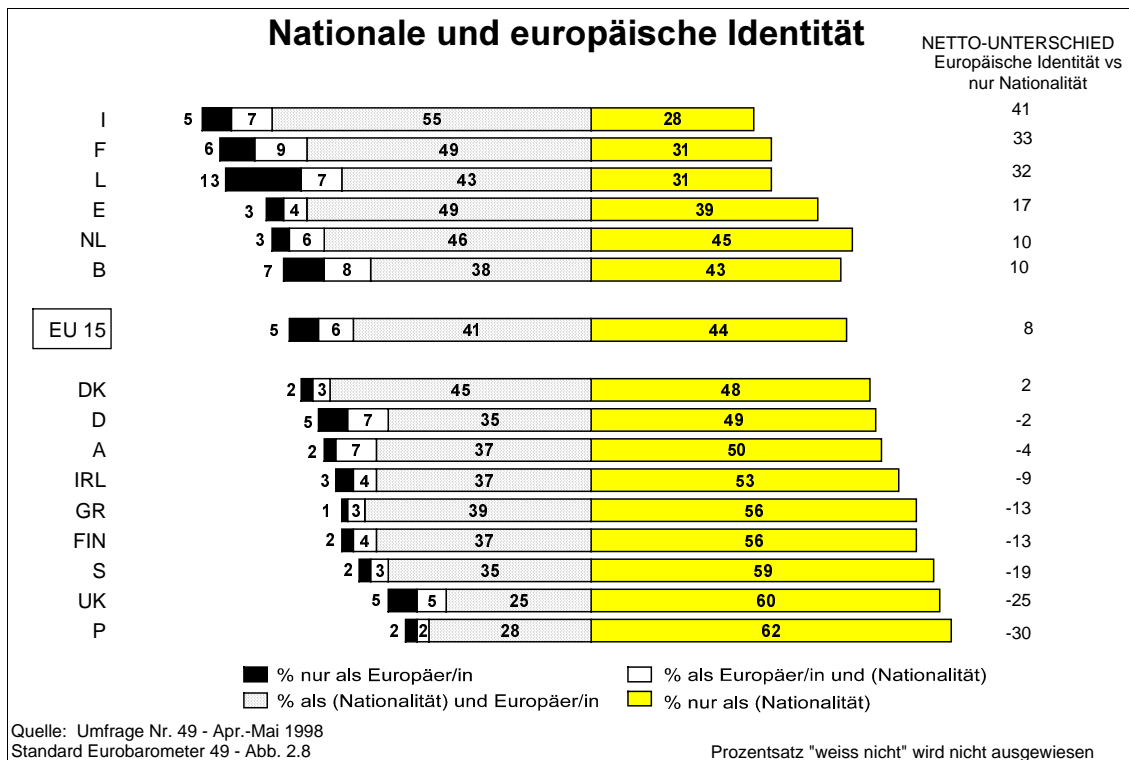
Insgesamt sehen sich 44% der Befragten nur als *“nationale Staatsangehörige”*, 41% als *“nationale Staatsangehörige und Europäer”*, 6% als *“Europäer und nationale Staatsangehörige”* und weitere 5% *“nur als Europäer”*.

EUROPÄISCHE IDENTITÄT - TRENDS 1992-1998 - EG12/EU15 ¹¹							
	EB 37 Frühjahr 1992	EB 40 Herbst 1993	EB 42 Herbst 1994	EB 44 Herbst 1995	EB 46 Frühjahr 1996	EB 47 Frühjahr 1997	EB 49 Frühjahr 1998
Nur national	38	40	33	40	46	45	44
national & europäisch	48	45	46	46	40	40	41
europäisch & national	7	7	10	6	6	6	6
nur europäisch	4	4	7	5	5	5	5

Während des gesamten, langjährigen Erhebungszeitraums, in dem die Entwicklung einer europäischen Identität beobachtet wurde, war die Zahl der Personen, die sich bis zu einem gewissen Grad als Europäer betrachten, stets größer als die Zahl der Personen, die sich nur über die eigene Staatsangehörigkeit identifizieren. Wie die obige Tabelle zeigt, hat das Konzept einer gemeinsamen Identität in dieser Zeit jedoch nicht an Boden gewonnen.

Die aufgrund der früheren Umfragen etablierte Rangordnung der Länder hat sich leicht geändert. Obwohl sich die Bevölkerung Luxemburgs mit 13% immer noch am deutlichsten mit einer ausschließlich europäischen Identität identifiziert, hat sich die Zahl der Personen, die sich nur als Luxemburger betrachten, deutlich erhöht (+8), so daß nun in Italien der Anteil der Bevölkerung, der sich bis zu einem gewissen Grad als Europäer betrachtet, am größten ist (67%). In Portugal (62%), im Vereinigten Königreich (60%) und in Schweden (59%) ist hingegen der Anteil der Personen, die sich ausschließlich als nationale Staatsangehörige verstehen, am größten.

¹¹ Die Angaben für die EB-Umfragen Nr. 37, 40 und 42 beziehen sich auf EU12. Die anderen Angaben gelten für EU15.



Das Gefühl, bis zu einem gewissen Grad Europäer zu sein, hat in Belgien (+6), Dänemark (+5), Spanien (+4) und Italien (+3) deutlich zugenommen. Abgesehen von Luxemburg hat die ausschließliche Identifikation mit der eigenen Nationalität seit dem Frühjahr 1997 in Portugal (+4), Irland, in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich (je +3) deutlich zugenommen. (Tabelle 2.5a)

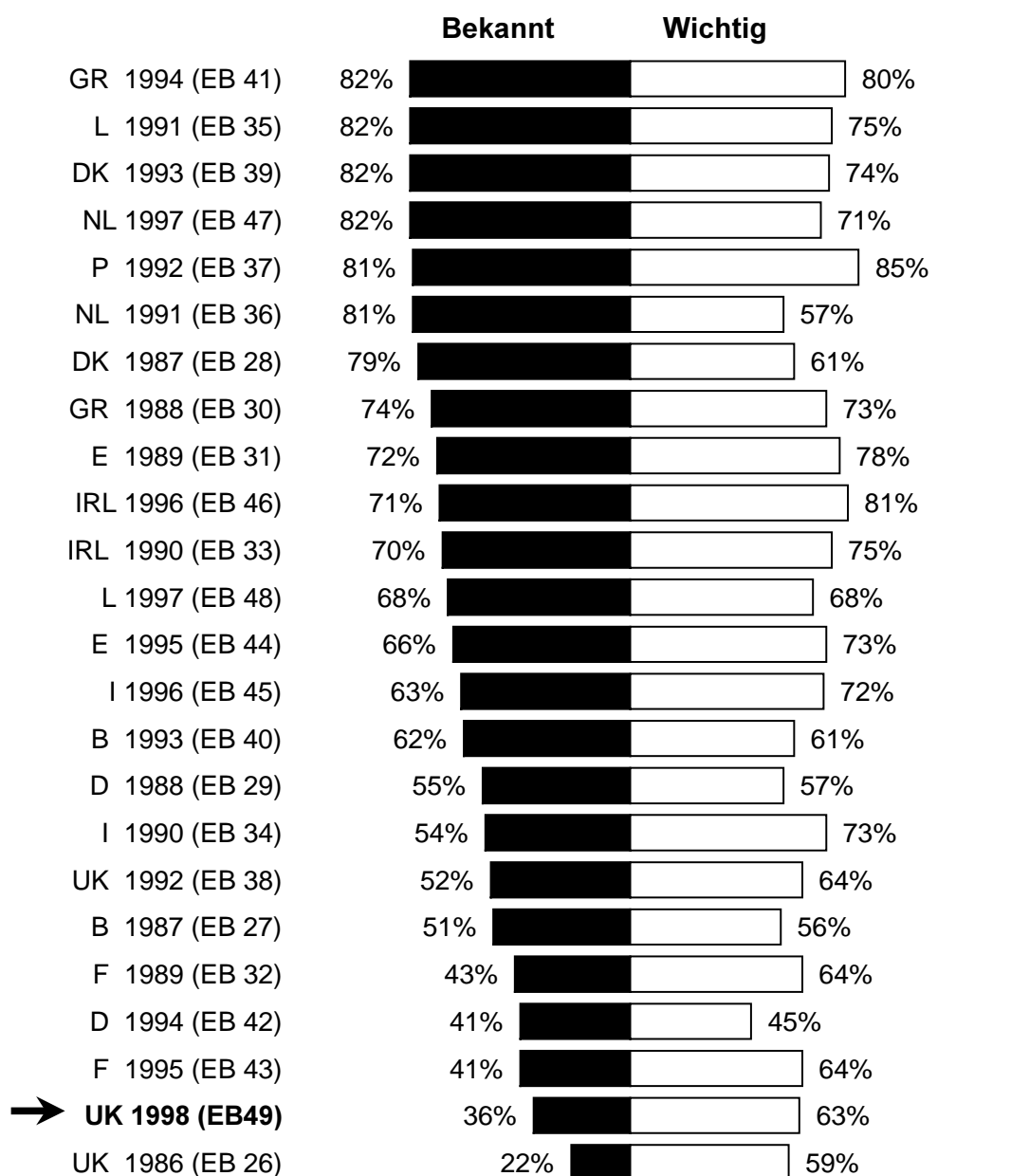
Die demographische Analyse zeigt, daß sich 54% der Männer und 50% der Frauen bis zu einem gewissen Grad als Europäer betrachten. Die Altersgruppe 55 Jahre und älter (42%) hebt sich deutlich von den anderen Altersgruppen ab, da sich die Älteren viel weniger als Europäer fühlen als die Jüngeren. Personen mit hohem Bildungsniveau (69%) sowie Studenten und Führungskräfte (je 66%) identifizieren sich überdurchschnittlich stark mit Europa. Die Beurteilung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes ist wie in der Vergangenheit ein wichtiger Faktor: 70% derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes befürworten, betrachten sich als Europäer, gegenüber nur 19% derjenigen, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten. (Tabelle 2.5b)

2.6. Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Präsidentschaft im Rat

Jedes Mitgliedsland der Europäischen Union übernimmt turnusmäßig die Präsidentschaft des EU-Ministerrats für einen Zeitraum von sechs Monaten. Seit vielen Jahren ermittelt das Eurobarometer sowohl den Bekanntheitsgrad als auch die subjektive Bedeutung der Präsidentschaft in dem Land, das die Präsidentschaft zum Zeitpunkt der Umfrage innehat.

Während der ersten sechs Monate des Jahres 1998 hatte das Vereinigte Königreich den Ratsvorsitz inne. Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, waren 36% der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs über diese Tatsache informiert. Dieser Anteil ist bedeutend niedriger als im Jahr 1992, als das Vereinigte Königreich die Präsidentschaft zum letzten Mal innehatte (-16). Allerdings war der Bekanntheitsgrad im Jahr 1986 noch niedriger, als das Vereinigte Königreich ebenfalls die Präsidentschaft innehatte. In keinem anderen Mitgliedsland war der Bekanntheitsgrad jemals so niedrig, selbst wenn man berücksichtigt, daß die Bevölkerung der großen Mitgliedsländer in der Regel weniger gut über diese Rolle ihres Landes informiert ist als die Bevölkerung der kleineren Mitgliedsländer. Ein niedriger Bekanntheitsgrad heißt jedoch nicht, daß die Rolle der EU-Präsidentschaft für unwichtig gehalten wird. Im Vereinigten Königreich messen beinahe 2 von 3 Bürgern der Präsidentschaft ihres Landes große Bedeutung bei.

Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Präsidentschaft im Rat



Quelle: Umfrage Nr. 49 - Apr.-Mai 1998
Standard Eurobarometer 49 - Abb. 2.9

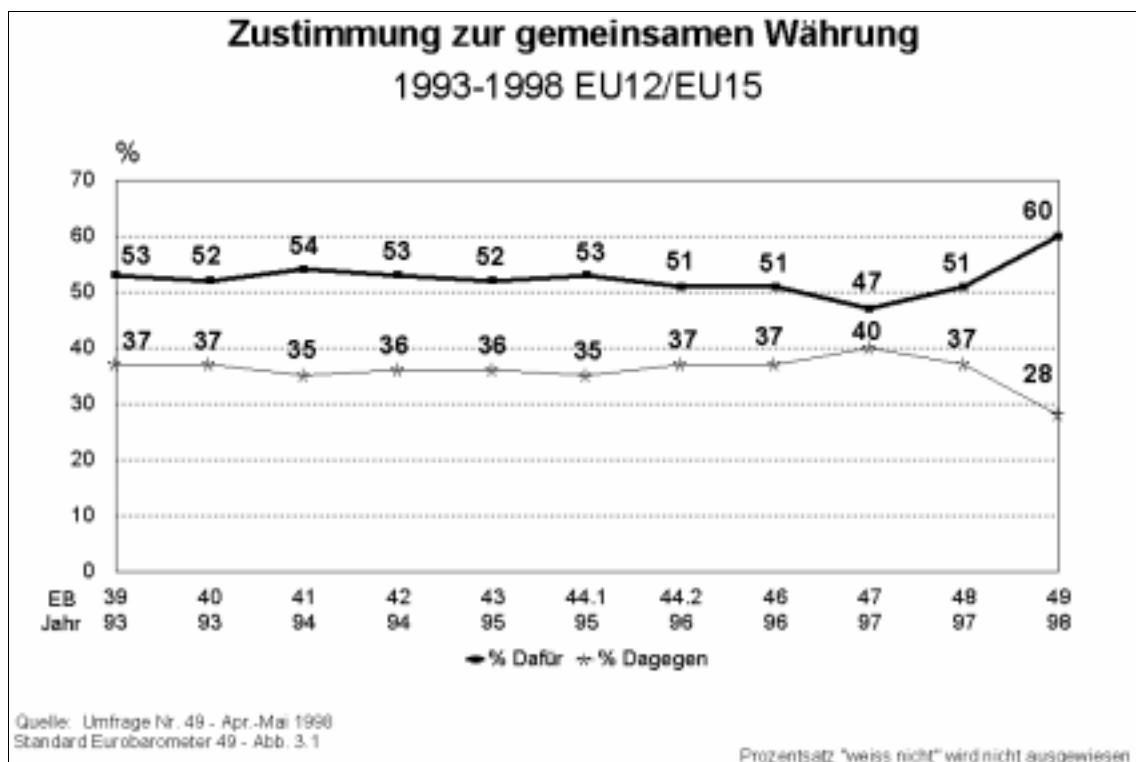
Nicht bekannt/nicht wichtig und "weiss nicht"
sind nicht ausgewiesen

3. Aktuelle politische Fragen: Der Euro

Die Europäische Union wird zum 1. Januar 1999 den Euro als gemeinsame Währung einführen. Ende März 1998 veröffentlichten die Europäische Kommission und das Europäische Währungsinstitut ihre jeweiligen Konvergenzberichte, in denen sie erläutern, welche Mitgliedsländer die Bedingungen für den Beitritt zur Währungsunion erfüllen. Die Kommission legte eine Liste mit elf Ländern als Empfehlung vor. Am 2. Mai 1998 trafen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf einer Sondertagung des Rates in Brüssel zusammen, um die Mitgliedsländer zu bestätigen, die beim Start des Euro am 1. Januar 1999 dabei sein werden. Zugleich ernannten sie auch den Präsidenten und die Mitglieder des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, die inzwischen den Betrieb aufgenommen hat und an die Stelle des Europäischen Währungsinstituts getreten ist.

3.1. Unterstützung für die gemeinsame Währung

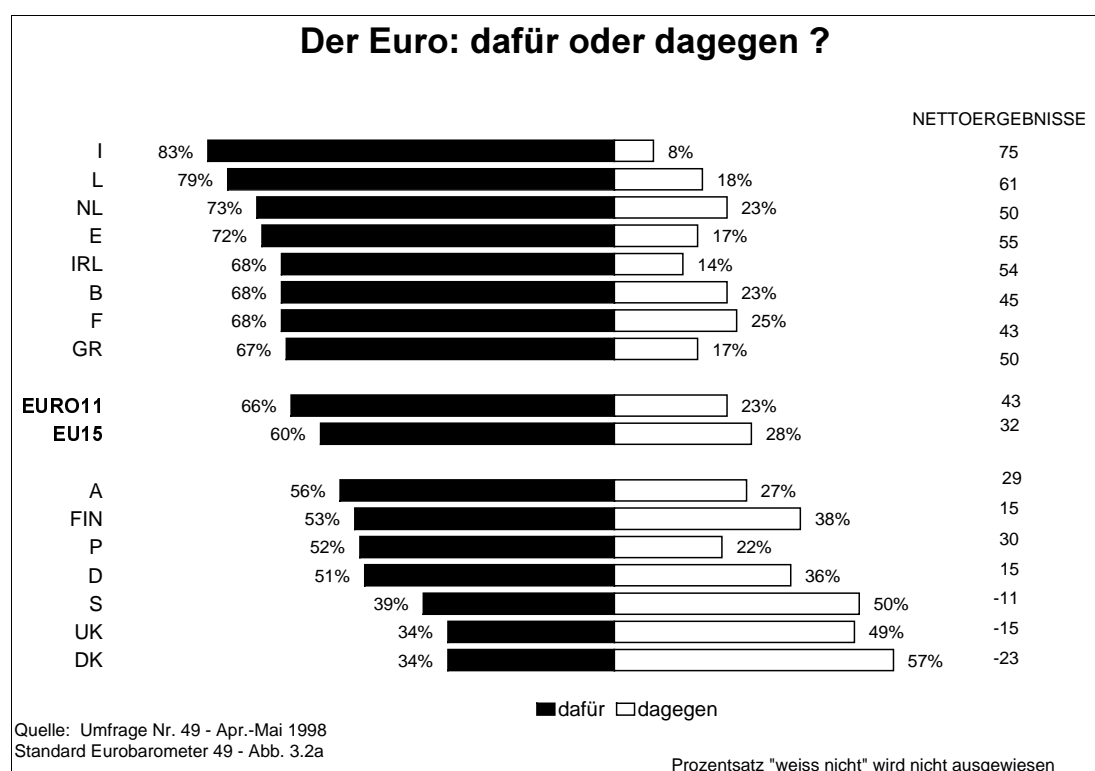
Nachdem die Einführung der gemeinsamen Währung zum 1. Januar 1999 vor der Tür steht, hat die Zustimmung zum Euro in der EU-Bevölkerung den höchsten Stand erreicht, seit das Eurobarometer im Jahr 1993 mit der Ermittlung der Zustimmung zum Euro begann. 60% der EU-Bürger befürworten gegenwärtig den Euro, verglichen mit 51% im Herbst 1997. Diese Zunahme um beinahe 10 Prozentpunkte stellt die erste deutliche Verbesserung seit 1993 dar. Darüber hinaus ist der Anteil der Personen, die die gemeinsame Währung ablehnen, zum ersten Mal unter die 30%-Marke gesunken.



Die Tatsache, daß die gemeinsame Währung nicht von Anfang an in allen Mitgliedsländern eingeführt wird, schlägt sich in den Ergebnissen nieder. In den elf Ländern, die beim Start des Euro dabei sein werden - den "Euro-11-Ländern" - liegt die Zustimmung zum Euro bei 66% gegenüber 39% in den vier nicht teilnehmenden Mitgliedsländern.

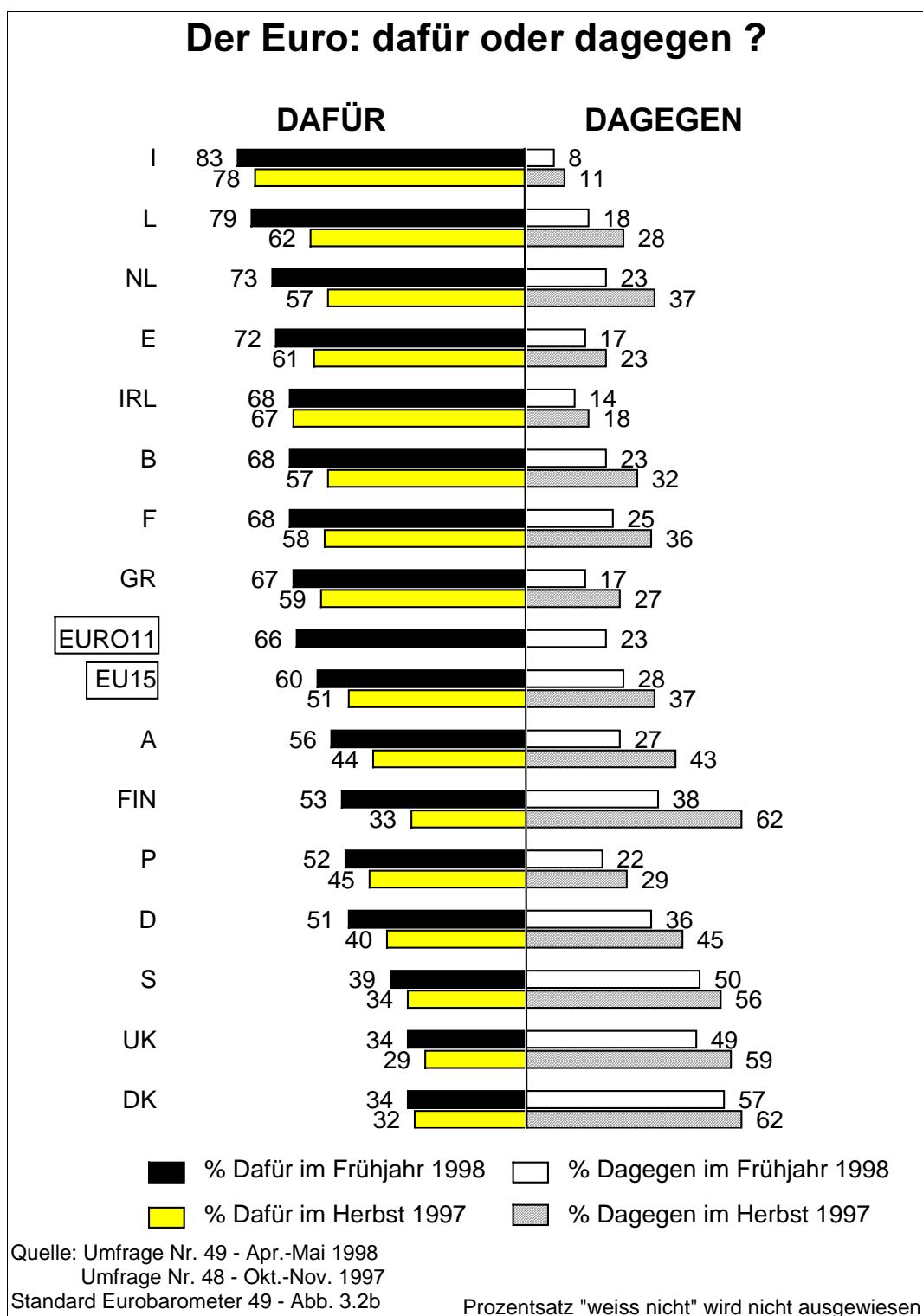
Wir betrachten zunächst die Lage in den "Euro-11-Ländern", also Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland: am höchsten ist die Zustimmung in Italien (83%) und Luxemburg (79%). In Österreich (56%), Finnland (53%) und Deutschland (51%) sind die Zustimmungsraten zum ersten Mal über die 50%-Marke geklettert.

Die vier nicht teilnehmenden Mitgliedsländer sind Dänemark, Schweden, das Vereinigte Königreich und Griechenland. Die öffentliche Meinung über den Euro fällt in den einzelnen Ländern deutlich anders aus. In Griechenland (67%) ist die Zustimmung beinahe doppelt so hoch wie in Schweden (39%), dem Vereinigten Königreich und Dänemark (je 34%). Das Vereinigte Königreich unterscheidet sich von den beiden anderen zuletzt genannten Ländern dadurch, daß ein beträchtlicher Anteil der Befragten (17%) zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen kann, ob sie gegen oder für den Euro sind. Seit der letzten Umfrage ging die Ablehnung um 10 Prozentpunkte zurück, während sich die Zustimmung und der Anteil der unentschiedenen Antworten um jeweils 5 Prozentpunkte erhöhte.

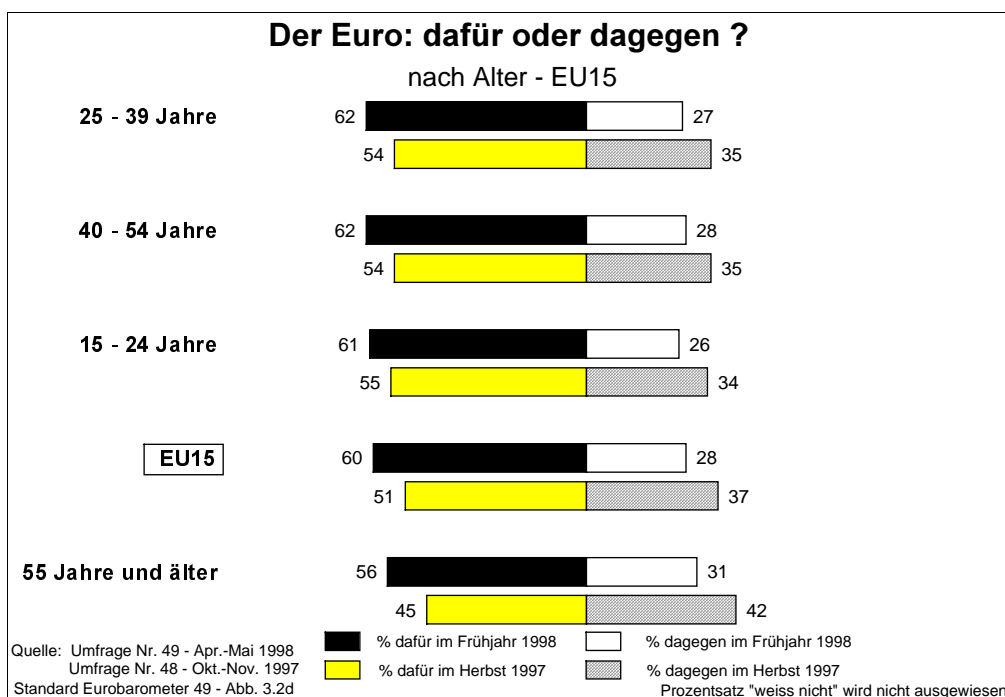
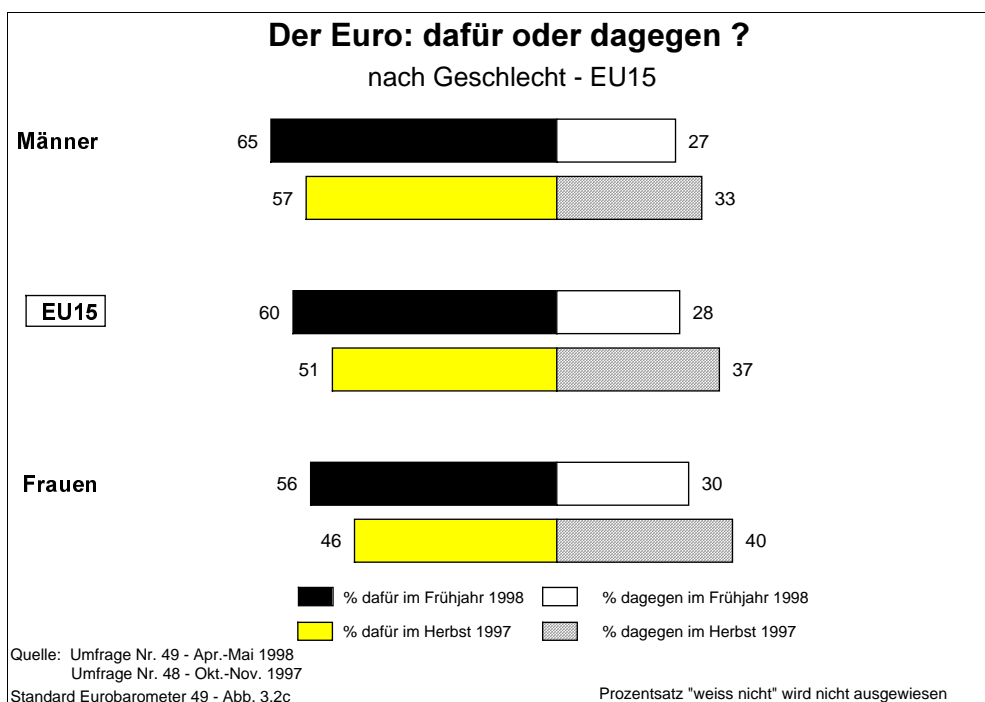


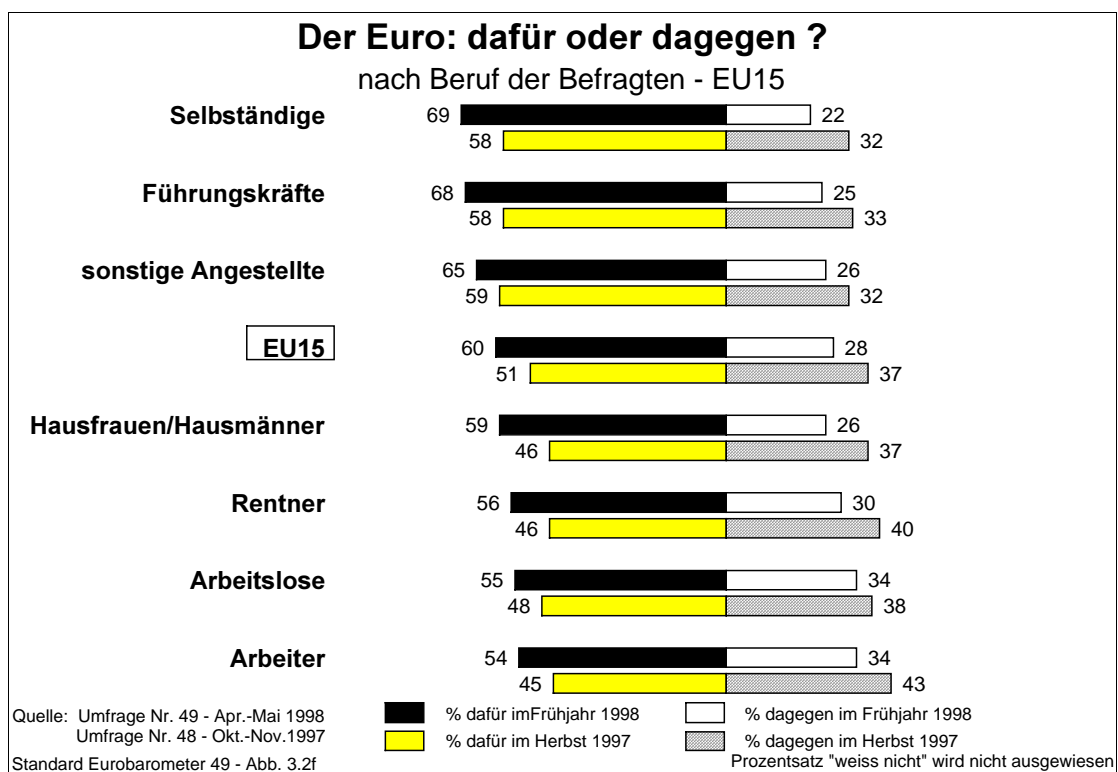
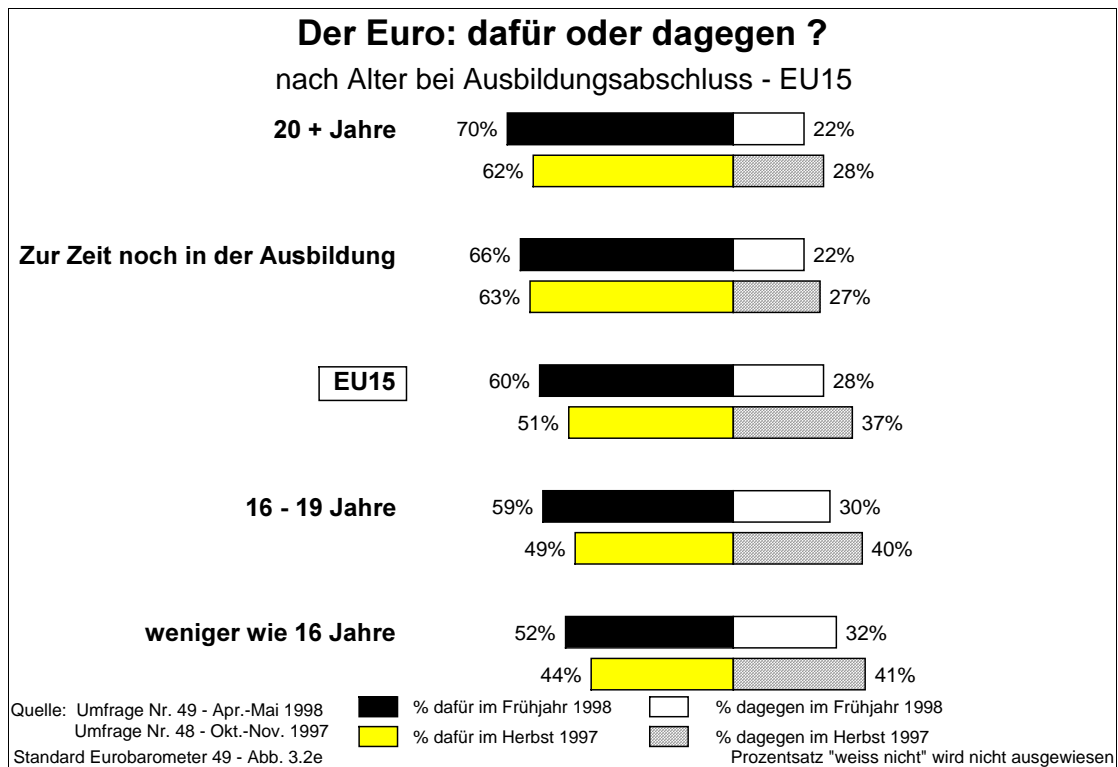
Eine Untersuchung der Frage, wie sich die öffentliche Meinung seit dem Herbst 1997 auf Länderebene geändert hat, läßt erkennen, daß die Zustimmung zum Euro in jedem der 15 Mitgliedsländer zugenommen hat und die Ablehnung zurückgegangen ist. Bei den "Euro-11-Ländern" wurde die bedeutendste Zunahme in Finnland registriert (+20). Zu den anderen "Euro-11-Ländern" mit einem Anstieg von 10 oder mehr Prozentpunkten zählen Luxemburg (+17), die Niederlande (+16), Österreich (+12), Belgien, Deutschland, Spanien (je +11) und Frankreich (+10). Irland ist das einzige "Euro-11-Land", in dem die Zustimmung nicht in statistisch signifikanter Weise gestiegen ist (+1).

Bei den vier nicht teilnehmenden Mitgliedsländern wurde die größte Zunahme der Zustimmung für den Euro in Griechenland gemessen (+8). Statistisch signifikante Zunahmen wurden außerdem in Schweden und, wie schon erwähnt, im Vereinigten Königreich registriert (je +5). In Dänemark ist die Zustimmung nur leicht gestiegen (+2), obwohl die Ablehnung deutlich zurückgegangen ist (-5). (Tabelle 3.1a)



Die Analyse der demographischen Standardvariablen zeigt, daß Männer (65%) den Euro wie bisher stärker unterstützen als Frauen (56%), obwohl sich die Lücke zwischen den Geschlechtern inzwischen verringert hat. Die Zustimmung hat sich bei allen Altersgruppen verbessert, wobei der stärkste Anstieg in der Altersgruppe 55 Jahre und älter registriert wurde (56%; +11). Die in der vorigen Umfrage gemessene Differenz von 9 Prozentpunkten zwischen der Altersgruppe bis zu 54 Jahren und der Altersgruppe 55 Jahre und älter ist auf 6 Prozentpunkte geschrumpft; allerdings ist die Zustimmung bei den älteren Bürgern weiterhin am geringsten. Die Zustimmung hat sich bei allen Berufsgruppen verbessert. Die größte Zunahme wurde bei den Selbständigen registriert (69%; +11). Bei den Führungskräften (68%; +10) und Angestellten (65%; +6) liegt die Zustimmung ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt, während die Arbeiter (54%; +9) wie in der Vergangenheit die geringste Unterstützung erkennen lassen. Die Zustimmung zum Euro hängt in starkem Maß vom Bildungsniveau ab: wer am längsten in der schulischen Ausbildung verblieben ist, ist deutlich positiver eingestellt als diejenigen, die die Schule zu einem früheren Zeitpunkt verlassen haben.



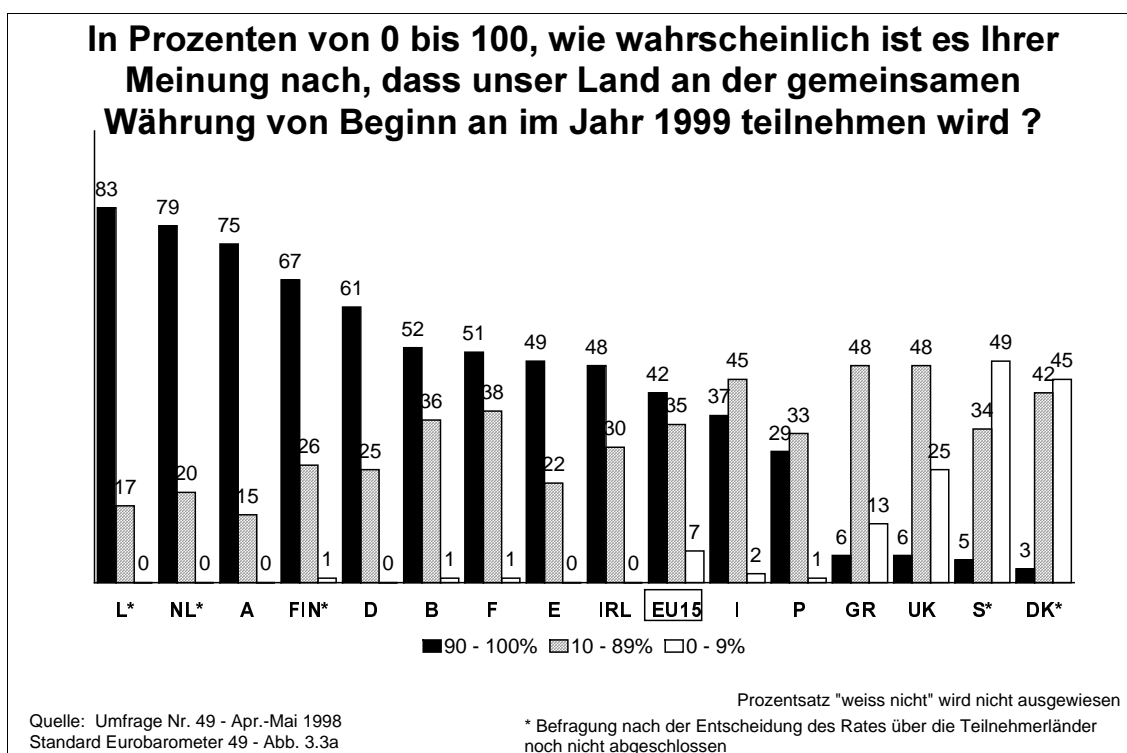


Die Zustimmung zum Euro hat sich bei den Befürwortern und bei den Gegnern der EU verbessert. Die Differenz zwischen den beiden Lagern ist jedoch nach wie vor groß: 79% derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache halten, befürworten die gemeinsame Währung, gegenüber nur 23% derjenigen, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten. (Tabelle 3.1b)

3.2. Beurteilung und Kenntnis der Länder, die den Euro zum 1. Januar 1999 einführen

Die EB-Umfrage enthielt zwei Fragen, die sich auf den 2./3. Mai 1998 bezogen, als die Staats- und Regierungschefs bekannt gaben, welche Mitgliedsländer an der Einführung der gemeinsamen Währung teilnehmen.

Zunächst wurde danach gefragt, wie wahrscheinlich es ist, daß das eigene Land beim Start der gemeinsamen Währung dabei ist. Diese Wahrscheinlichkeit sollte anhand eines Prozentsatzes zwischen 0 und 100% angegeben werden. Bei der Analyse der Antworten war zu beachten, daß die Interviews zum Teil bereits abgeschlossen waren, ehe der Ministerrat bekannt gegeben hatte, welche Länder an der Einführung des Euro im Januar 1999 teilnehmen werden. Die Antworten sind daher eine Mischung aus persönlicher Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Situation des eigenen Landes im Hinblick auf den Euro und konkreter Kenntnis des Ratsbeschlusses¹².



Wie das obige Schaubild zeigt, hielten rund 8 von 10 Befragten in Luxemburg und in den Niederlanden die Teilnahme ihres Landes für sehr wahrscheinlich. In Dänemark und Schweden war nur etwa jeder Zwanzigste dieser Ansicht, während mehr als die Hälfte eine Teilnahme für sehr unwahrscheinlich hielt. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dieser vier Länder fällte also aufgrund einer Mischung von persönlicher Bewertung der Sachlage und konkreten Kenntnissen das richtige Urteil. In Österreich waren die Befragten auf ihr persönliches Urteil angewiesen: 75% hielten die Teilnahme ihres Landes für sehr wahrscheinlich und lagen damit richtig. Im Vereinigten Königreich und Griechenland gingen 6% der Befragten davon aus, daß die Teilnahme ihres Landes sehr wahrscheinlich sei; diese Annahme, die aufgrund der persönlichen Einschätzung der Lage getroffen werden mußte, erwies sich als falsch. In diesen beiden nicht teilnehmenden Ländern war der Anteil der Befragten, die Teilnahme ihres Landes als sehr unwahrscheinlich einstufen, bedeutend geringer als in den beiden anderen nicht teilnehmenden Ländern.

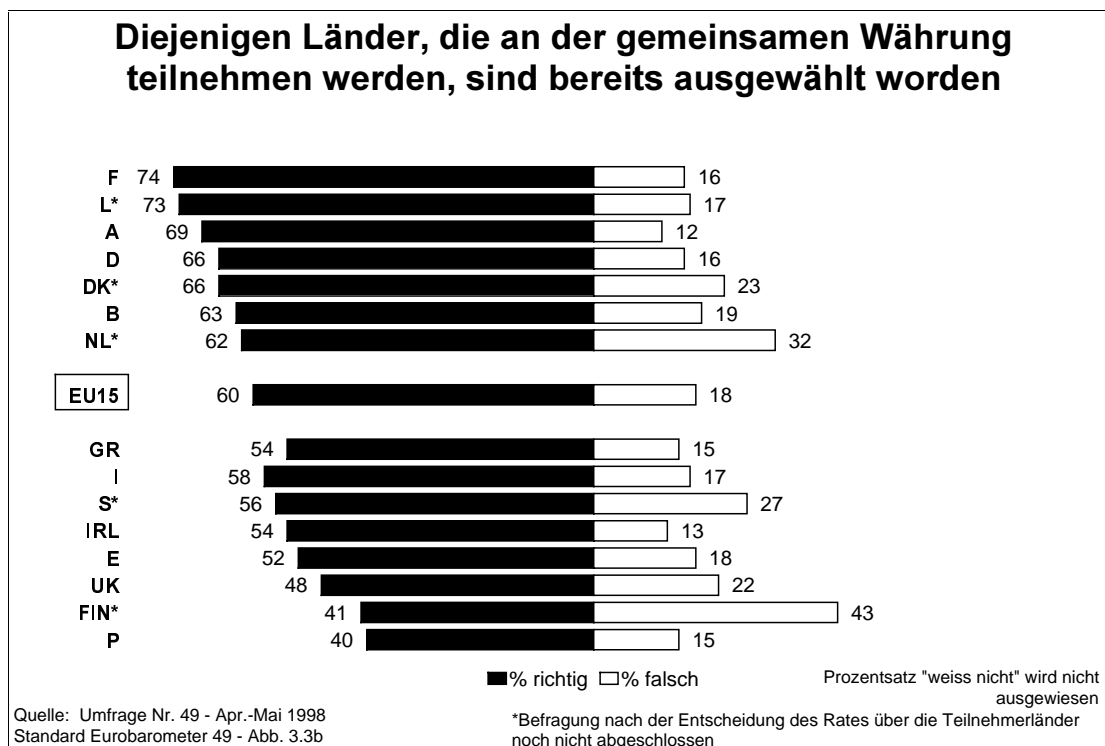
In einer Reihe von "Euro-11-Ländern" herrschte größere Unsicherheit über die Teilnahme an der gemeinsamen Währung. In Portugal (29%), Italien (37%), Irland (48%) und Spanien (49%) hielt weniger als die Hälfte der Bevölkerung die Teilnahme ihres Landes für sehr wahrscheinlich. (Siehe auch Tabelle 3.2)

¹² Dies gilt für Dänemark, Finnland, Luxemburg, die Niederlande und Schweden.

Im Rahmen eines Katalogs von Quizfragen sollte angegeben werden, ob die folgende Aussage richtig oder falsch ist:

“Diejenigen Länder, die an der Europäischen Währung teilnehmen werden, sind bereits ausgewählt worden.”

In den Ländern, in denen die Interviews vor der Bekanntgabe des Ratsbeschlusses vom 2./3. Mai 1998 abgeschlossen waren, wurde jede Antwort als richtig gewertet, die diese Aussage als falsch einstufte. In den anderen fünf Ländern, in denen einige Interviews erst nach der Bekanntgabe des Ratsbeschlusses durchgeführt wurden, gestaltete sich die Analyse der Antworten schwieriger.

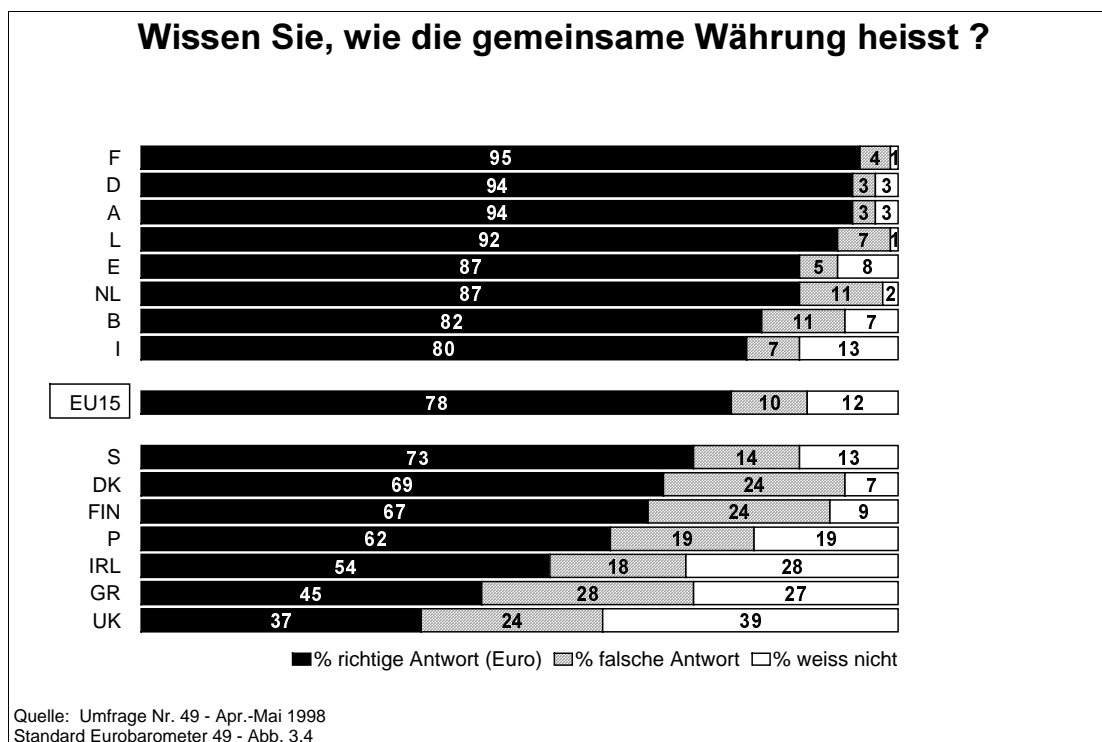


Allgemein läßt sich obigen Schaubild entnehmen, daß zahlreiche Befragte fälschlich davon ausgingen, die Länder, die an der gemeinsamen Währung teilnehmen, stünden zum Zeitpunkt des Interviews bereits fest. Betrachten wir zunächst die Länder, in denen die Interviews vor dem 2. und 3. Mai abgeschlossen wurden, so sehen wir, daß 74% der Befragten in Frankreich die Aussage für wahr hielten, gefolgt von 69% in Österreich, 66% in Deutschland und 63% in Belgien. Personen, die nach der Bekanntgabe des Ratsbeschlusses interviewt wurden, hätten Recht gehabt, wenn sie diese Aussage als richtig eingestuft hätten. In den Ländern, in denen die Interviews zu einem späteren Zeitpunkt geführt wurden, wurde diese Aussage in der Regel jedoch nicht häufiger als richtig eingestuft als in den anderen Ländern. Die einzige nennenswerte Ausnahme bildete Luxemburg. (Tabelle 3.3)

Aus diesen Ergebnissen läßt sich die Schlußfolgerung ziehen, daß die Bürger der "Euro-11-Länder" bereits vor der offiziellen Bekanntmachung davon ausgingen, daß ihr Land am Euro teilnimmt.

3.3. Kenntnis des Euro

Im Rahmen eines Fragenkatalogs zum Euro wurde nach der Bezeichnung der gemeinsamen Währung gefragt. Wie aus dem folgenden Schaubild hervorgeht, gaben mindestens 8 von 10 Befragten in insgesamt acht "Euro-11-Ländern" die korrekte Antwort: "Euro". Was die "Euro-11-Länder" betrifft, so sind die Kenntnisse über den Euro in Irland am geringsten: nur 54% konnten die richtige Antwort geben. Was die vier nicht teilnehmenden Ländern betrifft, so war der Name der gemeinsamen Währung in Schweden am geläufigsten (73%) und im Vereinigten Königreich am wenigsten bekannt (37%). (Tabelle 3.4a)

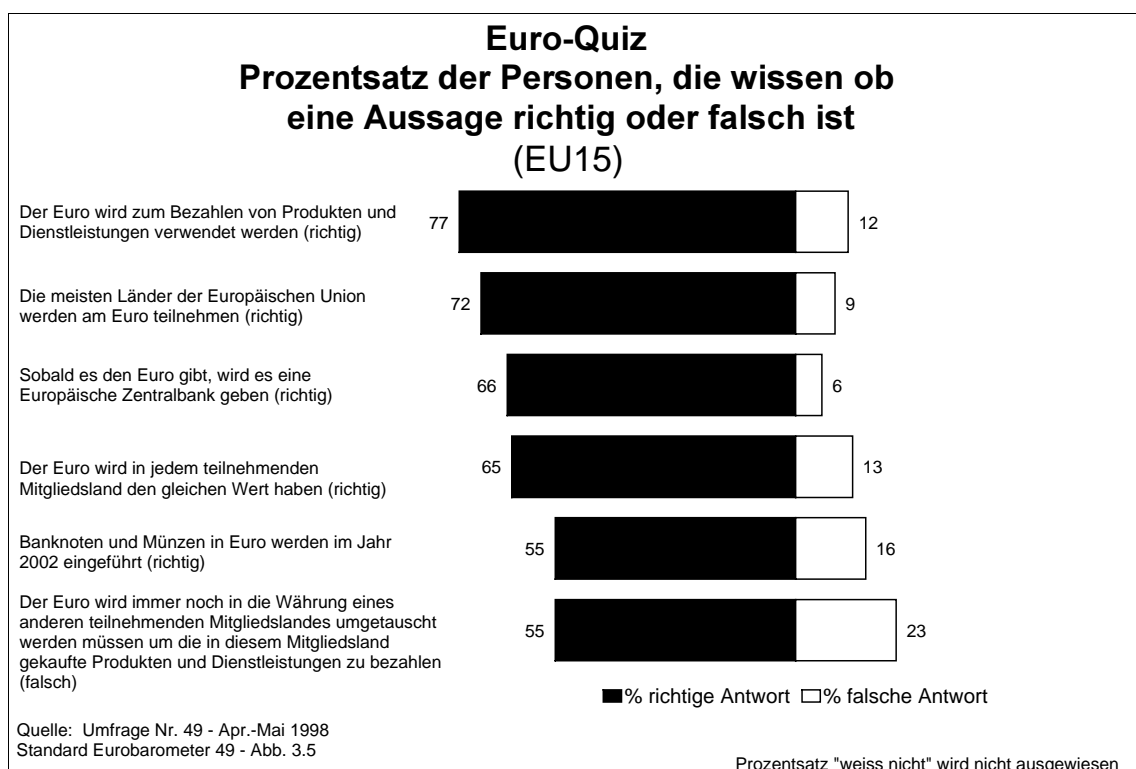


Männer stehen der gemeinsamen Währung nicht nur positiver gegenüber als Frauen, sondern kennen auch eher die korrekte Bezeichnung der gemeinsamen Währung (82% bzw. 74%). Das Bildungsniveau spielt eine wichtige Rolle, denn Personen, die bis im Alter von 20 Jahren oder länger in der schulischen Ausbildung verblieben sind, kennen bedeutend eher die Bezeichnung für die gemeinsame Währung als Personen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder früher verlassen haben (87% bzw. 69%). Bei den Altersgruppen sind die Unterschiede weniger deutlich ausgeprägt: die Altersgruppe 25-54 Jahre ist etwas besser mit der Bezeichnung für die gemeinsame Währung vertraut als die Jüngeren und die Älteren. Was die Aufschlüsselung nach Berufskategorien betrifft, so kennen mehr als 8 von 10 Führungskräften und Angestellten die Bezeichnung für die gemeinsame Währung, gegenüber rund 7 von 10 Hausmännern/Hausfrauen und Arbeitslosen. Erwartungsgemäß sind die Personen, die nach eigener Einschätzung viel über die EU wissen, in der Regel deutlich besser über die Bezeichnung für die gemeinsame Währung informiert (90%) als diejenigen, die nach eigener Einschätzung sehr wenig über die EU wissen (66%). (Tabelle 3.4b)

Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, kennen diejenigen, die die Fernsehnachrichten, die Nachrichten in den Tageszeitungen und die Rundfunknachrichten mehrmals pro Woche oder täglich verfolgen, die Bezeichnung für die gemeinsame Währung eher als Personen, die die Medien seltener für Informationszwecke nutzen.

Prozentsatz der Personen, die die Bezeichnung für die gemeinsame Währung kennen - Aufschlüsselung nach Mediennutzung (EU15)	
Mediennutzung	Prozentsatz der Personen, die die Bezeichnung "Euro" nennen
Häufige Nutzung aller Medien	84%
EU15-Durchschnitt	78%
Häufige Nutzung von 2 Medien	76%
Häufige Nutzung von 1 Medium	70%
Unregelmäßige Nutzung aller Medien	72%

In diesem Kapitel wurde bereits erwähnt, daß bei der EB-Umfrage ein Katalog von Quizfragen eingesetzt wurde, der eine Reihe von Aussagen umfaßte. Die Teilnehmer sollten angeben, ob die einzelnen Aussagen richtig oder falsch sind. Die Ergebnisse zeigen, daß rund 3 von 4 Befragten die Aussagen *"Der Euro wird in allen teilnehmenden Ländern zum Bezahlen von Produkten und Dienstleistungen verwendet werden"* und *"Die meisten Länder der Europäischen Union werden am Euro teilnehmen"* korrekterweise als richtig bezeichneten. *"Sobald es den Euro gibt, wird es eine Europäische Zentralbank geben"* ist eine Aussage, die ebenfalls weitgehend als richtig erkannt wurde (66%). Gleiches gilt für die Aussage: *"Der Euro wird in jedem teilnehmenden Mitgliedsland den gleichen Wert haben, d.h. wenn man einen Euro aus Deutschland in Dollar umtauscht, erhält man den gleichen Betrag, als wenn man einen Euro aus einem anderen Land in Dollar umtauscht"* (65%). Mehr als die Hälfte der Befragten wissen, daß *"Banknoten und Münzen in Euro im Jahr 2002"* eingeführt werden, und ebenso viele Befragte wissen, daß die Aussage *"Der Euro wird immer noch in die Währung eines anderen teilnehmenden Mitgliedslandes umgetauscht werden müssen, um die in diesem Mitgliedsland gekauften Produkte und Dienstleistungen zu bezahlen"* falsch ist.

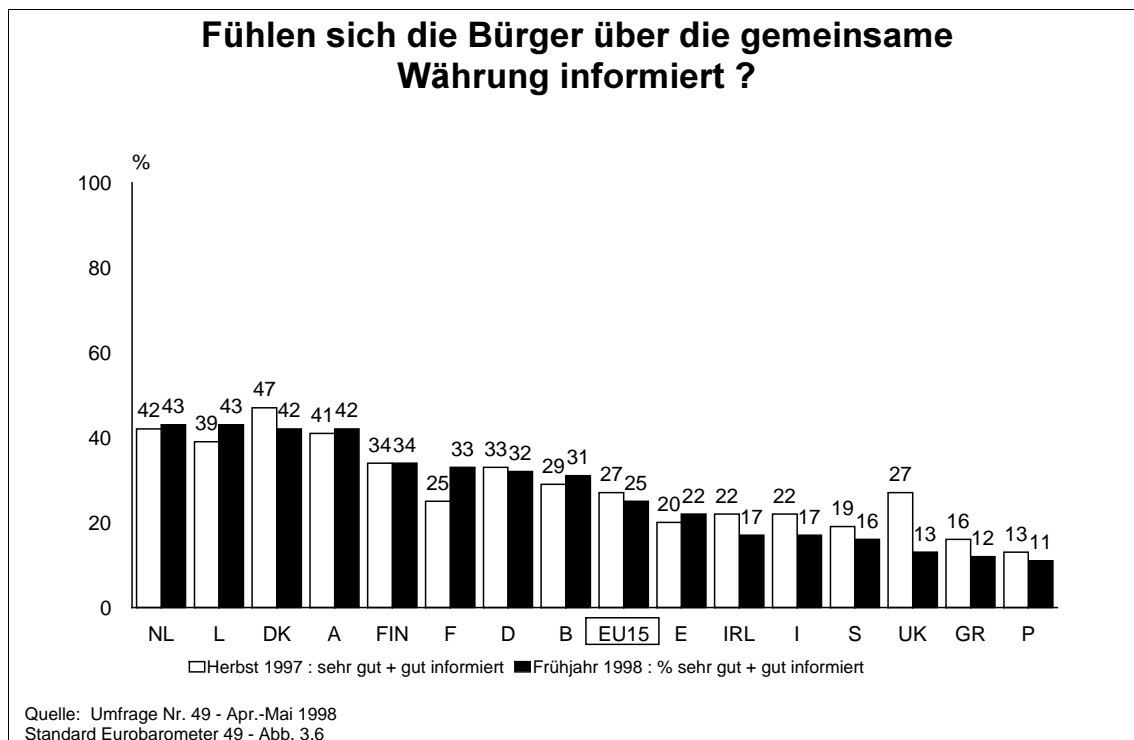


Ein Blick auf den unterschiedlichen Stand der Kenntnisse in den 15 Mitgliedsländern zeigt, daß durchschnittlich mehr als 3 von 4 Personen in den Niederlanden, Finnland und Luxemburg die Quizfragen richtig beantwortet haben. Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, liegt der Prozentsatz der korrekten Antworten in den vier nicht teilnehmenden Ländern im großen und ganzen unter dem EU15-Durchschnitt. Das Vereinigte Königreich ist das einzige Land, in dem durchschnittlich weniger als die Hälfte der Befragten die Quizfragen richtig beantwortet hat. (Siehe auch Tabelle 3.5)

Anteil der Befragten, die beim Euro-Quiz korrekte Antworten gaben (in %) - Aufschlüsselung nach Ländern	
Mitgliedsland	Durchschnittlicher Prozentsatz der richtigen Antworten
Niederlande	77%
Finnland	77%
Luxemburg	76%
Frankreich	73%
Deutschland	71%
Belgien	68%
Österreich	67%
Spanien	66%
EU15	65%
Italien	64%
Irland	60%
Schweden	60%
Dänemark	58%
Griechenland	56%
Portugal	50%
Vereinigtes Königreich	49%

3.4. Fühlen sich die Bürger über den Euro informiert?

Die EB-Umfrage suchte zu ermitteln, ob sich die Bevölkerung über den Euro informiert fühlt. Durchschnittlich nur jeder vierte EU-Bürger gab an, sehr gut oder gut Bescheid zu wissen. Dieses Ergebnis liegt knapp unter den Ergebnissen vom Herbst 1997, als sich 27% für gut informiert hielten. (Tabelle 3.6a)



Auch die Trendanalyse läßt Unterschiede zwischen den "Euro-11-Ländern" und den vier nicht teilnehmenden Ländern erkennen. In den meisten "Euro-11-Ländern" ist der Anteil derjenigen, die nach eigenen Angaben gut Bescheid wissen, gestiegen oder weitgehend auf dem Niveau der letzten Umfrage verblieben. Dies deutet daraufhin, daß sich die Bevölkerung in diesen Ländern für besser informiert hält, je näher der Termin für die Einführung der gemeinsamen Währung rückt. Die einzigen Ausnahmen sind Irland und Italien, wo der Anteil derjenigen, die sich für gut informiert halten, seit der letzten Umfrage von 22% auf 17% zurückgegangen ist. Eine mögliche Erklärung für diesen Rückgang besteht darin, daß sich die Bevölkerung der unmittelbar bevorstehenden Einführung des Euro bewußt ist und daher strengere Maßstäbe an ihre Kenntnisse anlegt, d. h. sich weniger gut informiert fühlt, obwohl sie möglicherweise mehr über den Euro weiß als zuvor.

In den vier nicht teilnehmenden Ländern ist der Anteil derjenigen, die nach eigener Einschätzung Bescheid wissen, seit der letzten Umfrage deutlich gesunken. Es ist schwer zu erklären, warum sich die Bevölkerung in diesen Ländern nun für weniger gut informiert hält, doch liefern die Umfrageergebnisse einige Anhaltspunkte. Wie bereits im ersten Kapitel erwähnt wurde, ist die Bevölkerung in den nicht teilnehmenden Ländern in der Regel etwas weniger stark an Informationen über den Euro interessiert als die Bevölkerung in den Euro-11-Ländern. Dies trifft insbesondere auf die dänische Bevölkerung zu. Es könnte durchaus sein, daß die Bevölkerung in den nicht teilnehmenden Ländern nun glaubt, weniger gut über den Euro Bescheid zu wissen, weil sie weniger stark an Informationen interessiert ist, da der Euro im betreffenden Land vorläufig nicht eingeführt wird. Es ist auch durchaus möglich, daß die Bevölkerung in diesen Ländern tatsächlich weniger Informationen über den Euro erhält als die Bevölkerung in den "Euro-11-Ländern". Diese Erklärung scheint insbesondere auf das Vereinigte Königreich zuzutreffen, wo 90% der Befragten erklären, daß sie noch keine Informationen über den Euro erhalten haben. In den anderen drei nicht teilnehmenden Mitgliedsländern haben die Befragten in der Regel ebenfalls weniger Informationen über den Euro erhalten als die Bevölkerung in den meisten "Euro-11-Ländern".

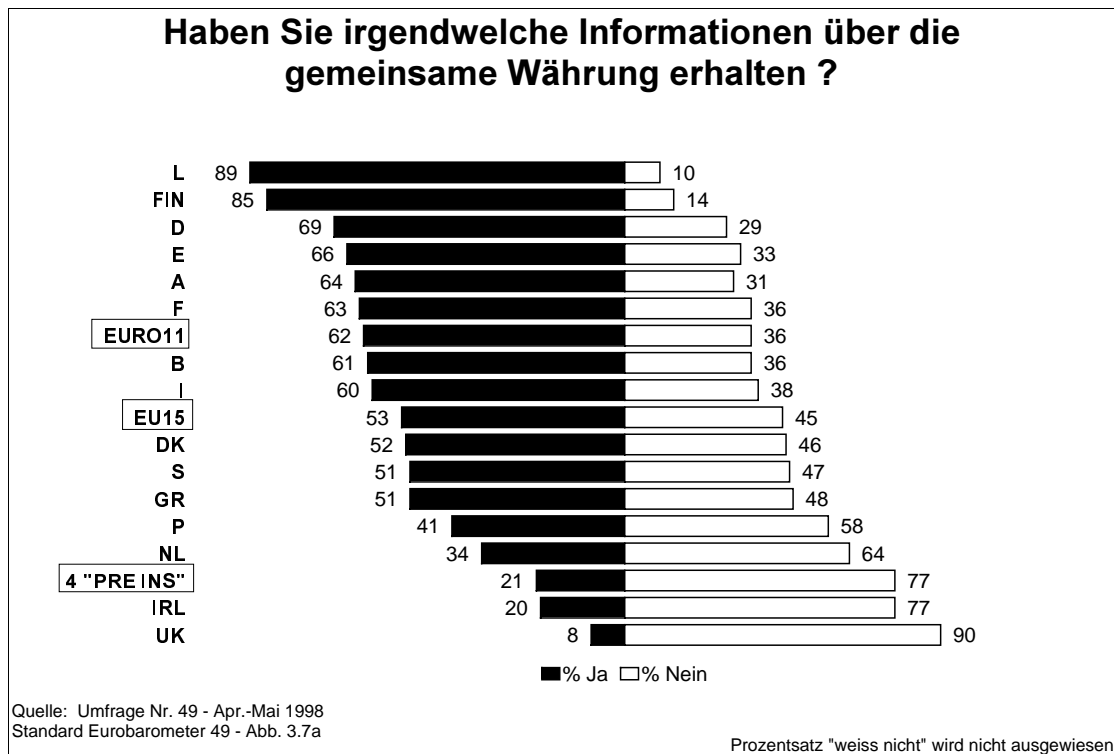
Ehe wir uns der Frage zuwenden, inwieweit die Befragten Informationen über den Euro erhalten haben, untersuchen wir, wie die einzelnen Bevölkerungsgruppen ihre Kenntnisse über den Euro beurteilen. Ein erster wichtiger Unterschied tritt zwischen Befürwortern und Gegnern der EU zutage: 32% derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache halten, fühlen sich über den Euro informiert, verglichen mit nur 21% derjenigen, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten. Ebenso wissen 31% der Euro-Befürworter nach eigener Einschätzung gut über den Euro Bescheid, gegenüber nur 18% derjenigen, die die gemeinsame Währung ablehnen.

Die folgende Tabelle zeigt, daß sich 64% derjenigen, die viel über die EU wissen, über den Euro informiert fühlen, verglichen mit nur 10% derjenigen, die sehr wenig über die EU zu wissen glauben. Zu den Bevölkerungsgruppen, die sich für besser informiert halten als der EU-Durchschnitt, zählen Personen mit hohem Meinungsführerindex, Führungskräfte und Personen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder länger in der Vollzeitausbildung verblieben sind. (Siehe auch Tabelle 3.6b)

Prozentsatz der Personen, die nach eigener Einschätzung gut über die gemeinsame Währung informiert sind (EU15)	
Kategorie	%
Kenntnisskala: 8-10 Punkte	64
Meinungsführerindex: ++	48
Führungskräfte	38
Bildungsabschluß mit 20 Jahren oder später	38
Kenntnisskala: 4-7 Punkte	32
Mediennutzerindex: +++	32
Männer	32
Meinungsführerindex: +	31
Schüler/Studenten	31
Angestellte	29
Zufrieden mit Wissen über die EU	29
Altersgruppe 40-54 Jahre	29
Selbständige	28
Altersgruppe 25-39 Jahre	28
Durchschnitt für EU15	25
Bildungsabschluß mit 16-19 Jahren	24
Mediennutzerindex: ++	23
Altersgruppe 55 Jahre und älter	22
Arbeitslose	22
Rentner	22
Altersgruppe 15-24 Jahre	21
Arbeiter	21
Meinungsführerindex: -	20
Wünschen Informationen über EU	20
Frauen	18
Hausmänner/Hausfrauen	18
Mediennutzerindex: --	17
Bildungsabschluß mit 15 Jahren oder früher	16
Mediennutzerindex: ---	12
Meinungsführerindex: --	12
Kenntnisskala: 1-3 Punkte	10

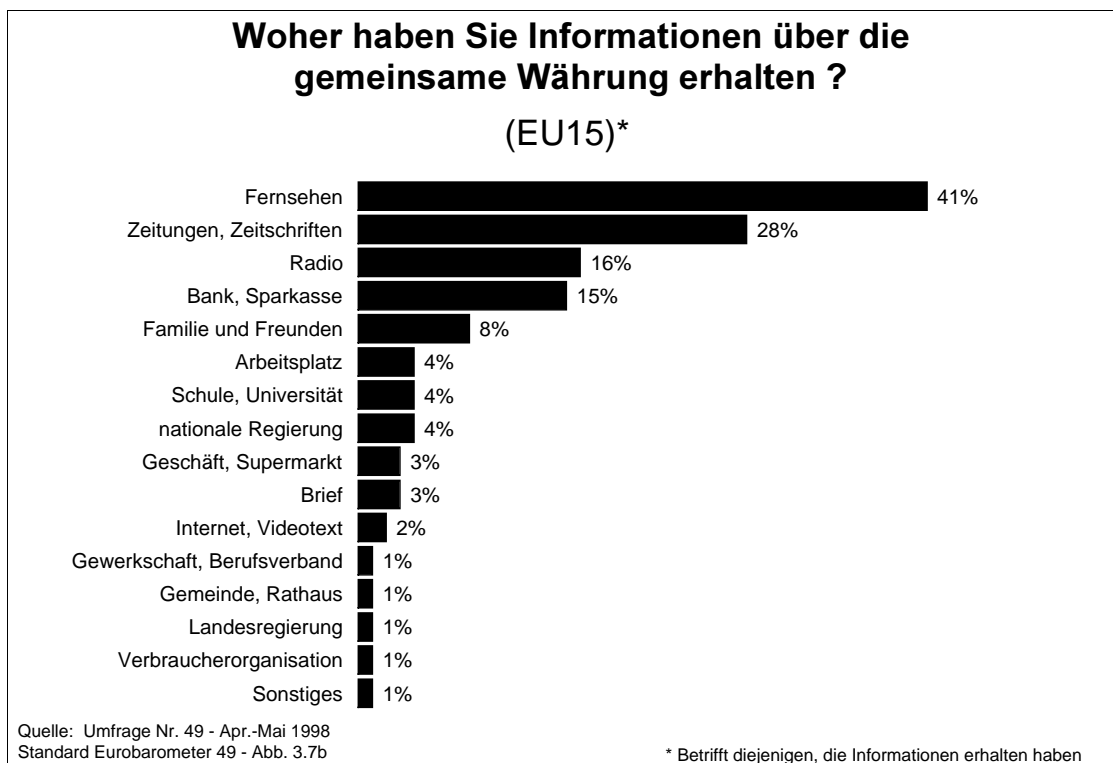
3.5. Informationen über den Euro - wann und durch wen?

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, daß EU-weit 53% der Befragten Informationen über den Euro erhalten haben. 45% der Befragten haben keine entsprechenden Informationen erhalten.



Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Luxemburg und Finnland hat bereits Informationen über den Euro erhalten. In Deutschland, Spanien, Österreich und Frankreich ist dies für rund zwei Drittel der Bevölkerung der Fall. Was die Länder betrifft, die den Euro im Januar 1999 einführen, so ist der Anteil derjenigen, die Informationen über den Euro erhalten haben, in Irland (20%), den Niederlanden (34%) und Portugal (41%) am niedrigsten. Wie bereits in Kapitel 1 erwähnt wurde, ist die gemeinsame Währung ein Thema, zu dem der größte Teil der Bevölkerung in diesen drei Ländern mehr Informationen wünscht.

Eine Untersuchung der Informationsquellen zeigt, daß das Fernsehen bis zum jetzigen Zeitpunkt mehr als 4 von 10 Befragten mit entsprechenden Informationen beliefert hat; mehr als ein Viertel hat sich durch Zeitungslesen informiert. Mit einem Anteil von 16% bzw. 15% werden Rundfunk und Kreditinstituten an dritter und vierter Stelle in der Liste der Informationsquellen genannt und liegen somit weit vor allen anderen Informationsquellen, die die Befragten angeben konnten¹³.



Die folgende Tabelle zeigt, daß das Fernsehen in allen Mitgliedsländern am häufigsten als Informationsquelle genannt wurde; eine Ausnahme bildet lediglich Frankreich, wo die Kreditinstitute an erster Stelle und das Fernsehen an zweiter Stelle liegen. Die Presse und der Rundfunk erreichen in allen Ländern einen der ersten vier Plätze. Die Kreditinstitute liegen in 8 "Euro-11-Ländern" auf einem der ersten vier Plätze; Spanien, Italien und Portugal bilden die Ausnahme. Die Kreditinstitute erscheinen in keinem der vier nicht teilnehmenden Ländern in der Rangliste, was zu erwarten war, da die Banken in diesen Ländern ihre Kunden zur Zeit nicht auf Veränderungen vorbereiten müssen. In den Fällen, in denen die Kreditinstitute keinen der ersten vier Plätze belegen, wird diese Position von Familienangehörigen und Freunden besetzt, außer im Vereinigten Königreich, wo der Arbeitsplatz in der Rangliste auftaucht.

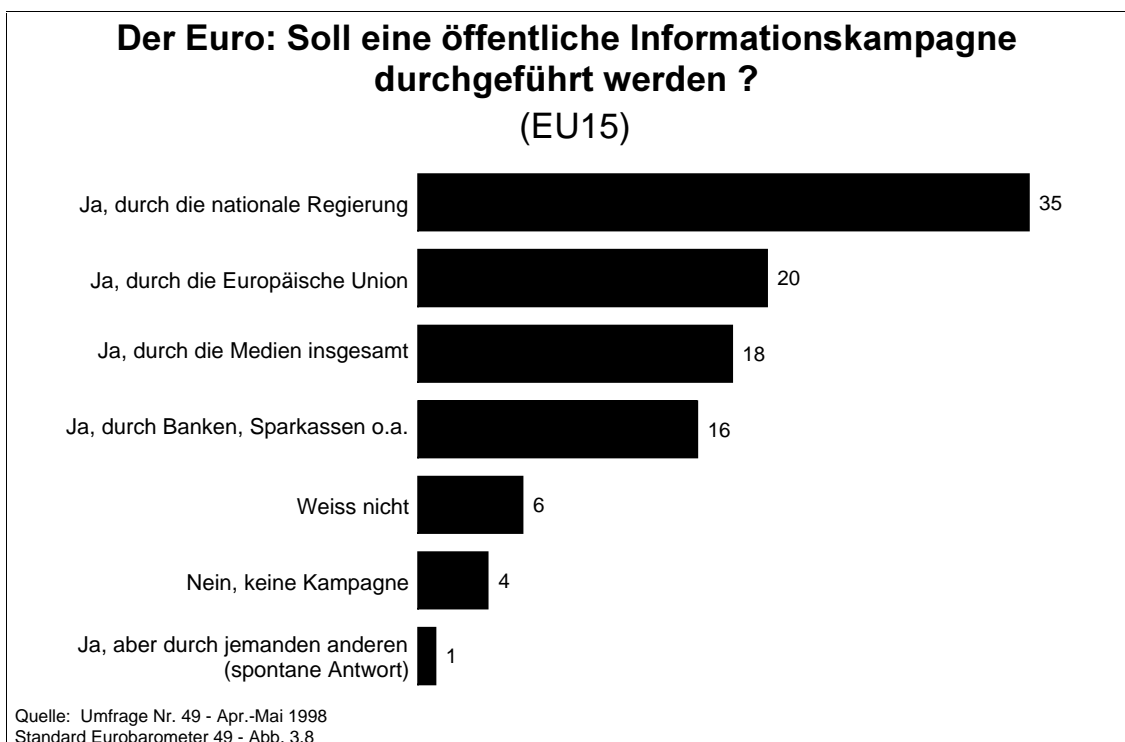
Während die Reihenfolge der am häufigsten genannten Informationsquellen in der gesamten Europäischen Union weitgehend identisch ist, variiert der Anteil derjenigen, die sich mit Hilfe dieser Quellen Informationen über den Euro beschafft haben, je nach Mitgliedsland. So haben rund 3 von 4 Personen in Finnland und Luxemburg Informationen über den Euro durch das Fernsehen erhalten, verglichen mit lediglich 5% im Vereinigten Königreich und 9% in Irland. In den "Euro-11-Ländern" haben 39% der Franzosen Informationen von den Kreditinstituten erhalten, verglichen mit 5% der Italiener und 4% der Portugiesen. (Siehe auch Tabelle 3.7)

¹³ Die Gesamtzahl der Antworten ist größer als der Anteil der Befragten, die bereits Informationen über den Euro erhalten haben, weil mehr als eine Antwort gegeben werden konnte.

HÄUFIG BENUTZTE QUELLEN FÜR INFORMATIONEN ÜBER DEN EURO (IN %, NACH MITGLIEDSLÄNDERN)			
Belgien		Luxemburg	
Fernsehen	47	Fernsehen	75
Zeitungen, Zeitschriften	28	Radio	58
Bank, Sparkasse, Versicherung	22	Zeitungen, Zeitschriften	58
Radio	17	Bank, Sparkasse, Versicherung	25
Dänemark		Niederlande	
Fernsehen	43	Zeitungen, Zeitschriften	21
Zeitungen, Zeitschriften	34	Fernsehen	19
Radio	25	Bank, Sparkasse, Versicherung	17
Familie und Freunde	8	Radio	10
Deutschland		Österreich	
Fernsehen	54	Fernsehen	41
Zeitungen, Zeitschriften	45	Zeitungen, Zeitschriften	34
Radio	22	Radio	26
Bank, Sparkasse, Versicherung	21	Bank, Sparkasse, Versicherung	25
Griechenland		Portugal	
Fernsehen	45	Fernsehen	35
Zeitungen, Zeitschriften	16	Zeitungen, Zeitschriften	12
Radio	13	Radio	8
Familie und Freunde	10	Familie und Freunde	6
Spanien		Finnland	
Fernsehen	58	Fernsehen	76
Zeitungen, Zeitschriften	31	Zeitungen, Zeitschriften	65
Radio	21	Radio	45
Familie und Freunde	13	Bank, Sparkasse, Versicherung	14
Frankreich		Schweden	
Bank, Sparkasse, Versicherung	39	Fernsehen	45
Fernsehen	34	Zeitungen, Zeitschriften	39
Zeitungen, Zeitschriften	22	Radio	25
Radio	18	Familie und Freunde	5
Irland		Vereinigtes Königreich	
Fernsehen	9	Fernsehen	5
Zeitungen, Zeitschriften	7	Zeitungen, Zeitschriften	4
Radio	5	Radio	2
Bank, Sparkasse, Versicherung	4	Arbeitsplatz	1
Italien			
Fernsehen	54		
Zeitungen, Zeitschriften	33		
Radio	12		
Familie und Freunde	9		

3.6. Der Euro: Wird eine öffentliche Informationskampagne gewünscht?

Da die Einführung der gemeinsamen Währung unmittelbar bevorsteht, dürfte es nicht überraschen, daß eine Informationskampagne breite Zustimmung bei einer Bevölkerung findet, die nach eigener Einschätzung nicht viel über den Euro weiß. Sogar in den vier nicht teilnehmenden Ländern ist das Interesse an einer öffentlichen Informationskampagne zum Euro so groß, daß durchschnittlich 9 von 10 EU-Bürgern eine derartige Kampagne befürworten.



35% der Europäer sprechen sich dafür aus, daß die nationale Regierung eine derartige Kampagne organisiert; damit werden die nationalen Regierungen weiterhin als Organisatoren bevorzugt. Die EU (20%; +1) ist seit der letzten Umfrage vom dritten auf den zweiten Platz aufgestiegen und hat somit ihren Platz mit den Medien vertauscht (18%; -2). 16% der Bevölkerung gegenüber 14% im Jahr 1997 sind der Meinung, daß die Banken die Kampagne durchführen sollten.

Obwohl die EU-Bürger einhellig eine Informationskampagne zum Euro für erforderlich halten, zeigt die Länderanalyse deutliche Meinungsunterschiede, was den erwünschten Veranstalter betrifft. In Portugal (58%), in Griechenland (54%), im Vereinigten Königreich (51%), in Irland (49%), in den Niederlanden (45%), sowie in Dänemark, Spanien und Schweden (je 43%) wird die nationale Regierung deutlich als Organisator bevorzugt, während in Belgien (18%) und Deutschland (21%) weniger als ein Viertel der Befragten die nationale Regierung befürworten. Die nationale Regierung findet seit der letzten Umfrage in den meisten Mitgliedsländern mehr Anklang als Organisator der Kampagne; dies gilt insbesondere für Irland (+12), Griechenland, die Niederlande (je +10) und Portugal (+9). In Finnland (-8) und Dänemark (-6) ist die Zustimmung zur nationalen Regierung als Organisator der Informationskampagne seit der letzten Umfrage hingegen zurückgegangen.

Die Unterschiede zwischen den Ländern sind weniger stark ausgeprägt, wenn es um die Zustimmung zur EU als Veranstalter der Informationskampagne geht, obwohl die Bevölkerung in den "Euro-11-Ländern" die EU eher als Veranstalter befürwortet als die Bevölkerung in den vier nicht teilnehmenden Ländern. Bei weitem am größten ist die Zustimmung in Italien (31%; +3). Am niedrigsten sind die entsprechenden Werte in Dänemark (10%; -2) und im Vereinigten Königreich (11%; keine Veränderung).

Die Medien finden in Belgien (31%) die größte Zustimmung als Organisator der Informationskampagne, sowohl im Vergleich zu anderen Ländern als auch im Vergleich zu anderen möglichen Organisatoren. In Finnland ist die Zustimmung zu den Medien als Organisatoren einer Informationskampagne von 22% im Herbst 1997 auf 28% im Frühjahr 1998 gestiegen. In den Niederlanden sowie in Portugal (je -7), Deutschland und Irland (-6) ist hingegen der Anteil der Befürworter der Medien deutlich zurückgegangen.

Die Kreditinstitute werden in Frankreich (26%), Belgien (25%) und Deutschland (24%) überdurchschnittlich oft als bevorzugte Organisatoren genannt. In den vier Mittelmeerländern liegt der entsprechende Anteil hingegen deutlich unter dem Durchschnitt. In Deutschland, Frankreich (je +6), Luxemburg und Finnland (je +4) ist die Zustimmung zu den Kreditinstituten als Veranstalter einer Informationskampagne deutlich gestiegen, während Irland (-5) das einzige Land ist, in dem diese Zustimmung deutlich gesunken ist. (Tabelle 3.8)

4. Aktuelle politische Themen: Erweiterung

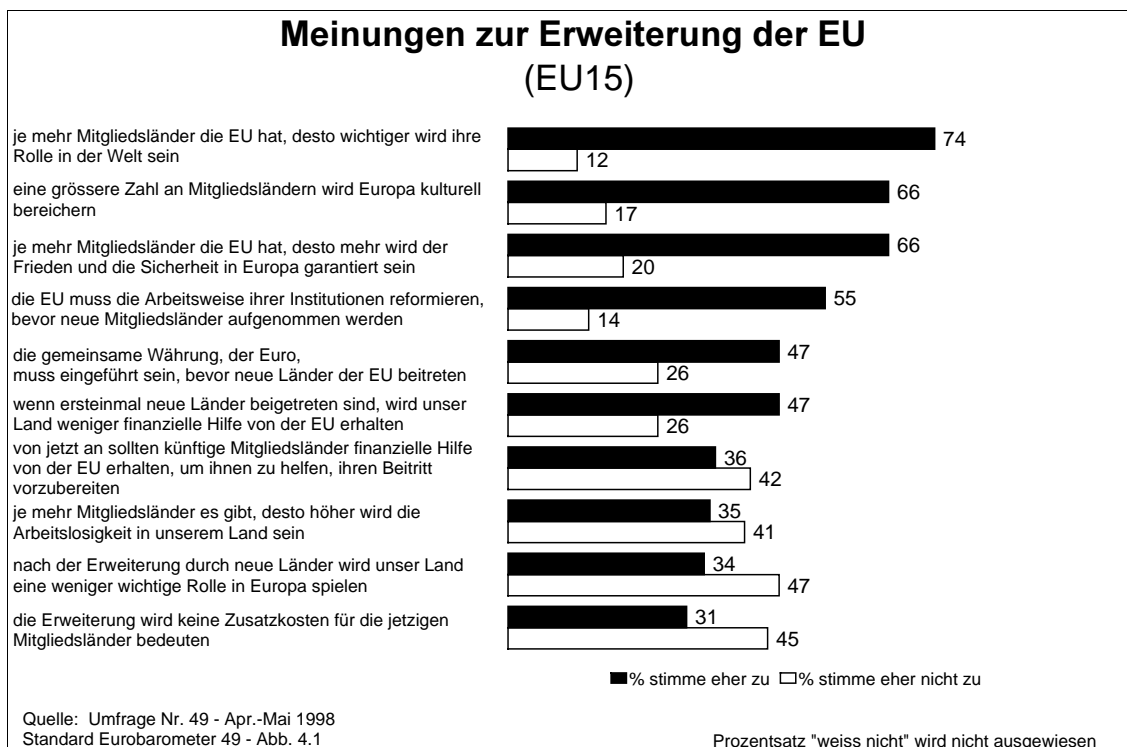
In diesem Kapitel untersuchen wir, wie die Bevölkerung zur Erweiterung der Europäischen Union nach Ost- und Südeuropa¹⁴ steht, die zur Zeit vorbereitet wird. Die Beitrittsverhandlungen mit Zypern, der Tschechischen Republik, Estland, Ungarn, Polen und Slowenien wurden am 31. März 1998 aufgenommen. Darüber hinaus wurden Beitrittspartnerschaften mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und der Slowakei geschlossen, um diese Länder auf die EU-Mitgliedschaft vorzubereiten und sie im Rahmen der Teilnahme an Gemeinschaftsprogrammen mit den Politiken und Verfahren der Europäischen Union vertraut zu machen. Der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Santer, unterstrich in einer Rede vor dem Europäischen Parlament im Juli 1997 die Bedeutung der Erweiterung wie folgt:

„Die Erweiterung ist für Europa ein Unterfangen von historischer Bedeutung; sie ist aber auch eine Chance für Europa, seine Sicherheit, seine Wirtschaft, seine Kultur und seinen Platz in der Welt.“

4.1. Meinungen zur Erweiterung

Der Plan für eine Erweiterung der Europäischen Union, d. h. für den Beitritt von weiteren europäischen Staaten, stößt bei zahlreichen EU-Bürgern auf ein positives Echo. Die Mehrheit der Befragten ist der Auffassung, daß die Europäische Union eine wichtigere Rolle in der Welt spielen wird, wenn ihr mehr Länder angehören (74%); eine Minderheit (34%) glaubt, daß das eigene Land infolge der Erweiterung eine weniger wichtige Rolle spielen wird. 2 von 3 EU-Bürgern sind davon überzeugt, daß eine größere Zahl von Mitgliedsländern eine kulturelle Bereicherung darstellt und eine größere Europäische Union mehr Frieden und Sicherheit garantiert.

¹⁴ Die Erweiterung ist Teil der Agenda 2000. Die Agenda 2000 ist eine Mitteilung der Kommission über die Entwicklung der EU-Politiken und die Beitrittsanträge sowie eine allgemeine Beurteilung der mittelfristigen finanziellen Anforderungen. Mehr Informationen über die Agenda 2000 findet Sie im Internet: <http://europa.eu.int/comm/agenda2000>.



Zahlreiche Europäer machen sich auch die offizielle Meinung zu eigen, daß die Arbeitsweise der europäischen Institutionen reformiert (55%) und die Einführung des Euro abgeschlossen werden muß (47%), ehe neue Länder beitreten können. Die Zustimmung zu dieser letzten Aussage hängt natürlich davon ab, ob die Befragten den Euro überhaupt befürworten. In Ländern mit hoher Zustimmung zum Euro, z. B. Frankreich und Luxemburg, findet die Forderung nach vorheriger Etablierung des Euro mehr Befürworter als in Ländern mit geringer Zustimmung zum Euro, z. B. Schweden, Dänemark und das Vereinigte Königreich.

Trotz der zahlreichen positiven Meinungen zeigen die Umfrageergebnisse, daß die Frage der wirtschaftlichen Folgen der Erweiterung einen erheblichen Teil der Bevölkerung beschäftigt. 45% der EU-Bürger glauben, daß die Erweiterung zusätzliche Kosten für das eigene Land bringen wird. Niederländer (64%), Dänen (63%) und Deutsche (62%) vertreten diese Auffassung in besonderem Maß. Zahlreiche Personen befürchten außerdem, daß die EU-Haushaltsmittel in anderer Weise als bisher verteilt werden: 47% der Befragten gehen davon aus, daß das eigene Land nach dem Beitritt der neuen Länder weniger Finanzhilfe erhalten wird. In Irland (67%), Dänemark, Finnland (je 60%), Portugal (59%) und Griechenland (58%) ist diese Meinung besonders weit verbreitet.

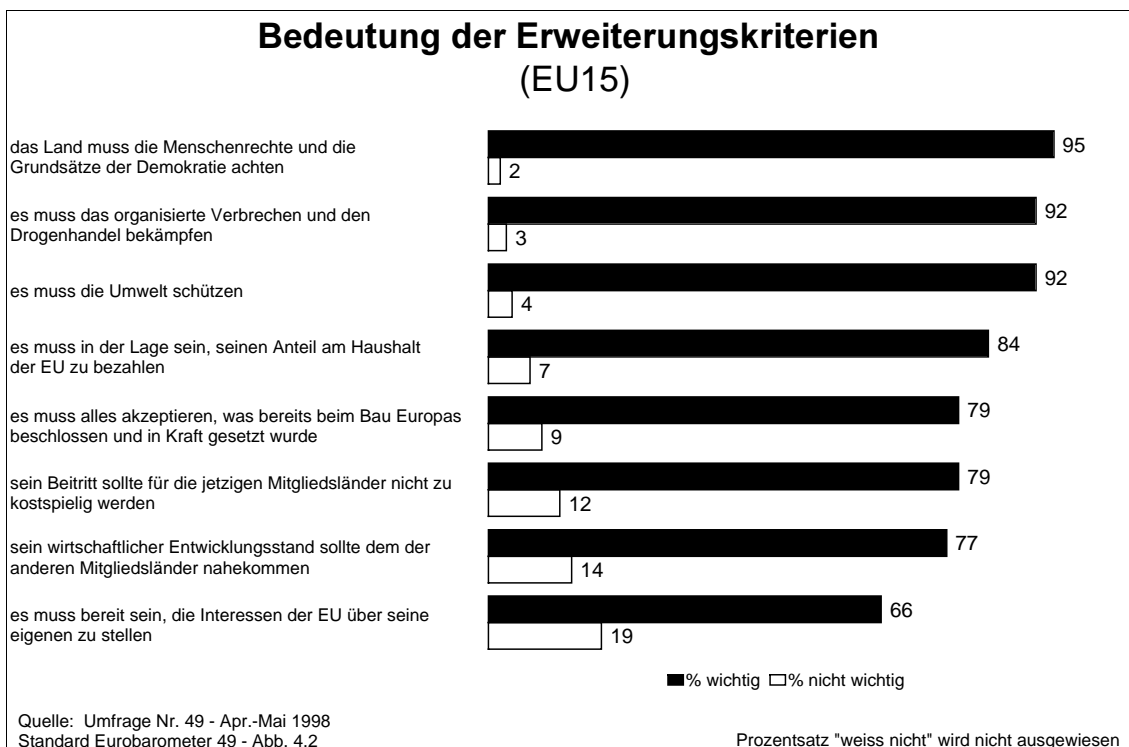
Zahlreiche Personen geben ihrer Besorgnis in wirtschaftlicher Hinsicht auch dadurch Ausdruck, daß sie den künftigen Mitgliedsländern keine finanzielle Unterstützung für die Vorbereitung auf den EU-Beitritt gewähren wollen: nur 36% sprechen sich für eine derartige Unterstützung aus. Griechenland (64%), Irland (52%) und Portugal (50%) bilden eine Ausnahme: in diesen drei Ländern ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung der Ansicht, daß die Bewerberländer finanzielle Unterstützung erhalten sollten, obwohl zahlreiche Befragte davon ausgehen, daß die Erweiterung zu einer Kürzung der Finanzhilfe für das eigene Land führen wird.

Wie die Umfrageergebnisse ferner zeigen, erwarten 35% der Europäer, daß die Erweiterung zu höherer Arbeitslosigkeit führen wird. Diese Befürchtung ist in den Ländern am deutlichsten ausgeprägt, die eine gemeinsame Grenze mit den eventuellen neuen Mitgliedsländern haben, nämlich Österreich (55%), Deutschland und Griechenland (je 48%).

Der Anteil der unentschiedenen Antworten auf alle Aussagen im Zusammenhang mit der Erweiterung ist wie in der Vergangenheit erheblich höher als bei anderen Aspekten der EB-Umfrage. Dies deutet darauf hin, daß die öffentliche Meinung in dieser Hinsicht noch nicht gefestigt ist und sich ändern dürfte, wenn dieses Thema für die Bevölkerung konkretere Gestalt annimmt. (Tabelle 4.1)

4.2. Beitrittskriterien für die Bewerberländer

Obwohl die wirtschaftlichen Aspekte eindeutig eine wichtige Rolle für die EU-Bürger spielen, zeigen die Ergebnisse des Fragenkatalogs zu den Beitrittskriterien für die neuen Länder, daß auch andere Aspekte Beachtung in der Bevölkerung finden. Nach Auffassung der EU-Bürger dürfen die neuen Länder nur dann der Europäischen Union beitreten, wenn sie die Menschenrechte und die Grundsätze der Demokratie wahren (95%), das organisierte Verbrechen bekämpfen und die Umwelt schützen (je 92%). Rund 8 von 10 Europäern sprechen sich dafür aus, daß die neuen Länder in der Lage sein müssen, ihren Anteil am Haushalt der Europäischen Union zu bezahlen, und betrachten die Kosten für den Beitritt der neuen Länder ebenfalls als ein wichtiges Beitrittskriterium.



Die Mehrheit der EU-Bürger ist ferner der Meinung, daß die Bewerberländer alles akzeptieren müssen, was bereits beim Bau Europas beschlossen und in Kraft gesetzt wurde (79%), der wirtschaftliche Entwicklungsstand dieser Länder dem Stand der anderen Mitgliedsländer nahekomen sollte (77%) und diese Länder bereit sein müssen, die Interessen der Europäischen Union über die eigenen Interessen zu stellen (66%).

Die folgende Tabelle zeigt, daß im großen und ganzen die Bevölkerung in Frankreich und Österreich sowie in den Niederlanden diese Kriterien am ehesten für wichtig erachtet, während das Interesse in Dänemark am geringsten ist. Portugal, Spanien und Italien nehmen vor allem deswegen einen Platz unterhalb des EU-Durchschnitts ein, weil ein erheblicher Teil der Befragten in diesen drei Ländern keine Meinung zu diesem Thema äußert. Der letzten Spalte der Tabelle ist außerdem zu entnehmen, daß die geringsten Meinungsdivergenzen hinsichtlich der acht Beitrittskriterien in Luxemburg registriert wurden, während die Streuung in Dänemark, Finnland und Schweden am größten ist.

RANGORDNUNG DER LÄNDER NACH ANTEIL DER BEVÖLKERUNG, DER DIE ERWEITERUNGSKRITERIEN FÜR WICHTIG HÄLT (DURCHSCHNITTL. ANTEIL FÜR 8 KRITERIEN UND STREUUNG ZWISCHEN NIEDRIGSTEM UND HÖCHSTEM PROZENTSATZ)		
Länder	Durchschnittl. Anteil	Streuung
Frankreich	87%	24
Österreich	87%	25
Niederlande	87%	29
Belgien	86%	22
Deutschland	86%	20
Griechenland	85%	28
Irland	83%	22
EU15	83%	29
Luxemburg	82%	16
Vereinigtes Königreich	81%	35
Italien	80%	31
Schweden	80%	58
Spanien	79%	21
Finnland	79%	59
Portugal	78%	22
Dänemark	73%	65

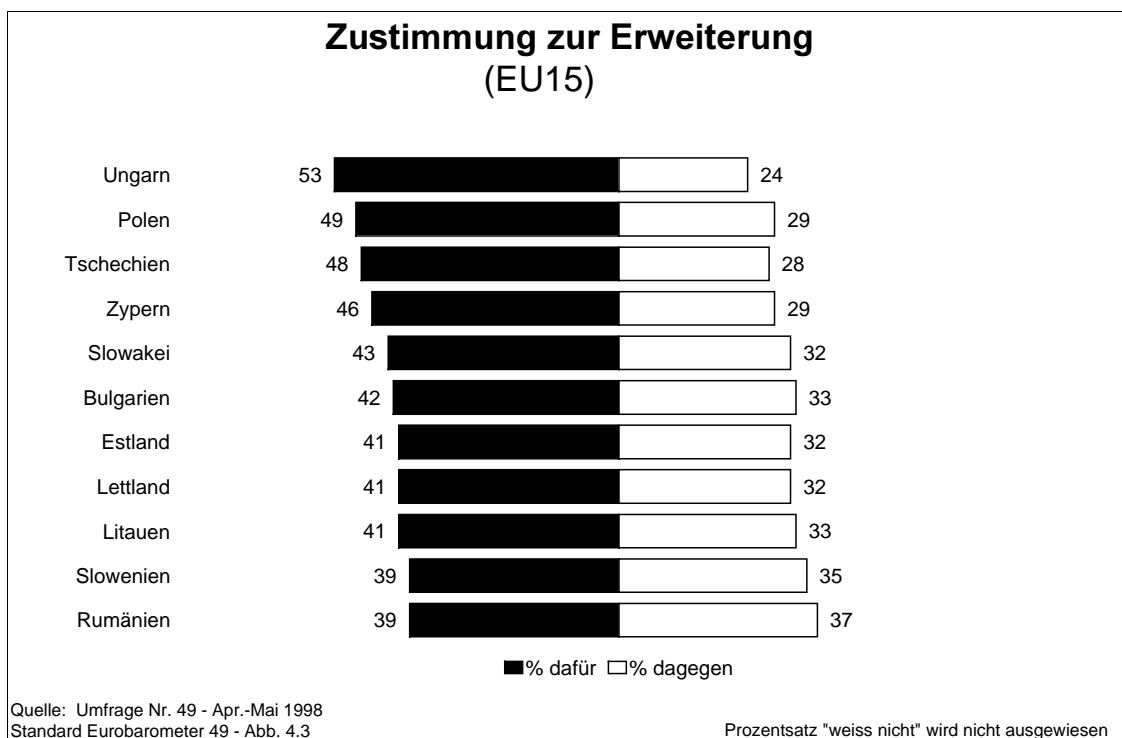
Die folgende Tabelle liefert weitere Informationen zu diesem Aspekt: die Bevölkerung in Dänemark (33%), Finnland (38%) und Schweden (40%) besteht in deutlich geringerem Maß als andere EU-Bürger darauf, daß die Bewerberländer dazu bereit sind, die Interessen der Europäischen Union über ihre eigenen Interessen zu stellen. Während im Durchschnitt 77% der EU-Bürger meinen, daß der wirtschaftliche Entwicklungsstand der Bewerberländer dem Stand der anderen Mitgliedsländer nahekomen sollte, damit sie in die Europäische Union aufgenommen werden können, teilen nur 59% der Dänen und 63% der Schweden diese Ansicht. Dänemark zeichnet sich auch als das einzige Land aus, dessen Bevölkerung in deutlich geringerem Maß als andere EU-Bürger der Meinung ist (54% gegenüber einem EU-Durchschnitt von 79%), daß die Kosten des Beitritts für die vorhandenen Mitgliedsländer ein wichtiges Kriterium sind.

Die Tabelle zeigt ferner, daß die Bevölkerung insgesamt die Beitrittskriterien in stärkerem Maß als bisher für wichtig hält. Seit der Erhebung im Herbst 1997 gewann vor allem die Forderung, daß der wirtschaftliche Entwicklungsstand der Bewerberländer dem Stand der anderen Mitgliedsländer nahekomen sollte, an Bedeutung (+5). Dies gilt insbesondere für Griechenland, Portugal und Spanien. (Siehe auch Tabelle 4.2)

KRITERIEN FÜR DEN EU-BEITRITT ANTEIL DER BEFRAGTEN, DIE DIE EINZELNEN KRITERIEN FÜR WICHTIG HALTEN UND PROZENTUALE VERÄNDERUNG ZWISCHEN HERBST 1997 (EB48) UND FRÜHJAHR 1998 (EB49) FÜR JEDEN MITGLIEDSLAND								
Mitglieds-land	Men-schen-rechte	Wirt. Entwick-lung	Gem. Besitz-stand	Nicht zu teuer	EU-Interes-sen	Bekämp-fung von Krim. & Drogen	Umwelt-schutz	Haus-halts-anteil
B	96% +4	77% +7	89% +9	82% +12	74% +4	93% +1	91% +2	88% +5
DK	98% 0	59% +1	69% 0	54% -7	33% -2	96% 0	98% +1	75% -2
D	95% +1	84% +5	80% +9	85% +1	75% +6	92% +1	92% +1	87% +2
GR	96% -1	82% +11	83% +2	83% +1	68% -1	93% -3	94% -3	84% +4
E	94% +3	74% +9	73% +7	74% +3	63% +4	90% +2	89% +4	76% +8
F	98% +2	79% +5	89% +3	79% +3	74% +5	94% +2	93% +1	86% +1
IRL	94% 0	73% 0	83% +1	79% -2	72% 0	94% -1	93% 0	77% -5
I	94% +2	77% +5	74% +5	77% +3	63% +1	88% -1	89% +4	79% +5
L	90% -6	81% +6	83% +8	74% -5	75% -1	87% -2	86% -6	82% -3
NL	98% 0	76% +5	94% +4	77% +5	69% +3	98% +6	98% +1	89% +4
A	96% +4	87% +2	81% +7	87% +4	71% +7	93% +3	94% +2	88% +1
P	92% +4	70% +10	75% +6	71% +6	64% +4	90% +2	89% +2	74% +5
FIN	97% +1	71% +7	70% +9	81% 0	38% +5	95% 0	94% -1	88% +1
S	98% 0	63% +2	79% -1	75% -2	40% -1	98% +1	98% 0	85% +2
UK	92% +2	71% +3	76% +1	79% 0	57% +2	92% +1	92% +3	85% +3
EU15	95% +2	77% +5	79% +4	79% +2	66% +4	92% +1	92% +2	84% +4

4.3. Zustimmung zur Erweiterung

Nach der Untersuchung der Meinungen zur Erweiterung und zu den Kriterien, die im Zusammenhang mit dem Beitritt neuer Länder für wichtig gehalten werden, soll nun erörtert werden, wie die EU-Bevölkerung dazu steht, daß die elf Bewerberländer Teil der Europäischen Union werden sollen.



Zu jedem der elf Bewerberländer wurde die Frage gestellt, ob die Aufnahme in die Europäische Union befürwortet oder abgelehnt wird. Am höchsten ist die Zustimmung zu Ungarn (53%), Polen (49%), zur Tschechischen Republik (48%) und Zypern (46%), d. h. vier der sechs Länder, mit denen bereits die Beitragsverhandlungen geführt werden. Der Beitritt der beiden anderen "qualifizierten" Länder Estland (41%) und Slowenien (39%) wird von rund 4 von 10 EU-Bürgern befürwortet; dies entspricht weitgehend dem Grad der Zustimmung zu den übrigen fünf Bewerberländern.

RANGORDNUNG DER LÄNDER NACH ANTEIL DER BEVÖLKERUNG, DER DEN BEITRITT DER BEWERBERLÄNDER ZUR EU BEFÜRWORTET (DURCHSCHNITTL. ZUSTIMMUNG ZU DEN 11 BEWERBERLÄNDERN, STREUUNG ZWISCHEN NIEDRIGSTER UND HÖCHSTER ZUSTIMMUNGSRATE, DURCHSCHNITTL. VERÄNDERUNG DER ZUSTIMMUNGSRATEN SEIT HERBST 1997 UND DURCHSCHNITTL. ANTEIL DER UNENTSCHEIDENEN ANTWORTEN)				
Land	Durchschnittl. Anteil der Zustimmung	Streuung	Durchschnittl. Veränderung der Zustimmung (in %)	Durchschnittl. Anteil der unentschiedenen Antworten
Schweden	63%	18	+2	24%
Dänemark	61%	23	0	16%
Niederlande	57%	21	+3	15%
Finnland	56%	26	+6	18%
Griechenland	56%	38	-3	17%
Spanien	54%	6	+9	33%
Italien	47%	10	+6	29%
Portugal	46%	5	+9	35%
EU15	44%	14	+6	25%
Irland	44%	12	+2	36%
Ver. Königreich	43%	16	+5	32%
Luxemburg	38%	9	+6	18%
Deutschland	36%	32	+7	19%
Frankreich	35%	16	+7	22%
Österreich	33%	35	+4	20%
Belgien	32%	7	+6	22%

Die durchschnittliche Zustimmung zu den elf Bewerberländern insgesamt liegt bei 63% in Dänemark und 61% in Schweden. Dies deutet darauf hin, daß die Zustimmung zu jedem einzelnen Bewerberland in diesen beiden Ländern in der Regel am höchsten ist. Die Ausnahmen sind: Ungarn, das am stärksten von der Bevölkerung Finnlands (69%) unterstützt wird; Zypern, das die meiste Unterstützung in Griechenland findet (85%); Bulgarien und Rumänien, die in Griechenland (57% bzw. 56%) und Spanien (56% bzw. 55%) am populärsten sind; Slowenien, das in Spanien (52%) etwas stärker unterstützt wird als in Dänemark (50%) und in Schweden (56%) die meisten Befürworter hat. Im Durchschnitt stimmen weniger als 4 von 10 Befragten in Belgien, Österreich, Frankreich, Deutschland und Luxemburg der EU-Mitgliedschaft der elf Bewerberländer zu. (Siehe auch Tabelle 4.3)

In einer Reihe von Ländern ist die Einstellung gegenüber allen Bewerberländern weitgehend gleich. Dies gilt für Portugal, Spanien, Belgien, Luxemburg und Italien, wo die Unterschiede zwischen den niedrigsten und den höchsten Zustimmungsraten am geringsten sind. In Griechenland, Österreich und Deutschland, wo die Streuung am größten ist, fallen die Einstellungen zu den einzelnen Bewerberländern differenzierter aus.

Die Analyse der durchschnittlichen Veränderung der Zustimmungsraten seit der letzten Umfrage im Herbst 1997 zeigt, daß die Bevölkerung der meisten Länder inzwischen eine positivere Haltung gegenüber dem EU-Beitritt der elf Bewerberländer einnimmt.

Erneut läßt sich feststellen, daß ein erheblicher Teil der EU-Bevölkerung noch keine feste Meinung geformt hat. In einigen Ländern antworteten mehr als 3 von 10 Befragten mit "weiß nicht". Dies läßt darauf schließen, daß sich die Zustimmungsraten ändern könnten, wenn der Erweiterungsprozeß konkrete Gestalt annimmt.

Zum Schluß dieses Kapitels untersuchen wir, wie sich die öffentliche Meinung in den Mitgliedsländern gegenüber den sechs Ländern, mit denen Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurden, seit dem Herbst 1997 verändert hat.

Veränderung der Zustimmung zwischen Herbst 1997 und Frühjahr 1998 für die 6 Bewerberländer, mit denen Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurden (in Prozentpunkten)						
	Zypern	Tschech. Republik	Estland	Ungarn	Polen	Slowenien
B	+7	+6	+7	+5	+6	+4
DK	+3	0	-4	+1	-2	0
D	+5	+7	+7	+6	+8	+6
GR	-3	-4	-5	-3	-2	-3
E	+10	+8	+11	+10	+10	+10
F	+11	+9	+11	+9	+8	+10
IRL	+3	+4	+4	+1	+1	+3
I	+8	+7	+7	+6	+7	+5
L	+2	+5	+4	+9	+7	+6
NL	+5	+5	+4	+3	+4	+1
A	+2	+1	+4	0	+5	+3
P	+8	+7	+11	+9	+6	+10
FIN	+4	+8	+5	+8	+6	+4
S	+4	+5	+1	+3	+1	+5
UK	+3	+7	+4	+4	+2	+5
EU15	+6	+7	+6	+6	+6	+6

Wie aus der Tabelle hervorgeht, wird die EU-Mitgliedschaft der 6 Bewerberländer, mit denen Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurden, gegenwärtig positiver beurteilt als im Herbst 1997. In den meisten Mitgliedsländern hat sich die Zustimmung zu jedem der 6 Bewerberländer erhöht. Die stärkste Zunahme wurde in Spanien, Frankreich (Durchschnitt: +10) und Portugal (Durchschnitt: +9) registriert. Deutliche Zunahmen wurden auch in Belgien, Deutschland, Italien und Finnland ermittelt. In Dänemark und Griechenland ist die Zustimmung zur Mitgliedschaft Estlands zurückgegangen, während die Bevölkerung in Griechenland die Mitgliedschaft der Tschechischen Republik jetzt auch in geringerem Maß unterstützt.

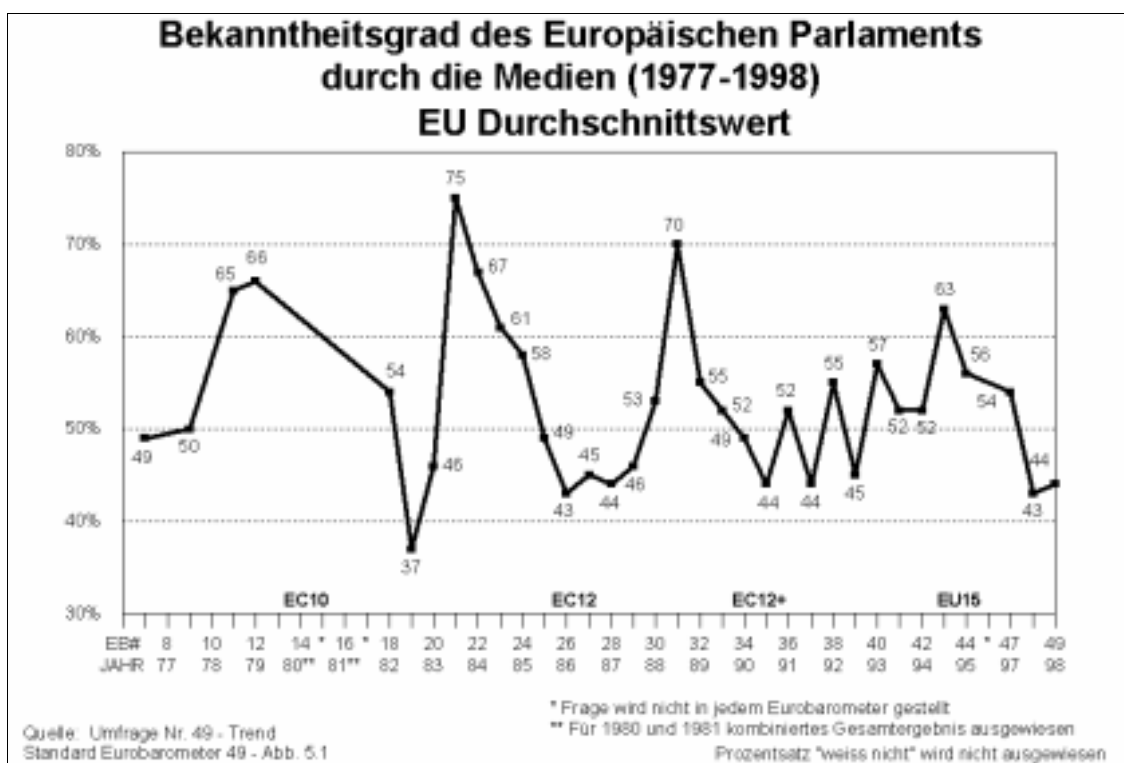
5. Europäisches Parlament

Infolge des Vertrags von Amsterdam teilt sich das Europäische Parlament in den meisten Bereichen der Unionspolitik die Entscheidungsbefugnis mit dem Ministerrat. Diese gestärkte Rolle des Europäischen Parlaments, dessen Abgeordnete in direkter Wahl bestimmt werden, ist eines der Mittel, um die Europäische Union den Bürgern näher zu bringen.

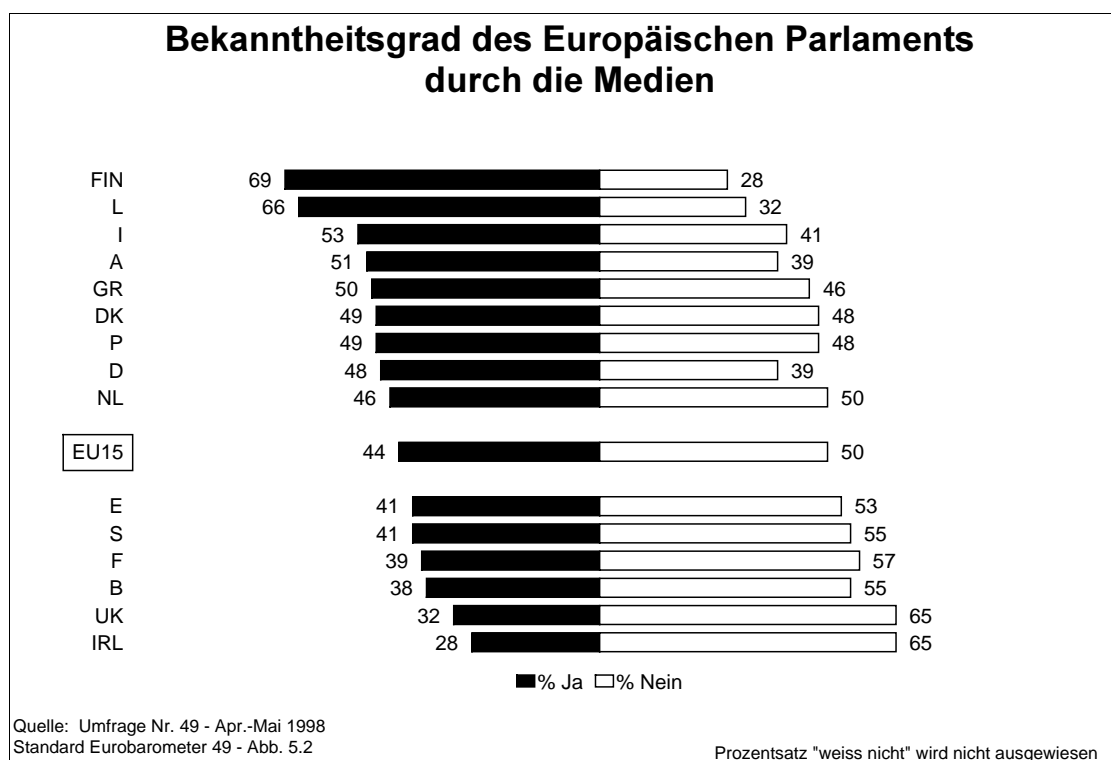
Im vorliegenden Kapitel untersuchen wir den Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments und erörtern, welche Rolle das Parlament nach Meinung der Bevölkerung in der EU einnimmt bzw. einnehmen sollte und inwieweit die Wahlberechtigten beabsichtigen, an den Wahlen im Juni 1999 teilzunehmen. Wir untersuchen außerdem, wie das Europäische Parlament die Interessen der Bürger schützt und was die Prioritäten des Parlaments nach Meinung der Bürger sein sollten.

5.1. Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments durch die Medien

Seit 1977 untersucht das Eurobarometer, inwieweit die Bevölkerung in der Zeitung, im Radio oder im Fernsehen etwas über das Europäische Parlament erfahren hat. Wie im ersten Kapitel dieses Berichts erwähnt wurde, sind diese drei Medien für die meisten Menschen die wichtigste Quelle für Informationen über die Europäische Union. Die Ergebnisse der letzten Erhebungen zeigen, daß 44% der Europäer ihre Informationen über das Europäische Parlament aus den Medien beziehen.



Der Bekanntheitsgrad hängt davon ab, inwieweit die Medien über das Europäische Parlament berichten. Wie das obige Schaubild zeigt, ist der Bekanntheitsgrad am größten, wenn die Berichterstattung am intensivsten ist, z. B. kurz vor oder nach den Wahlen zum Europäischen Parlament. Dies erklärt den relativ niedrigen Bekanntheitsgrad, der in den letzten Erhebungen ermittelt wurde, die viele Jahre nach den Wahlen 1994 bzw. kurz vor Beginn der Wahlkampagne für die Wahlen 1999 durchgeführt wurden. Der Bekanntheitsgrad hängt ferner davon ab, inwieweit die Befragten die Medien für den Bezug von Informationen über die Europäische Union nutzen. Folglich ist der Bekanntheitsgrad in der Regel in den Ländern höher, in denen die entsprechende Mediennutzung deutlicher ausgeprägt ist.



Am bekanntesten ist das Europäische Parlament gegenwärtig in Finnland (69%) und Luxemburg (66%). Mindestens die Hälfte der Bevölkerung in Italien (53%), Österreich (51%) und Griechenland (50%) hat in den Medien ebenfalls etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen. Am niedrigsten ist der Bekanntheitsgrad in Irland (28%) und im Vereinigten Königreich (32%).

Veränderung des Bekanntheitsgrads des EP durch die Medien nach Ländern								
	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I
EB 48 - Herbst 97	48	51	42	55	49	35	33	48
EB 49 - Frühjahr 98	38	49	48	50	41	39	28	53
Veränderung Herbst – Frühjahr	-10	-2	+6	-5	-8	+4	-5	+5

	L	NL	A	P	FIN	S	UK	EU 15
EB 48 - Herbst 97	64	49	51	54	69	42	33	43
EB 49 - Frühjahr 98	66	46	51	49	69	41	32	44
Veränderung Herbst – Frühjahr	+2	-3	0	-5	0	-1	-1	+1

Die Tabelle auf der vorigen Seite zeigt, daß sich der Bekanntheitsgrad seit dem Herbst 1997 in Deutschland (+6), Italien (+5) und Frankreich (+4) deutlich verbessert und in Belgien (-10), Spanien (-8), Griechenland, Irland und Portugal (je -5) deutlich verschlechtert hat. (Siehe auch Tabelle 5.1a)

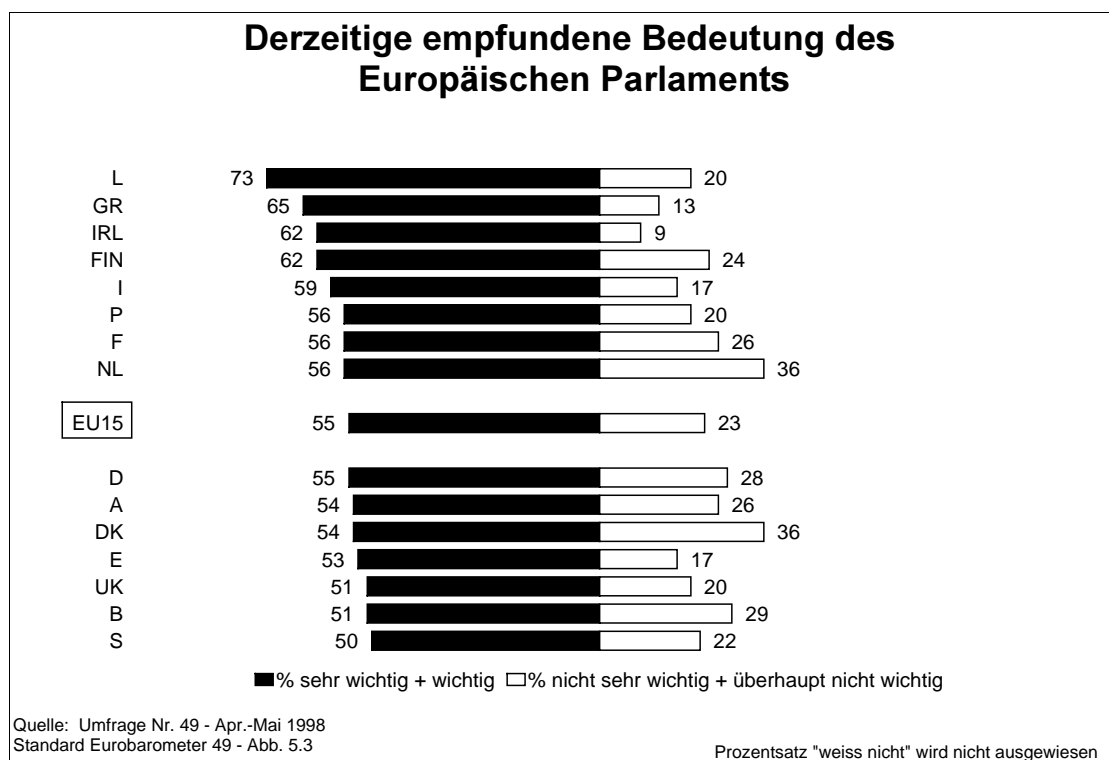
Während auf Länderebene deutliche Veränderungen des Bekanntheitsgrads registriert wurden, zeigt die folgende Tabelle, daß die Unterschiede zwischen den verschiedenen soziodemographischen Gruppen stabiler geblieben sind. Bei Führungskräften (59%), Personen mit langer schulischer Ausbildung (57%), Selbständigen (51%) und Männern (50%) ist das Europäische Parlament am bekanntesten. Am niedrigsten ist der Bekanntheitsgrad bei jungen Menschen (34%), Hausmännern/Hausfrauen (35%), Personen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder früher verlassen haben (36%), Frauen (38%) und Arbeitern (39%).

Bekanntheitsgrad des EP durch die Medien: Veränderung nach Bevölkerungsgruppen							
	Geschlecht		Alter				
	M	F	15-24	25-39	40-54	55+	
EB 48 - Herbst 97	49	38	36	46	49	40	
EB 49 – Frühjahr 98	50	38	34	46	48	44	
Veränderung Herbst – Frühjahr	+1	0	-2	0	-1	+4	
	Haupttätigkeit						
	Selb- ständige	Führungs- kräfte	Ange- stellte	Arbeiter	Haus- frauen/ Haus- männer	Arbeits lose	Rentner
EB 48 Herbst 97	52	59	47	40	34	37	40
EB 49 Frühjahr 98	51	59	49	39	35	40	43
Veränderung Herbst – Frühjahr	-1	0	+2	-1	+1	+3	+3
	Alter bei Bildungsabschluß				Punktzahl auf Kenntnissskala		
	15<	16-19	20+	Noch in Ausbild.	1-3	4-7	8-10
EB 48 Herbst 97	34	43	56	42	29	53	71
EB 49 Frühjahr 98	36	43	57	41	28	53	69
Veränderung Herbst – Frühjahr	+2	0	+1	-1	-1	0	-2

Die Ergebnisse zeigen, daß der Bekanntheitsgrad davon abhängt, wieviel die Befragten nach eigener Einschätzung über die Europäische Union wissen. 69% derjenigen, die auf der Kenntnisskala hohe Werte erzielen, haben in den Medien etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen, während der entsprechende Anteil der Personen mit niedrigen Punktzahlen auf der Kenntnisskala bei lediglich 28% liegt. (Siehe auch Tabelle 5.1b)

5.2. Empfundene und erwünschte Rolle des Europäischen Parlaments

Die EB-Erhebung ermittelt, wie die Stellung des Europäischen Parlaments im Leben der Europäischen Union beurteilt wird. Laut den jüngsten Ergebnissen festigt sich die Meinung, daß das Parlament eine wichtige Rolle spielt: 55% der EU-Bürger teilen diese Auffassung, gegenüber 47% im Herbst 1997. Weniger als ein Viertel der Befragten erklärt, daß das Parlament keine wichtige Rolle spiele, gegenüber 27% im Herbst 1997. Ein bedeutender Teil der Bevölkerung sieht sich außerstande, die Rolle des Parlaments zu beurteilen (22%), doch ist dieser Anteil niedriger als im Herbst 1997, als 26% der Befragten die Bedeutung des Europäischen Parlaments nicht beurteilten.

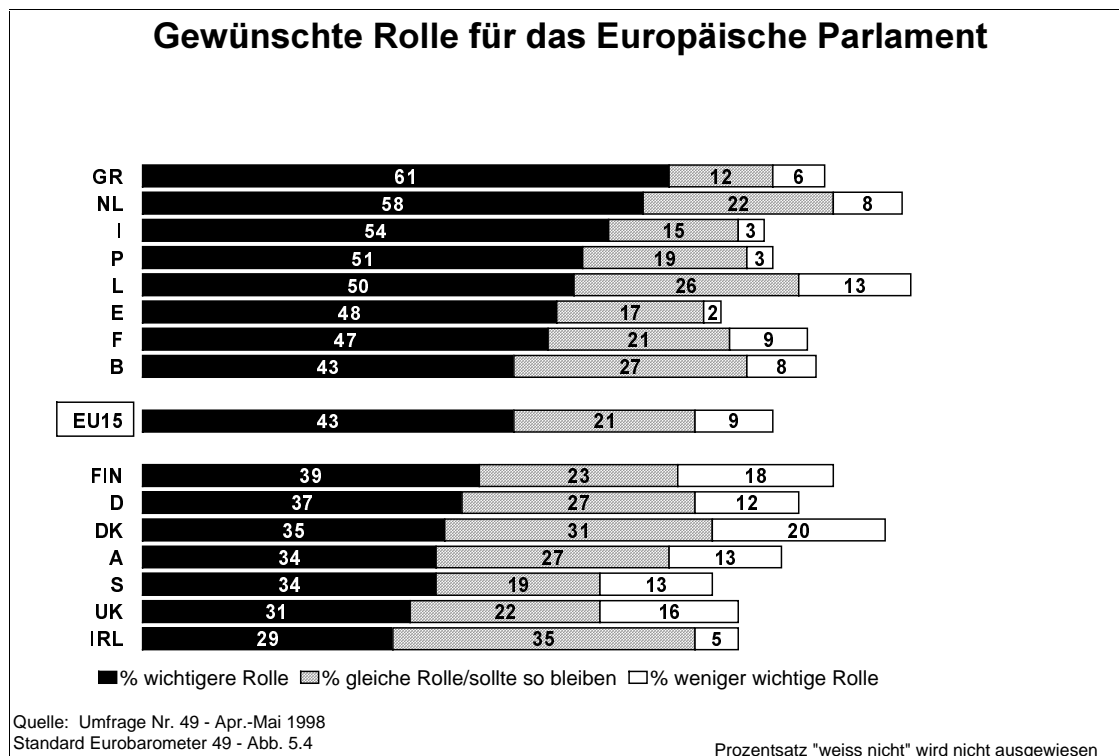


Die Länderanalyse läßt erkennen, daß das Europäische Parlament in den Augen der Mehrheit der Bevölkerung in den einzelnen Mitgliedsländern eine wichtige Rolle spielt. In Luxemburg (73%) wird diese Auffassung am häufigsten vertreten, gefolgt von Griechenland (65%), Irland und Finnland (je 62%). In den Niederlanden und in Dänemark (je 36%) ist der Anteil der Personen, die dem Parlament keine wichtige Rolle zuschreiben, am höchsten; dennoch handelt es sich dabei in beiden Ländern um den Standpunkt einer Minderheit.

In 14 der 15 Mitgliedsländer wird die Rolle des Europäischen Parlaments zur Zeit höher eingestuft als im Herbst 1997. Diese Verbesserung ist in den Niederlanden (+17), in Finnland (+11), Deutschland, Frankreich (je +10) und im Vereinigten Königreich (+9) besonders deutlich. (Tabelle 5.2a)

Die Analyse der demographischen Ergebnisse zeigt, daß die Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen weitgehend durch Unterschiede beim Anteil der unentschiedenen Antworten zu erklären sind. (Tabelle 5.2b)

Fragt man danach, welche Rolle sich die Bevölkerung für das Europäische Parlament erwünscht, so zeigt sich, daß sich 43% der EU-Bürger *persönlich* eine wichtigere Rolle für das Parlament wünschen, als dies zur Zeit der Fall ist, während 21% mit der gegenwärtigen Rolle zufrieden sind. Nur wenige Personen meinen, daß das Parlament eine zu große Rolle spiele: lediglich 9% der Befragten erklären, daß sie sich eine geringere Rolle wünschen, als dies zur Zeit der Fall ist.



In Griechenland (61%) wird eine wichtigere Rolle des Europäischen Parlaments am stärksten befürwortet, gefolgt von den Niederlanden (58%), Italien (54%), Portugal (51%) und Luxemburg (50%). In allen Mitgliedsländern gibt es nur eine Minderheit, die sich für eine weniger wichtige Rolle ausspricht, wobei die Bevölkerung in Dänemark (20%), Finnland (18%) und im Vereinigten Königreich (16%) am ehesten dieser Auffassung zuneigt. In Spanien (2%), Italien und Portugal (je 3%) gibt es hingegen kaum jemanden, der eine weniger wichtige Rolle des Parlaments befürwortet.

In einer Reihe von Mitgliedsländern hat der Anteil der Befragten, die eine wichtigere Rolle des Europäischen Parlaments wünschen, seit dem Herbst 1997 beträchtlich zugenommen. Es handelt sich um Luxemburg (+18), Schweden (+11), das Vereinigte Königreich (+10), Spanien und die Niederlande (je +9). In keinem Mitgliedsland wuchs der Anteil der Personen, die sich für eine weniger wichtige Rolle des Europäischen Parlaments aussprechen.

Der Anteil der unentschiedenen Antworten ist weiterhin hoch und reicht von 11% in Luxemburg bis zu 33% in Spanien und Schweden. (Tabelle 5.3a)

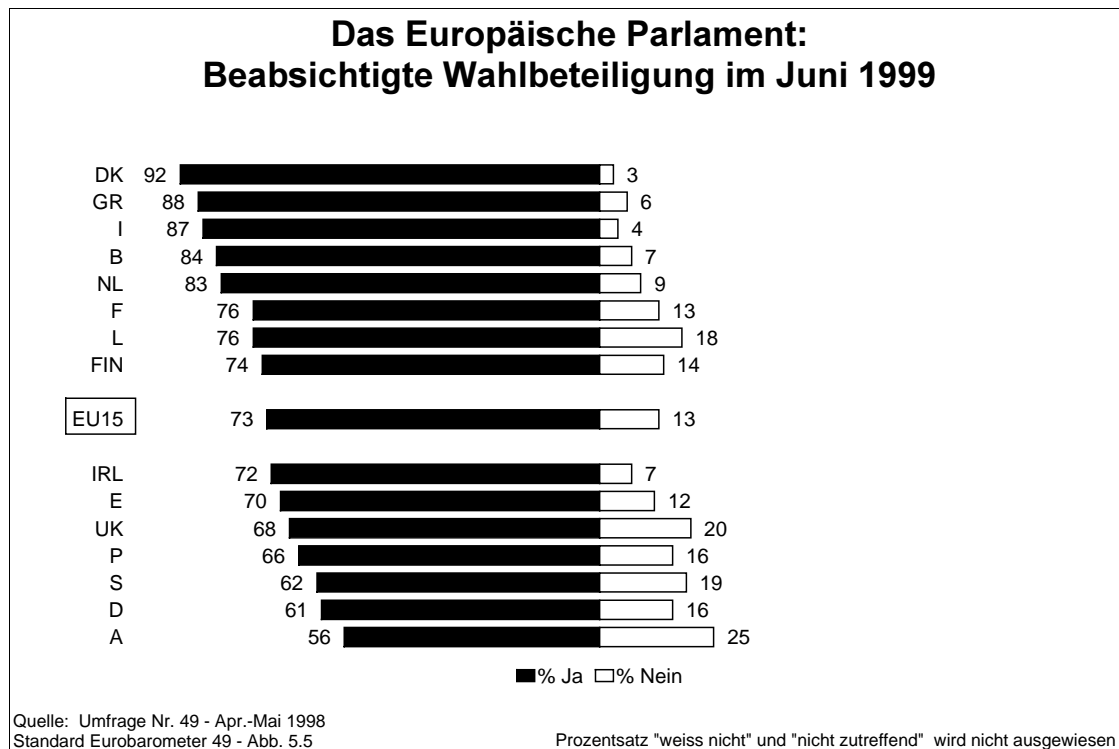
Die Analyse der demographischen Ergebnisse zeigt, daß Männer (48%) in stärkerem Maß als Frauen (39%) eine wichtigere Rolle des Europäischen Parlaments befürworten, als dies gegenwärtig der Fall ist. Personen, die am längsten in der schulischen Ausbildung verblieben sind (55%), teilen diese Auffassung in deutlich größerem Umfang als diejenigen, die die Schule früh verließen (37%). Mindestens die Hälfte der befragten Führungskräfte (54%), Selbständigen (51%) und Angestellten (50%) befürworten eine wichtigere Rolle des Parlaments, verglichen mit nur 38% der Arbeiter und Hausfrauen/Hausmänner. Wie bei der Beurteilung der gegenwärtigen Rolle des Parlaments erklären sich diese Unterschiede durch Differenzen in der Zahl der unentschiedenen Antworten, und es gibt nur sehr geringe Unterschiede bei den einzelnen Bevölkerungsgruppen, was den Anteil der Personen betrifft, die sich für eine weniger wichtige Rolle des Parlaments aussprechen. (Tabelle 5.3b).

Welche Rolle sich die Öffentlichkeit für das Parlament wünscht, hängt in bedeutendem Maß davon ab, wie die Befragten die Europäische Union allgemein beurteilen. Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, befürworten 61% derjenigen, die sich sowohl als Europäer als auch als nationale Staatsangehörige betrachten, eine wichtigere Rolle des Europäischen Parlaments, während nur 26% derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine schlechte Sache halten, diese Meinung teilen.

Befürworter einer wichtigeren Rolle des EP, als zur Zeit der Fall ist (in %)	
Einstellung:	%
Einstufung als Europäer und nationaler Staatsangehöriger	61
EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes ist eine gute Sache	56
Für eine gemeinsame Währung	55
Eigenes Land profitiert von EU-Mitgliedschaft	55
EU15-Durchschnitt	43
Eigenes Land profitiert nicht von EU-Mitgliedschaft	35
Einstufung nur als nationaler Staatsangehöriger	32
Gegen eine gemeinsame Währung	28
EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes ist eine schlechte Sache	26

5.3. Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999

Die nächsten Wahlen zum Europäische Parlament finden im Juni 1999 statt. Mehr als 7 von 10 EU-Bürgern erklären, daß sie an der Wahl teilnehmen wollen. Obwohl Absichtserklärungen nicht immer dem tatsächlichen Verhalten am Wahltag entsprechen, sind diese Ergebnisse ein positives Indiz für das Interesse am Europäischen Parlament. Nur 13% erklären, daß sie nicht wählen werden, und weitere 2% geben an, nicht wahlberechtigt zu sein. 12% wissen noch nicht, ob sie ihre Stimme abgeben werden.



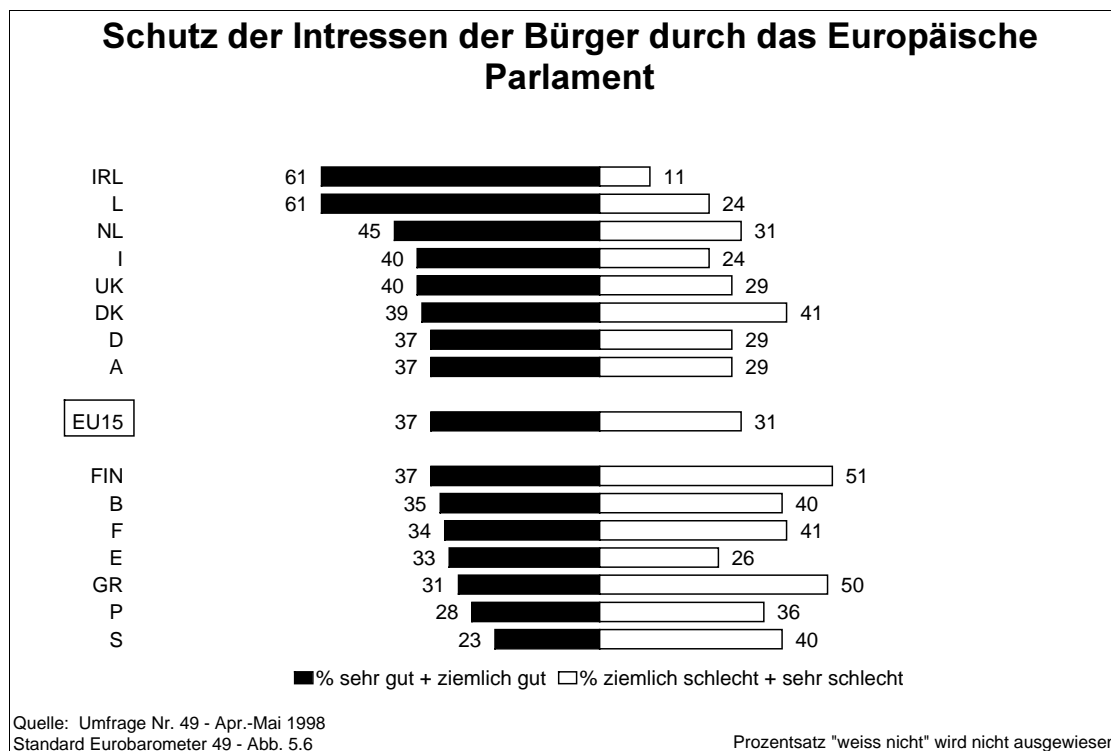
Die Länderanalyse zeigt, daß 92% der Bevölkerung in Dänemark an den Wahlen teilnehmen will. An zweiter Stelle liegen die Länder, in denen Wahlpflicht besteht: Griechenland (88%), Italien (87%) und Belgien (84%). Die Bereitschaft zur Teilnahme an den Wahlen ist ferner in den Niederlanden hoch (83%), wo keine Wahlpflicht besteht. Österreich (56%) ist das einzige Land, in dem weniger als 6 von 10 Befragten an der Wahl teilnehmen wollen.

Eine Analyse der Entwicklung der Wahlbereitschaft seit der letzten Erhebung im Herbst 1997 ergibt sehr hohe Zunahmen in Luxemburg (+10) und in den Niederlanden (+8). In Dänemark, Italien (je +5), Spanien und Portugal (je +4) ist der Anteil der Personen, die an der Wahl teilnehmen wollen, ebenfalls deutlich gestiegen. Griechenland, Österreich und das Vereinigte Königreich (je +4) sind die einzigen Länder, in denen der Anteil der Personen, die nicht wählen wollen, deutlich zugenommen hat. (Tabelle 5.4a)

Die demographische Analyse ergibt keine signifikanten Unterschiede zwischen den Wahlabsichten von Männern und Frauen. Ältere sind deutlich eher bereit, an der Wahl teilzunehmen, als die Mitglieder der Altersgruppe 15-24 Jahre, von denen 9% erklären, daß sie nicht wahlberechtigt sind. Eine Analyse der Haupttätigkeit der Befragten zeigt, daß 83% der Führungskräfte und 80% der Selbständigen an der Wahl teilnehmen wollen. Bei den Arbeitslosen ist die Bereitschaft zur Wahl deutlich niedriger (64%). Das Bildungsniveau ist ein wichtiger Prognosefaktor: 69% derjenigen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder früher verließen, wollen ihre Stimme abgeben, verglichen mit 82% derjenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder später in der schulischen Ausbildung verblieben sind. Die persönliche Einstellung zur EU ist noch aussagekräftiger: 82% derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache halten, wollen an der Wahl teilnehmen, verglichen mit nur 58% derjenigen, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten. (Tabelle 5.4b)

5.4. Schutz der Interessen der Bürger durch das Europäische Parlament

Die EB-Umfrage ermittelt, inwieweit die EU-Bürger der Ansicht sind, daß das Europäische Parlament ihre Interessen schützt. Im Vergleich zur Umfrage vom Herbst 1997 ist eine leichte Verbesserung zu verzeichnen. 37% der Befragten glauben zur Zeit, daß ihre Interessen durch das Europäische Parlament sehr gut oder ziemlich gut geschützt werden; dies ist eine Verbesserung um 3 Prozentpunkte. Hingegen sind 31% der Befragten der Auffassung, daß ihre Interessen ziemlich schlecht oder sehr schlecht geschützt werden, was einem deutlichen Rückgang um 6 Prozentpunkte entspricht. Die übrigen 32% wissen nicht, wie schlecht oder wie gut das Europäische Parlament ihre Interessen schützt.



Die Bevölkerung in Irland und Luxemburg (je 61%) neigt am ehesten zu der Auffassung, daß das Europäische Parlament ihre Interessen schützt. In allen anderen Ländern meint weniger als die Hälfte der Bevölkerung, daß ihre Interessen durch das Europäische Parlament gut geschützt werden.

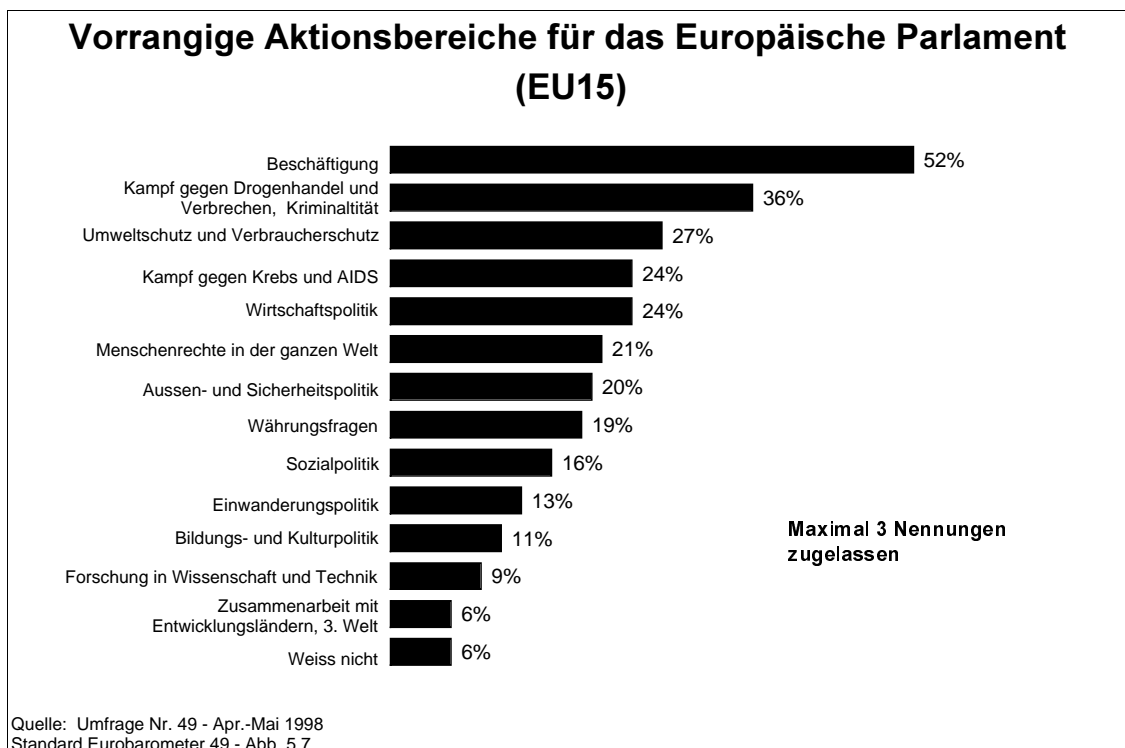
Luxemburg (+8), Deutschland (+7), die Niederlande (+6), Dänemark, Österreich (je +5), Belgien und Frankreich (je +4) sind diejenigen Länder, in denen eine deutliche Verbesserung verzeichnet wurde. Darüber hinaus ist der Anteil der Befragten, die ihre Interessen durch das Parlament nicht geschützt sehen, in Spanien (-8), Italien (-7) und Portugal (-4) deutlich zurückgegangen. Griechenland ist das einzige Land, in dem die Bevölkerung gegenwärtig in verstärktem Maß glaubt, daß das Parlament ihre Interessen nicht gut schützt (-8), während die Befragten in Schweden (+5) nun deutlich eher zu der Auffassung neigen, daß das Parlament ihre Interessen schlecht schützt.

Der Anteil der unentschiedenen Antworten reicht von 12% in Finnland bis zu 41% in Spanien. (Tabelle 5.5a)

Die demographische Analyse ergibt, daß Führungskräfte (48%) am ehesten meinen, daß das Parlament ihre Interessen gut schützt, während Personen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder früher verlassen haben (31%), am seltensten diese Auffassung teilen. Wie in der Vergangenheit sind die Befürworter der Europäischen Union (51%) deutlich positiver eingestellt als die Gegner (15%). (Tabelle 5.5b)

Anhand einer Liste von 13 Politikbereichen sollten die Befragten angeben, welchem Bereich oder welchen Bereichen¹⁵ das Europäische Parlament besondere Aufmerksamkeit schenken sollte, um ihre Interessen zu verteidigen.

Mehr als die Hälfte der Befragten (52%) meinen, daß das Europäische Parlament der **Beschäftigung** besondere Aufmerksamkeit schenken sollte. Dieses Thema wurde somit am häufigsten gewählt. An zweiter Stelle folgt der **Kampf gegen Drogenhandel und Kriminalität**, für den sich 36% der Befragten entschieden. Beinahe 3 von 10 Befragten sind der Ansicht, das Parlament solle sich vor allem auf den **Umweltschutz und den Verbraucherschutz** konzentrieren (27%), und beinahe ein Viertel meint, daß der **Kampf gegen Krebs und AIDS** und die **Wirtschaftspolitik** (je 24%) höchste Aufmerksamkeit verdienen.



Die Bürger neigen in deutlich geringerem Maß zu der Auffassung, das Parlament solle sich vor allem mit Bereichen befassen, die sie nicht unmittelbar angehen, wie Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern (6%) und Forschung in Wissenschaft und Technik (9%). Bereiche, die nach Auffassung vieler Bürger Sache der nationalen Regierungen sind, wie Bildungs- und Kulturpolitik (11%), werden ebenfalls in geringerem Umfang als eine Priorität des Europäischen Parlaments angesehen¹⁶.

Die folgende Tabelle zeigt, daß die **Beschäftigung** in 10 Mitgliedsländern an erster Stelle liegt. Die Bevölkerung in Belgien (64%), Frankreich (63%) und Italien (60%) neigt am ehesten dazu, diesen Bereich als ein vorrangiges Anliegen des Europäischen Parlaments einzustufen. Im Vereinigten Königreich (44%), in Schweden (40%) und in den Niederlanden (38%) liegt die Beschäftigung an zweiter Stelle und in Luxemburg an dritter Stelle (33%). Dänemark (22%) ist das einzige Land, in dem die Beschäftigung nicht auf einem der ersten vier Plätze landet.

Der **Kampf gegen Drogenhandel und Kriminalität** liegt in allen Mitgliedsländern auf einem der ersten vier Plätze und führt die Rangliste in Schweden (53%) und im Vereinigten Königreich (45%) an. In Irland (49%), Dänemark (42%) und Deutschland (41%) liegt dieses Thema an zweiter Stelle. Die Befragten in Spanien (24%) und Italien (29%) sprechen sich am seltensten dafür aus, daß das Europäische Parlament diesem Thema besondere Aufmerksamkeit schenken soll.

¹⁵ Die Befragten konnten höchstens drei Bereiche angeben.

¹⁶ Siehe Kapitel 2.4.

Umweltschutz und Verbraucherschutz führen die Liste in Dänemark (55%) und in den Niederlanden (39%) an und liegen in allen Ländern mit Ausnahme von Portugal (21%), Griechenland (22%), Irland (25%) und Deutschland (28%) auf einem der ersten vier Plätze. Selbst in diesen vier Ländern sind immer noch mehr als 2 von 10 Befragten der Ansicht, daß dieses Thema besondere Aufmerksamkeit verdient.

Der **Kampf gegen Krebs und AIDS** liegt in 7 Mitgliedsländern auf einem der ersten vier Plätze. Die Bevölkerung in Portugal (34%) und Belgien (30%) entscheidet sich am häufigsten für dieses Thema, während Deutschland (18%) und Finnland (19%) die einzigen beiden Länder sind, in denen weniger als 2 von 10 Befragten diesen Bereich als eine vorrangige Aufgabe einstufen.

Die **Wirtschaftspolitik** liegt in Griechenland (38%), Deutschland (30%) und Frankreich (24%) auf einem der ersten vier Plätze. Obwohl dieses Thema in Österreich (24%), Belgien und Italien (je 23%) nicht auf einen der ersten vier Plätze vordringt, betrachtet es beinahe ein Viertel der Bevölkerung in diesen Ländern als eine vorrangige Aufgabe. In Luxemburg, Portugal (je 11%) und Dänemark (13%) wird am wenigsten erwartet, daß das Europäische Parlament diesem Bereich besondere Aufmerksamkeit schenkt.

Die Wahrung der **Menschenrechte in der ganzen Welt** zählt in Schweden (39%), Dänemark (34%) und in den Niederlanden (30%) zu den vier wichtigsten Bereichen. In Belgien (13%), Österreich und Portugal (je 14%) wird dieses Thema am seltensten als eine vorrangige Aufgabe des Europäischen Parlaments angesehen.

Die **Außen- und Sicherheitspolitik** zählt in Griechenland (39%), Finnland (30%), Österreich (29%) und Deutschland (28%) zu den vier wichtigsten Bereichen. Am seltensten wird das Thema als eine vorrangige Aufgabe in Portugal (5%), Belgien (9%) und Irland (10%) eingestuft.

Währungsfragen sind der am häufigsten gewählte Aktionsbereich in Luxemburg (38%). Dieses Thema liegt auch in Irland (26%) und Portugal (21%) auf einem der ersten vier Plätze. Obwohl es in Deutschland (24%), Spanien (22%) und Frankreich (21%) nicht auf einen der ersten vier Plätze vordringt, betrachten mehr als 2 von 10 Befragten in diesen Ländern diesen Bereich als eine vorrangige Aufgabe. In Dänemark (5%), Schweden (8%) und Finnland (9%) wird diese Ansicht am seltensten vertreten.

VORRANGIGE AKTIONSBEREICHE FÜR DAS EP NACH MITGLIEDSLÄNDERN			
Belgien		Luxemburg	
Beschäftigung	64	Währungsfragen	38
Drogen und Kriminalität	37	Drogen und Kriminalität	36
AIDS/Krebs	30	Beschäftigung	33
Umwelt/Verbraucher	25	Umwelt/Verbraucher	28
Dänemark		Niederlande	
Umwelt/Verbraucher	55	Umwelt/Verbraucher	39
Drogen und Kriminalität	42	Beschäftigung	38
Menschenrechte	34	Drogen und Kriminalität	36
AIDS/Krebs	28	Menschenrechte	30
Deutschland		Österreich	
Beschäftigung	47	Beschäftigung	52
Drogen und Kriminalität	41	Drogen und Kriminalität	37
Wirtschaftspolitik	30	Außen- und Sicherheitspolitik	29
Außen- und Sicherheitspolitik	28	Umwelt/Verbraucher	25
Griechenland		Portugal	
Beschäftigung	40	Beschäftigung	55
Außen- und Sicherheitspolitik	39	Drogen und Kriminalität	40
Wirtschaftspolitik	38	AIDS/Krebs	34
Drogen und Kriminalität	33	Währungsfragen	21
Spanien		Finnland	
Beschäftigung	58	Beschäftigung	59
Umwelt/Verbraucher	25	Drogen und Kriminalität	38
AIDS/Krebs	25	Außen- und Sicherheitspolitik	30
Drogen und Kriminalität	24	Umwelt/Verbraucher	27
Frankreich		Schweden	
Beschäftigung	63	Drogen und Kriminalität	53
Drogen und Kriminalität	32	Beschäftigung	40
Umwelt/Verbraucher	26	Menschenrechte	39
Wirtschaftspolitik	24	Umwelt/Verbraucher	38
Irland		Vereinigtes Königreich	
Beschäftigung	55	Drogen und Kriminalität	45
Drogen und Kriminalität	49	Beschäftigung	44
AIDS/Krebs	29	AIDS/Krebs	27
Währungsfragen	26	Umwelt/Verbraucher	25
Italien			
Beschäftigung	60		
AIDS/Krebs	29		
Drogen und Kriminalität	29		
Umwelt/Verbraucher	26		

Die folgende Tabelle enthält die Bereiche, die in den 15 Mitgliedsländern am seltensten genannt wurden.

BEREICHE MIT GERINGER PRIORITÄT FÜR DAS EP NACH MITGLIEDSLÄNDERN			
Belgien		Luxemburg	
Dritte Welt	4	Dritte Welt	4
Außen- & Sicherheitspolitik	9	Forschung	4
Dänemark		Niederlande	
Währungsfragen	5	Dritte Welt	8
Bildungs- und Kulturpolitik	9	Einwanderungspolitik	8
Deutschland		Österreich	
Dritte Welt	5	Forschung	6
Bildungs- und Kulturpolitik	5	Bildungs- und Kulturpolitik	6
Griechenland		Portugal	
Einwanderungspolitik	2	Einwanderungspolitik	2
Dritte Welt	4	Forschung	3
Spanien		Finnland	
Einwanderungspolitik	4	Dritte Welt	4
Dritte Welt	5	Einwanderungspolitik	5
Frankreich		Schweden	
Dritte Welt	6	Dritte Welt	7
Bildungs- und Kulturpolitik	9	Währungsfragen	8
Irland		Vereinigtes Königreich	
Einwanderungspolitik	4	Dritte Welt	6
Dritte Welt	5	Forschung	9
Italien			
Einwanderungspolitik	7		
Dritte Welt	9		

Die **Dritte Welt** wird in 8 der 15 Mitgliedsländer am seltensten als vorrangiger Aktionsbereich gewählt und liegt in weiteren 3 Ländern auf dem vorletzten Platz. Dänemark (14%) ist das einzige Land, in dem mehr als jeder Zehnte meint, daß das EP diesem Bereich besondere Aufmerksamkeit widmen sollte.

Die **Einwanderungspolitik** wird in Griechenland, Portugal (je 2%), Spanien, Irland (je 4%) und Italien (7%) am seltensten genannt und liegt in Finnland (5%) und Niederlande (8%) auf dem vorletzten Platz. In einigen Ländern - insbesondere Deutschland (24%) und Österreich (19%) - sind jedoch bedeutend mehr Menschen der Ansicht, daß das EP diesem Bereich besondere Aufmerksamkeit schenken sollte.

Die **Bildungs- und Kulturpolitik** liegt in Deutschland (5%), Österreich (6%), Dänemark und Frankreich (je 9%) auf dem vorletzten Platz. In Spanien und Italien sprechen sich nur 9% der Befragten für diesen Bereich aus. Im Vereinigten Königreich (22%), in Griechenland (17%) und in den Niederlanden (16%) stufen bedeutend mehr Personen diesen Bereich als vorrangige Aufgabe des EP ein.

Währungsfragen liegen in Dänemark (5%) und in Schweden (8%) an letzter bzw. vorletzter Stelle; diese beiden Länder werden den Euro im Januar 1999 nicht einführen. In Griechenland (17%) und im Vereinigten Königreich (15%) - den anderen beiden nicht teilnehmenden Mitgliedsländern - ist die Bevölkerung etwas stärker daran interessiert, daß das EP diesem Bereich besondere Aufmerksamkeit schenkt. In den meisten Euro-11-Ländern wird diese Ansicht bedeutend öfter vertreten. (Siehe auch Tabelle 5.6)

6. Allgemeine Lebenszufriedenheit und Zukunftserwartungen der Europäer

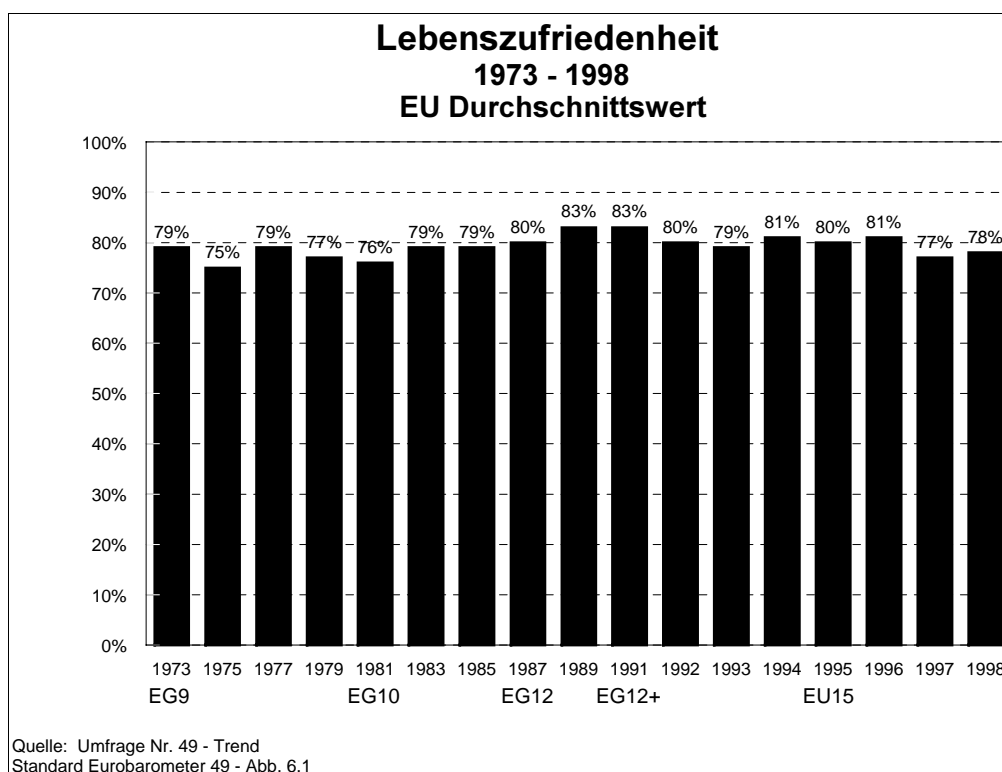
Das letzte Kapitel dieses EB-Berichts befaßt sich mit der allgemeinen Lebenszufriedenheit der Europäer und wirft mit der Beschreibung der Einstellungen zum 21. Jahrhundert einen Blick in die Zukunft.

6.1. Beurteilung des privaten und öffentlichen Lebens

Zufriedenheit mit dem Leben

Seit Beginn der Eurobarometer-Erhebungen im Jahr 1973 wird regelmäßig die Frage gestellt, ob die Europäer mit ihrem Leben zufrieden sind. Diese Frage soll die allgemeine Lebenseinstellung der Menschen in der Europäischen Union ermitteln. Im wesentlichen sollen die Umfrageteilnehmer angeben, wie sie verschiedene Aspekte ihres Lebens beurteilen. Dies reicht von ihrer persönlichen Zufriedenheit über die Gesundheit, die Familie und die wirtschaftliche Situation bis zur Meinung über die Gesellschaft im allgemeinen.

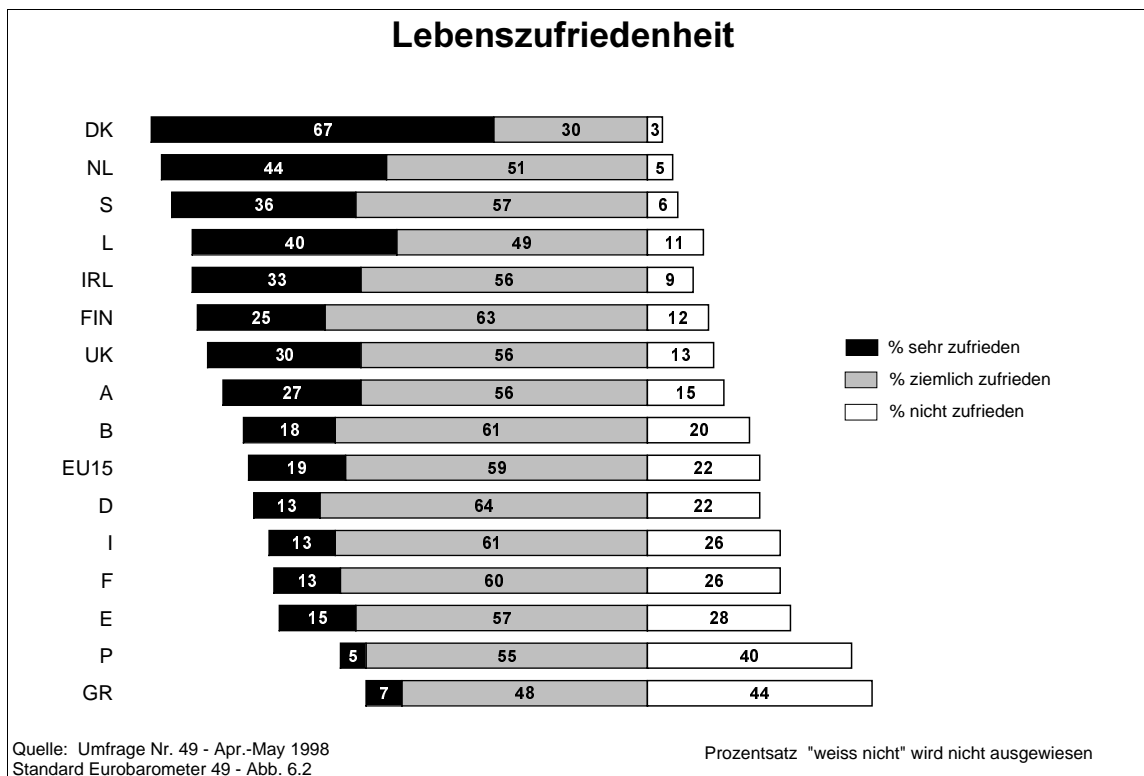
Während der letzten 25 Jahre war die überwiegende Mehrheit der Europäer¹⁷ mit dem eigenen Leben sehr oder ziemlich zufrieden. Wie das folgende Schaubild zeigt, beurteilen durchschnittlich mindestens 75% der Befragten ihre persönliche Situation positiv, wenn diese Frage gestellt wurde.



Obwohl es insgesamt sehr wenig Veränderung beim Grad der Zufriedenheit gegeben hat, war die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben in manchen Jahren höher als in anderen. Besondere Zufriedenheit herrschte Ende der achtziger Jahre und Anfang der neunziger Jahre, während im Jahr 1975, als sich die Folgen der Ölkrise bemerkbar machten, ein Tiefpunkt erreicht wurde.

¹⁷ Dies umfaßt die 9 EG-Länder bis 1980, die 10 EG-Länder von 1981 bis 1985, die 12 EG/EU-Länder von 1986 bis 1994 und die 15 EU-Länder ab 1995.

Das folgende Schaubild läßt erkennen, daß sich hinter der gegenwärtigen Zufriedenheitsrate von 78% für die EU insgesamt sehr große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsländern verbergen.



Die Bevölkerung Dänemarks (97%) ist mit Abstand am deutlichsten mit dem eigenen Leben zufrieden. Dänemark ist das einzige Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung sehr zufrieden ist (67%). Hohe Zufriedenheitsraten finden sich auch in den Niederlanden (95%) sowie in Schweden (93%), Luxemburg, Irland (je 89%) und Finnland (88%). Zu den weiteren Ländern mit überdurchschnittlich hohen Zufriedenheitsraten zählen das Vereinigte Königreich (86%), Österreich (83%) und Belgien (79%). Am niedrigsten sind die Zufriedenheitsraten in Griechenland (55%) und Portugal (60%). Dennoch ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung in diesen beiden Ländern mit dem eigenen Leben zufrieden.

Gegenüber dem vergangenen Jahr haben sich die Zufriedenheitsraten in Deutschland (+6) deutlich verbessert. In Dänemark (+5) und Österreich (+4) gibt es nun mehr Leute, die sehr zufrieden sind, während der Anteil der Personen, die nicht zufrieden sind, unverändert ist. In Irland (-9) und Schweden (-7) gibt es nun weniger Personen, die nicht sehr zufrieden sind. Statt dessen entschieden sich mehr Befragte in beiden Ländern (+7 bzw. +4) diesmal für die Antwort: 'ziemlich zufrieden'. Die einzigen beiden Länder, in denen die Zufriedenheitsraten deutlich zurückgingen, sind Griechenland (-9), Spanien (-6) und Luxemburg (-5). Ferner wird in Portugal nun häufiger die Antwort gegeben (+5), daß man 'nicht sehr zufrieden' sei, obwohl der Rückgang der Zufriedenheitsraten (-3) zu klein ist, um statistisch signifikant zu sein. (Tabelle 6.1a)

Die demographische Analyse zeigt, daß Männer (78%) und Frauen (77%) zu gleichen Teilen mit dem eigenen Leben zufrieden sind. Es gibt auch keine signifikanten Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen. Bei den verschiedenen Berufskategorien sind die Unterschiede deutlicher ausgeprägt: Führungskräfte (87%) sind deutlich zufriedener als Personen in anderen Berufen. Die Arbeitslosen (58%) sind am unzufriedensten. Das Bildungsniveau ist ebenfalls ein wichtiger Faktor, denn Personen, die sich noch in Schule oder Studium befinden (83%), oder Personen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder länger in der Ausbildung blieben (82%), sind eher zufrieden als Personen, die die Schule im Alter von 16-19 Jahren (77%) oder im Alter von 15 Jahren oder früher verlassen haben (72%).

Die Analyse zeigt ferner, daß 83% der Befürworter der Europäischen Union, zu denen überdurchschnittlich viele Führungskräfte und Personen mit Erwerb des Bildungsabschlusses im Alter von 20 Jahren oder später zählen, zufrieden sind, gegenüber 70% derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine schlechte Sache halten. (Tabelle 6.1b)

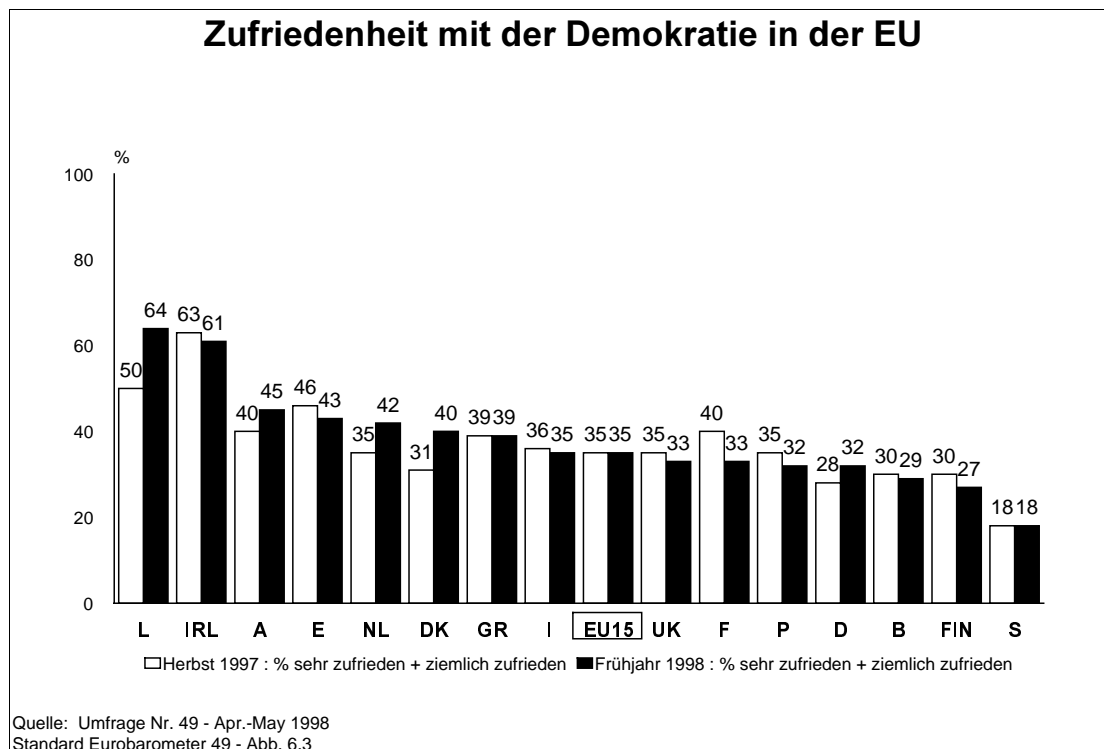
Zufriedenheit mit der Demokratie

Die EB-Umfrage liefert Informationen darüber, wie zufrieden die Menschen mit der Arbeitsweise der Demokratie im eigenen Land und in der Europäischen Union sind.

Das demokratische Defizit wird in zahlreichen westlichen Gesellschaften häufig beklagt. Aufgrund der Verbesserungen des Bildungsniveaus, der erhöhten Kontakte mit den Medien und der zunehmenden Bedeutung der Politik für das Alltagsleben ist die politische Sensibilisierung der europäischen Bevölkerung in der Nachkriegszeit deutlich gestiegen. Infolgedessen stellen die Menschen trotz des demokratischen Defizits ständig höhere Anforderungen an die demokratischen Normen des staatlichen Systems.

Die Ergebnisse zeigen, daß 47% der EU-Bürger zur Zeit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in ihrem Land funktioniert, zufrieden sind. Unter Berücksichtigung der gesteigerten Erwartung der Bevölkerung kann man daraus schließen, daß die Zufriedenheitsrate gegenwärtig besser ist als im Jahr 1973, als diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde, selbst wenn sich zu jener Zeit der gleiche Anteil der Bevölkerung als zufrieden bezeichnete (48%). (Tabellen 6.2a+b)

Dieselben Überlegungen können angewendet werden, wenn es um die Analyse der Zufriedenheit der Bevölkerung im Hinblick auf die Art und Weise geht, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert. Hierbei muß jedoch als zusätzlicher Faktor berücksichtigt werden, daß die Bevölkerung eher die Existenz der Europäischen Union in Frage stellt als die Existenz der eigenen nationalen Regierung. Wie wir im folgenden sehen werden, beeinflußt diese Haltung deutlich die Einstellung gegenüber der Demokratie in der Europäischen Union. So zeigt sich, daß durchschnittlich 35% der EU-Bevölkerung mit der Art und Weise zufrieden sind, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert; in dieser Zahl sind die Meinungen derjenigen enthalten, die die Existenz der EU von vornherein ablehnen.



Die nationalen Ergebnisse zeigen, daß die Bevölkerung Luxemburgs am zufriedensten mit der Arbeitsweise in der Europäischen Union ist (64%); der Anteil der zufriedenen Luxemburger ist gegenwärtig deutlich höher als im Herbst 1997 (+14). In Irland sind die Zufriedenheitsraten stabil geblieben: mehr als 6 von 10 Befragten äußerten sich sowohl im Herbst 1997 als auch im Frühjahr 1998 positiv. Abgesehen von Luxemburg wurden deutliche Verbesserungen der allgemeinen Zufriedenheit auch in Dänemark (+8), in den Niederlanden (+7) sowie in Österreich (+5) und Deutschland (+4) registriert. Am niedrigsten sind die Zufriedenheitsraten wie in der Vergangenheit in Schweden (18%), mit weitem Abstand gefolgt von Finnland (27%) und Belgien (29%). In Belgien ist die Bevölkerung allgemein mit der Demokratie unzufrieden und macht kaum Unterschiede zwischen dem eigenen Land und der EU. In Finnland und insbesondere in Schweden spiegelt sich die allgemein skeptische Einstellung gegenüber der Europäischen Union auch in der Einstellung gegenüber den demokratischen Funktionen wider. (Tabelle 6.3a)

Als nächstes betrachten wir die Frage, wie die Zufriedenheitsraten im Hinblick auf die Demokratie in der EU von den verschiedenen Bevölkerungsgruppen abhängen. Es zeigt sich, daß 36% der Männer und 34% der Frauen zufrieden sind. Allerdings neigen die Männer in stärkerem Maß als die Frauen zu der Feststellung, daß sie nicht zufrieden sind, während die Frauen eher erklären, daß sie keine Meinung haben. Die jüngeren Europäer (38% in der Altersgruppe 15-24 Jahre) sind mit der Arbeitsweise der Demokratie in der EU zufriedener als die älteren Europäer und insbesondere die Rentner (28%). Signifikante Unterschiede gibt es im Hinblick auf die verschiedenen Bildungsabschlüsse, wobei höhere Zufriedenheitsraten bei denjenigen registriert wurden, die am längsten in der Ausbildung verblieben sind (39%), als bei denjenigen, die die Schule im frühen Alter verließen (30%). Personen, die sich noch im Studium oder in der Schule befinden, sind besonders positiv eingestellt (42%). Führungskräfte (41%) und Angestellte (39%) sind zufriedener als Selbständige (35%) oder Arbeiter (34%), während die Arbeitslosen am wenigsten zufrieden sind (26%).

Wie bereits erwähnt wurde, ist die Einstellung zur Europäischen Union im allgemeinen eng mit der Beurteilung der Arbeitsweise der Demokratie verbunden: 47% derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache halten, sind mit der Demokratie zufrieden, gegenüber nur 13% derjenigen, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten. (Tabelle 6.3b)

Außerdem zeigen die Ergebnisse, daß die Zufriedenheit mit der Arbeitsweise der Demokratie auf nationaler oder europäischer Ebene davon abhängt, wie die Menschen ihre persönliche Situation beurteilen.

Anteil der Befragten, die mit der Arbeitsweise der Demokratie zufrieden sind (in %) - nach Zufriedenheit mit dem persönlichen Leben (EU15)		
	Personen, die mit ihrem Leben allgemein zufrieden sind	Personen, die mit ihrem Leben allgemein nicht zufrieden sind
Zufrieden mit der nationalen Demokratie	55	43
Zufrieden mit der Demokratie auf EU-Ebene	40	17

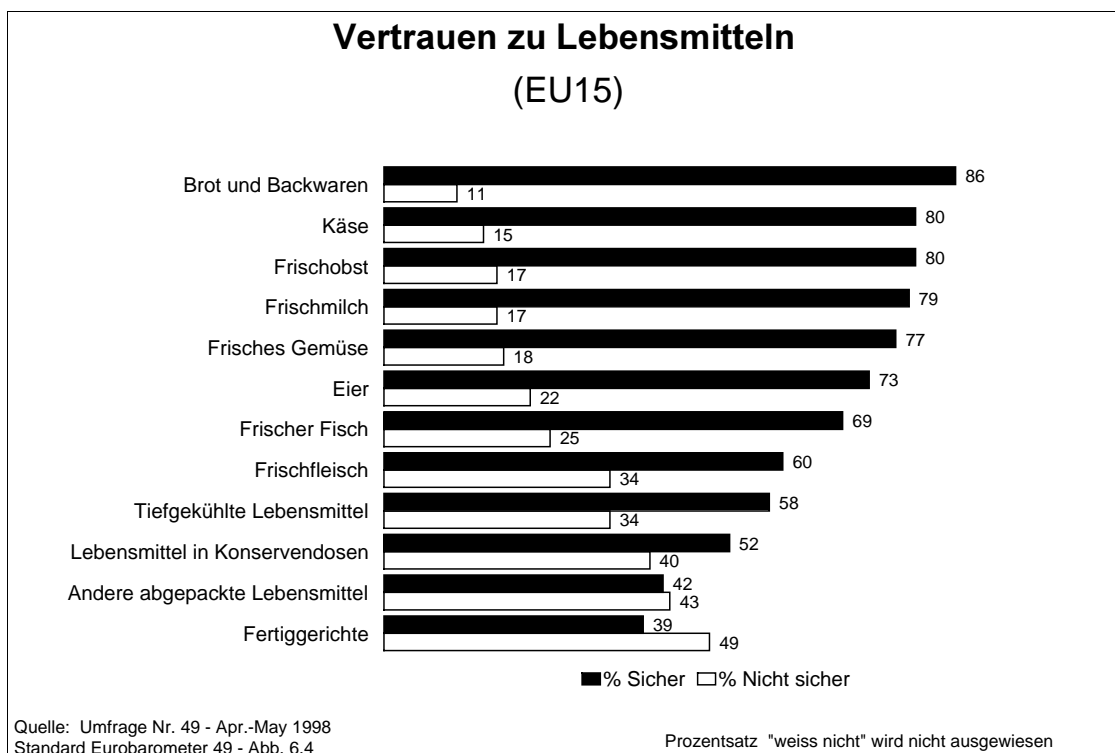
Wie die obige Tabelle zeigt, sind Personen, die mit ihrem Leben allgemein zufrieden sind, eher mit der Arbeitsweise der Demokratie zufrieden als Personen, die mit ihrem Leben nicht zufrieden sind.

6.2. Besondere Anliegen am Ende des 20. Jahrhunderts

Im folgenden Abschnitt untersuchen wir, was die Europäer an der Schwelle zum neuen Jahrtausend bewegt.

Vertrauen in die Sicherheit der Lebensmittel

In den vergangenen Jahren ist das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Sicherheit von Lebensmitteln durch zahlreiche Skandale wie Rinderkrankheit, Traberkrankheit, Salmonellen und Schweinepest erschüttert worden. Mit Hilfe eines entsprechenden Fragenkatalogs wurde im Rahmen der EB-Umfrage untersucht, wie die Bevölkerung die Sicherheit von verschiedenen Lebensmitteln beurteilt¹⁸.



Wie das obige Schaubild zeigt, sind 86% der Europäer der Ansicht, daß Brot und Backwaren sichere Produkte sind. Das Vertrauen in Obst und Gemüse sowie Milcherzeugnisse ist ebenfalls hoch. Etwas geringer ist das Vertrauen in die Sicherheit von tierischen Produkten wie Frishfisch und Frishfleisch. Ein bedeutender Anteil der Bevölkerung stellt die Sicherheit von tiefgekühlten Lebensmitteln oder Konserven in Frage. Am größten sind die Bedenken bei Fertiggerichten (39%) und anderen abgepackten Lebensmitteln (42%), die von weniger als der Hälfte der EU-Bürger für sicher gehalten werden.

Es gibt signifikante Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern. Wie aus der folgende Tabelle hervorgeht, sind durchschnittlich mehr als 8 von 10 Befragten in Schweden, in den Niederlanden, im Vereinigten Königreich und in Finnland der Meinung, daß die zwölf zur Wahl gestellten Lebensmittelprodukte sicher sind. In Griechenland, Deutschland und Portugal teilen weniger als 6 von 10 Befragten diese Ansicht.

¹⁸ Ein ausführlicher Bericht über die Lebensmittelsicherheit wird in Kürze von der Generaldirektion für Verbraucherpolitik und Gesundheitsschutz (GD XXIV) veröffentlicht.

LEBENSMITTELSICHERHEIT: RANGORDNUNG DER LÄNDER (DURCHSCHNITTL. ANTEIL DER BEFRAGTEN FÜR 12 LEBENSMITTEL UND STREUUNG DER ANTWORTEN VON NIEDRIGSTEM BIS HÖCHSTEM ANTEIL)		
Land	Durchschnitt	Streuung
Schweden	84%	27
Niederlande	83%	42
Vereinigtes Königreich	82%	34
Finnland	81%	41
Spanien	75%	51
Irland	74%	58
Österreich	71%	53
EU15	66%	47
Dänemark	64%	54
Belgien	63%	49
Frankreich	63%	46
Italien	61%	64
Luxemburg	60%	56
Portugal	58%	63
Deutschland	54%	44
Griechenland	53%	70

Die große Streuung zwischen den niedrigsten und höchsten Anteilen der Personen, die die betreffenden Lebensmittel für sicher halten, läßt darauf schließen, daß die Bevölkerung in der Europäischen Union deutlich zwischen den einzelnen Produkten unterscheidet. (Tabelle 6.4)

Die folgende Tabelle zeigt, daß diejenigen, die mit ihrem Leben zufrieden sind, Lebensmittel eher für sicher halten als diejenigen, die mit ihrem Leben nicht zufrieden sind.

Beurteilung der Sicherheit von Lebensmitteln und Zufriedenheit mit dem Leben (EU15)		
Lebensmittel	Personen, die mit ihrem Leben zufrieden sind (in %)	Personen, die mit ihrem Leben nicht zufrieden sind (in %)
Brot und Backwaren	87	79
Käse	83	73
Frischobst	82	74
Frischmilch	81	70
frisches Gemüse	79	70
Eier	75	67
frischer Fisch	71	64
Frischfleisch	62	55
tiefgekühlte Lebensmittel	61	47
Lebensmittel in Konserven	55	41
Andere abgepackte Lebensmittel	45	30
Fertiggerichte	41	30

Krebsverhütung

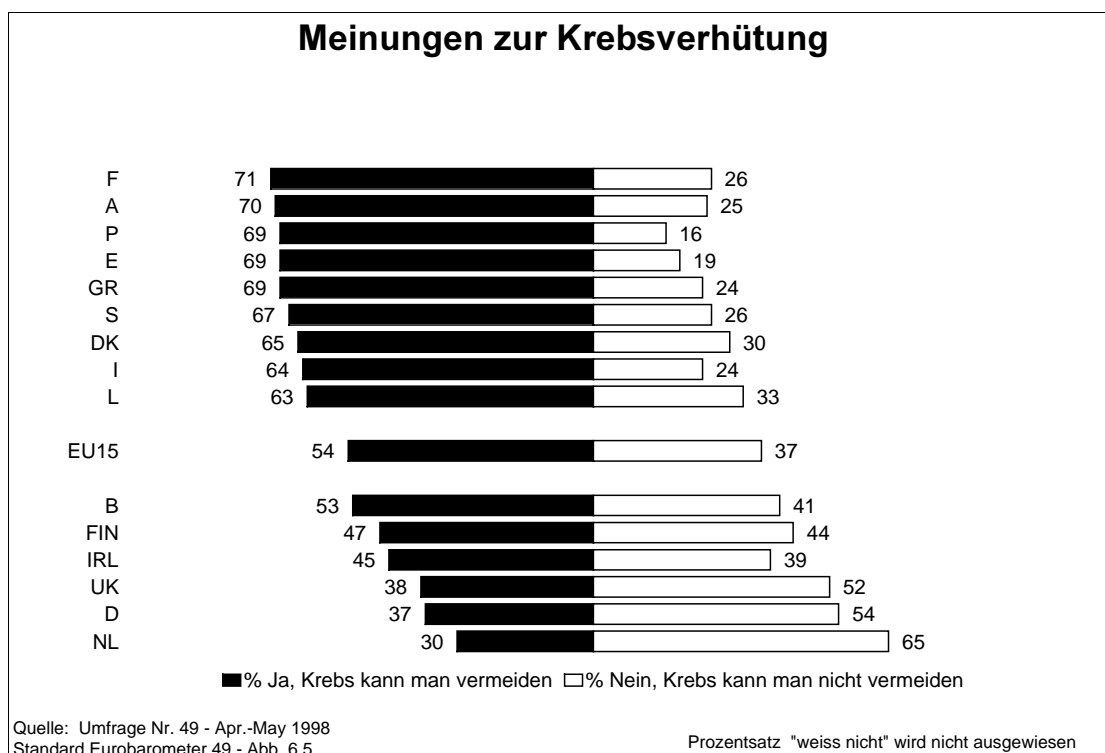
Trotz aller medizinischen Fortschritte verursacht Krebs über 800 000 Todesfälle jährlich, und jedes Jahr erkranken über 1,3 Millionen Menschen in der EU an Krebs.

Um die Einstellung der Europäer zur Krebsverhütung zu ermitteln, wurde im Rahmen der EB-Umfrage eine besondere Untersuchung durchgeführt. Dabei wurde die folgende Frage gestellt¹⁹:

“Glauben Sie persönlich, daß Krebs vermieden werden kann?”

Rund ein Viertel der EU-Bürger glaubt, daß Krebs durch regelmäßige ärztliche Untersuchungen vermieden werden kann, und weitere 18% glauben, daß Krebs durch ausgewogenere Ernährung und gesunde Lebensweise vermieden werden kann. Ferner ist jeder zehnte Europäer der Meinung, daß Krebs dadurch vermieden werden kann, daß man die Menschen in der Erkennung der Anzeichen von Krebs schult. Dennoch ist eine pessimistische Einstellung gegenüber der Vermeidung von Krebs unter der europäischen Bevölkerung weit verbreitet: 37% der Befragten erklären, daß die Krankheit nicht vermieden werden kann.

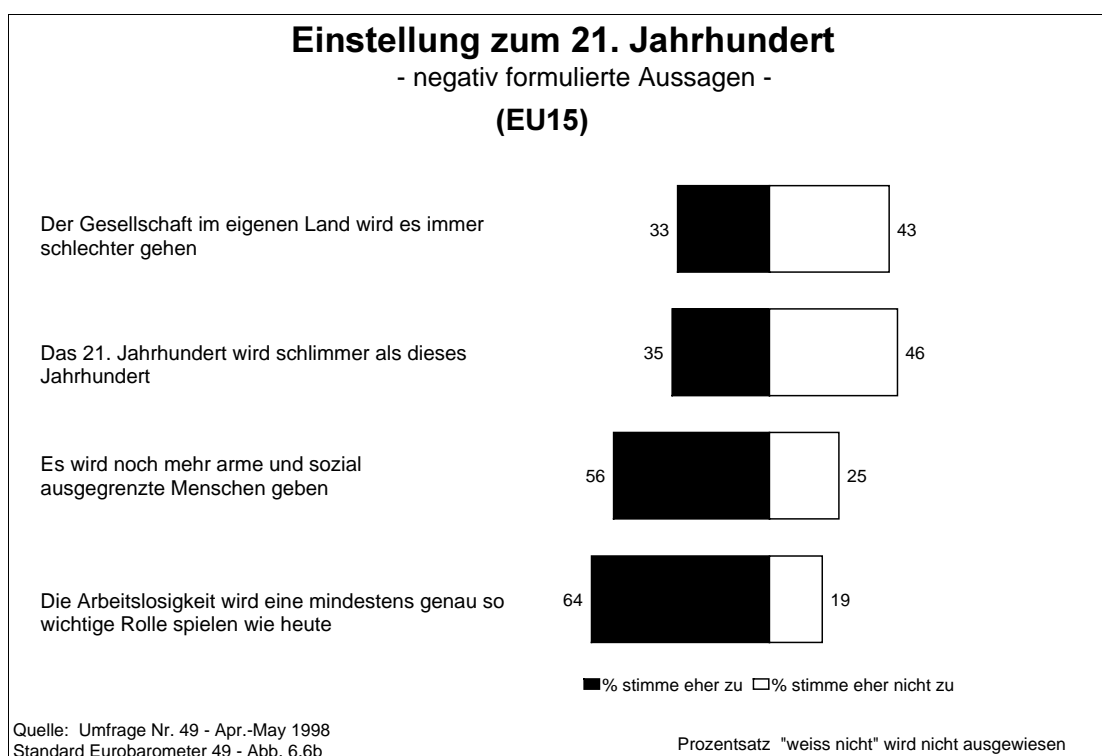
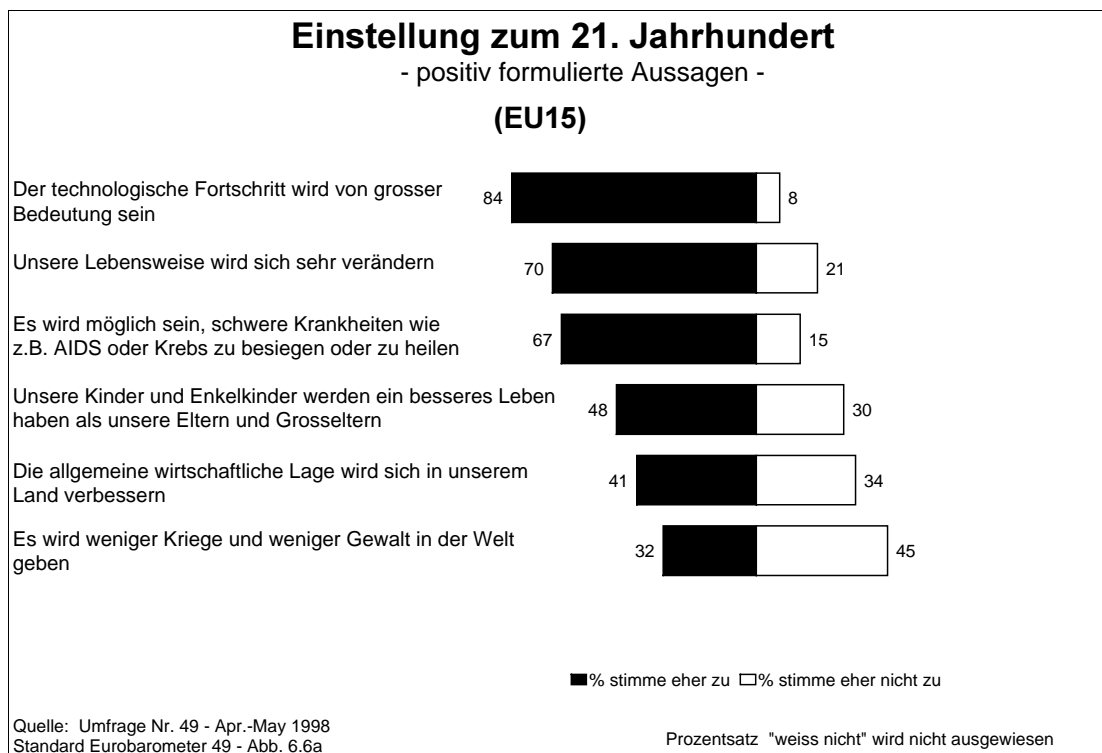
Das folgende Schaubild zeigt, daß rund 7 von 10 Befragten in Frankreich, Österreich, Portugal, Spanien und Griechenland glauben, daß Krebs vermieden werden kann, gefolgt von 67% der Schweden, 65% der Dänen, 64% der Italiener und 63% der Luxemburger. In den Niederlanden (65%), Deutschland (54%) und im Vereinigten Königreich (52%) ist hingegen mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Auffassung, daß Krebs nicht vermieden werden kann. (Tabelle 6.5)



¹⁹ Ein ausführlicher Bericht über Krebs und die Europäer wird von der Generaldirektion für Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten (DG V) vorbereitet.

6.3. Erwartungen für das 21. Jahrhundert

Anhand von zehn allgemeinen Aussagen sollte ermittelt werden, wie die Europäer das nächste Jahrhundert beurteilen.



Die Mehrheit der Europäer (70%) glaubt, daß sich unsere Lebensweise im 21. Jahrhundert sehr verändern wird. Das neue Jahrhundert wird nach Meinung von 84% der Europäer durch bedeutende technologische Fortschritte gekennzeichnet sein. 67% der Befragten glauben, daß es im 21. Jahrhundert möglich sein wird, schwere Krankheiten wie AIDS oder Krebs zu besiegen oder zu heilen. Die Niederländer sind deutlich skeptischer eingestellt (39%) als die Bevölkerung in anderen Ländern, wenn es um die Beurteilung der Heilung oder Bekämpfung schwerwiegender Krankheiten geht. Sie sind am wenigsten davon überzeugt, daß Krebs besiegt werden kann.

Konfrontiert mit allgemeinen Aussagen über das 21. Jahrhundert, verheißt die Zukunft eher Positives als Negatives für die Mehrheit der Europäer. 48% der Befragten glauben, daß ihre Kinder und Enkelkinder ein besseres Leben haben werden als ihre Eltern und Großeltern, während nur 30% anderer Meinung sind. Außerdem stimmen nur 35% der Befragten der Aussage zu, daß das "21. Jahrhundert schlimmer wird als dieses Jahrhundert", während 46% diese Aussage verneinen. Nur 33% stimmen der Aussage zu, es werde mit der Gesellschaft in ihrem Land im 21. Jahrhundert immer schlechter gehen, gegenüber 43%, die gegenteiliger Meinung sind.

Die Länderanalyse zeigt, daß rund 7 von 10 Befragten in Spanien (73%) und Irland (68%) glauben, es werde ihren Kindern und Enkelkindern besser gehen, gegenüber weniger als 4 von 10 Befragten in Belgien (35%), Deutschland (36%), Österreich (37%) und Frankreich (38%).

Die Spanier (18%) glauben auch am seltensten daran, daß das 21. Jahrhundert schlimmer wird als dieses Jahrhundert. Die Bevölkerung in Dänemark, in den Niederlanden (je 25%) sowie in Finnland (26%), Schweden (27%) und Irland (28%) ist ebenfalls weniger pessimistisch als der Durchschnittseuropäer. In Luxemburg (63%) und Griechenland (56%) stimmen hingegen mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Aussage zu, daß das nächste Jahrhundert schlimmer werde.

Mit 48% bzw. 47% neigen die Griechen und Luxemburger auch zu der Auffassung, daß es der Gesellschaft in ihrem Land im nächsten Jahrhundert immer schlechter gehen wird. In Spanien (18%) und Dänemark (19%) teilen hingegen weniger als 2 von 10 Befragten diese Auffassung. In Irland (25%), Italien, den Niederlanden und Schweden (je 26%) ist eine pessimistische Einstellung gegenüber der Gesellschaft im nächsten Jahrhundert ebenfalls bedeutend weniger verbreitet.

Die Europäer blicken weniger optimistisch in die Zukunft, wenn es um spezifische soziale, wirtschaftliche und politische Fragen geht: 64% glauben, daß die Arbeitslosigkeit eine mindestens genau so große Rolle spielen wird wie heute, 56% meinen, daß es noch mehr arme und sozial ausgegrenzte Menschen geben wird und nur 41% sind der Ansicht, daß sich die allgemeine wirtschaftliche Lage in ihrem Land im 21. Jahrhundert verbessern wird. Ferner glauben nur 32% der Europäer, daß es im 21. Jahrhundert weniger Kriege und weniger Gewalt in der Welt geben wird.

In Spanien und Portugal sind die Menschen deutlicher optimistischer im Hinblick auf die Beschäftigungslage im nächsten Jahrhundert eingestellt als die Bevölkerung in Finnland und Deutschland. In den beiden südeuropäischen Ländern glaubt nur etwa die Hälfte der Bevölkerung, daß die Arbeitslosigkeit eine mindestens genau so große Rolle spielen wird wie heute, gegenüber rund 8 von 10 Befragten in den beiden zuletzt genannten Ländern. Die Überzeugung, daß es noch mehr arme und sozial ausgegrenzte Menschen geben wird, ist am seltensten unter den Spaniern anzutreffen (39%), gefolgt von den Italienern (46%), Dänen (48%) und Iren (49%). Die Bevölkerung in Griechenland (71%), Belgien, Deutschland, Luxemburg (je 69%) und Finnland (68%) ist in dieser Hinsicht besonders pessimistisch. Der Optimismus der Iren und Spanier wird auch durch die Tatsache belegt, daß 60% der Iren und 56% der Spanier von einer Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ihres Landes im 21. Jahrhundert ausgehen. Nur 27% der Deutschen und Österreicher beurteilen die wirtschaftliche Lage ihres Landes im nächsten Jahrhundert optimistisch. Der Ländervergleich zeigt ferner, daß die Bevölkerung in Italien (39%), Luxemburg (38%), Spanien und Irland (je 37%) am ehesten davon ausgeht, daß es im kommenden Jahrhundert weniger Kriege und weniger Gewalt geben wird, während nur ein Viertel der Bevölkerung in Österreich, Finnland, den Niederlanden, Belgien und Schweden diese Auffassung teilt. (Tabelle 6.6)

Wir schließen diesen 49. Eurobarometer-Bericht mit einer Untersuchung der Frage, inwieweit diejenigen, die gegenwärtig mit ihrem Leben zufrieden sind, die Zukunft anders beurteilen als diejenigen, die mit ihrem Leben nicht zufrieden sind.

Einstellungen zum 21. Jahrhundert nach Zufriedenheit mit dem Leben (EU15)		
	Personen, die mit ihrem Leben zufrieden sind	Personen, die mit ihrem Leben nicht zufrieden sind
Positiv formulierte Aussagen	<i>Zustimmung (in %)</i>	<i>Zustimmung (in %)</i>
Bedeutende technologische Fortschritte	85	80
Unsere Lebensweise wird sich sehr verändern	70	70
Schwere Krankheiten wie AIDS oder Krebs lassen sich besiegen oder heilen	69	62
Unsere Kinder und Enkelkinder werden ein besseres Leben haben als es unsere Eltern und Großeltern hatten	50	41
Die allgemeine wirtschaftliche Lage wird sich verbessern	43	34
Es wird weniger Kriege und weniger Gewalt geben	33	28
Negativ formulierte Aussagen	<i>Ablehnung (in %)</i>	<i>Ablehnung (in %)</i>
Das 21. Jahrhundert wird schlimmer als dieses Jahrhundert	49	34
Der Gesellschaft wird es immer schlechter gehen	47	31
Es wird mehr arme und sozial ausgegrenzte Menschen geben	26	20
Die Arbeitslosigkeit wird eine mindestens genau so große Rolle spielen	20	17

Wie die obige Tabelle zeigt, blicken zufriedene Menschen in jeder Hinsicht eher optimistisch in die Zukunft als Menschen, die nicht mit ihrem Leben zufrieden sind.